

Achtung! Hinweis für unsere Mitglieder!

Der Mitgliedsbeitrag für das Jahr 1979 beträgt

für Einzelmitglieder	5,— DM
für korporative Mitglieder	25,— DM

Der Einfachheit halber bitten wir, eine Einzugsermächtigung (Vordruck siehe am Schluß dieses Heftes) ausgefüllt und unterschrieben an unsere Geschäftsstelle, Südergraben 53, 2390 Flensburg, zu senden.

Die Geschäftsstelle des Grenzfriedensbundes ist in Flensburg

Südergraben 53, 2390 Flensburg

Geschäftsführer: Hans Olland

Sprechzeit: Montag-Freitag 9-12 Uhr

Fernsprecher (04 61) 2 67 08

Bankkonto: Stadtparkasse Flensburg 200 10 20

Postscheckkonto: Hamburg 114 07-206

WAS DIESES HEFT BRINGT

	Seite
<i>Wilhelm C. Hambach</i> Flensburger Förde (Gedicht).....	109
<i>Artur Thomsen</i> Kritische Sympathie für unseren Staat.....	111
<i>Hugo Hellwig / Peter Michelsen</i> Vor 60 Jahren: Der November 1918 in Flensburg	119
<i>Artur Thomsen</i> 25 Jahre Grenzfriedenshefte	127
<i>Rolf Heinrich Wecken</i> Periodika von einem besonderen Reiz	133
<i>Eskild Bram</i> Die tausendjährige schleswigsche Frage	138
<i>Johannes-H. Meyer</i> Deutsch geprägte Zeitschriften	145
<i>Gerhard Beier</i> Die Bedeutung von Zeitschriften in einer Grenzregion	155
<i>Hans Peter Johannsen</i> Aus „Sieben schleswigsche Jahrzehnte“	162
Große und kleine Momente des Jahres 1978.....	167
Glück, Glanz und Streit um die deutsch-dänische Grenze 1920	169
<i>Harboe Kardel</i> Troels Fink: „Da Sønderjylland blev delt“	173
Umschau ab Seite 184	

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich
und werden vom Grenzfriedensbund herausgegeben.
Sie sind eine Mitgliederzeitschrift
und im freien Handel nicht erhältlich.

Der Bezugspreis entspricht dem Mitgliedsbeitrag
des Grenzfriedensbundes.

Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge
zeichnen die Verfasser verantwortlich.

Redaktion: Ernst Beier, Waldstraße 40, 2390 Flensburg

Geschäftsstelle: Südergraben 53, 2390 Flensburg

Druck: Severin Schmidt GmbH & Co., Graphische Werke, Flensburg

FLENSBURGER FÖRDE

*So dunkel sah ich selten eine Nacht
wie diese über Flensburgs Förde.
Wüßte ich nicht, wie es vor einer Stunde war:
das Wasser blank, der Himmel winterklar,
vorm Wald von Kollund deutlich noch die Küste,
hätt' ich geradezu an Spuk gedacht.*

*Erst Wolke, bald auf merklichen Befehl
geschärft zum Keil, flog Jütland überquer
ein Entenschwarm der Sonne nach zum Wattenmeer.
Er riß aus jeder frischen Ackerfurche
ringsum die Möven hoch. Als stäube Mehl,
so schraubten sie empor in fördebreiten
Spiralen zum Verbunde sich, um dann zu gleiten
voll Anmut erst, doch gleich zu wuseln wie die Lurche,
wo Brandgans, Bläßhuhn und die spielzeugkleinen Taucher
inselbriedlich sich vereinen.*

*Welch ein Gebrabbel und Geplärr! Dem Reiher,
der hier zu überwintern wagte heuer,
mißfiel die Pöbelart; und ehe er verlor
die Contenance, strich stolz er ab ins Pugum-Noor.*

*Aus altem Volkslied zogen wilde Schwäne
mit Flügelsang vorbei. Zwei Fischerkähne
tuckerten in treuem Takt und Reim
von ausgelegten Reusen wieder heim.*

*Am Rand des Schilfes blubberte der Schaum.
Die Schatten lösten sich von Strauch und Baum,
zerfielen im Nebel, der bald immer dichter
seinen zerschlissenen Mantel über die Lichter
der Ufer warf, bis Himmel, Wasser, Land
zur kosmischen Dreifaltigkeit gebannt.*

*Enthoben jeder Form und aller Schwere,
schwebt aus der Außenförde spitzen Kehre
ins schwarze Bild ein strahlender Komet:
gewiß ein Ausflugsschiff. (Um diese Zeit
kommt täglich eins von Ærø.) Ablandig weht
der Wind. Mir ist, als zerrten ihn in ihr Gewebe
die Nomen, die im Schacht der Ewigkeit tiefinnen
Geschichte planen, Menschenschicksal spinnen.*

*Ein neues Element entsteht: die Stille.
Der Mond geht auf. Ein Silberteppich legt sich
ihm zu Fuß, wird Brücke der Idylle.*

*Bugwellen schmeicheln lange beiden Seiten.
Laß nun Poeten oder Maler streiten,
welches Ufer das schönere sei!
Die Manen von Düppel gaben es zu Lehen:
Der eine hat's, der andere kann es sehen.*

WILHELM C. HAMBACH

Kritische Sympathie für unseren Staat

Aus Anlaß des 30jährigen Bestehens des Deutschen Frauenrings Flensburg hat Artur Thomsen, der Vorsitzende des Grenzfriedensbundes, in einer Festveranstaltung in der Bürgerhalle des Rathauses eine vielbeachtete Rede gehalten mit dem Titel „Kritische Sympathie für unseren Staat“. Da seine Feststellungen über den Tag und Anlaß hinaus Bedeutung haben, veröffentlichen wir seine Ausführungen nachstehend im Wortlaut.

Red.

Als ich meine Gedanken zum Thema aufzuschreiben begann, merkte ich, daß man ganz viel falsch machen kann dabei. Man kann die falschen Beispiele wählen, die falschen Ansätze finden, die falschen Leute angreifen und die falschen ungeschoren lassen. Ich fand eine Zeitlang, daß eine Behandlung des gestellten Themas der sicherste Weg sei, von den meisten Leuten mißverstanden zu werden und sich mit den übrigen zu erzürnen. Kann man bei uns noch jemandes Freund sein und ihn dennoch kritisieren?! Greifen bei uns nicht nur Gegner einander an?! Erweist sich nicht Freundschaft gerade darin, daß man auch die Schwächen des Freundes deckt, um dem Gegner möglichst wenig Angriffsfläche zu bieten?! Und ich soll kritisieren, was ich mit vollem Herzen bejahe?! Meine ersten Gedanken habe ich ständig umformuliert und neu geschrieben. Und ich war immer noch im Zweifel, ob ich nicht alles ganz anders machen müsse. Das habe ich am Ende nicht getan. Die Zweifel habe ich einfach verdrängt. Man kann ja mit Ausführungen zu einem solchen Thema, zu dem man Stellung beziehen, bei dem man Farbe bekennen muß, nicht allen gefallen. Versuchte man es dennoch, würde man im Unverbindlichen steckenbleiben. Das aber möchte ich vermeiden. Dazu ist mir das Thema zu wichtig, die Gelegenheit zu günstig, öffentlich vorzutragen, was mir seit langem am Herzen liegt, was in zahllosen Gesprächen mit Freunden, Kollegen, Angehörigen, auch mit meinen eigenen Kindern und ihren Bekannten und Freunden immer wieder erörtert worden ist. Es ist wohl doch *mein* Thema, weil ich eine Meinung dazu habe. Es ist sicher *unser aller* Thema; denn wir alle wollen uns damit auseinandersetzen: Kritische Sympathie für unseren Staat.

In seiner Neujahrsansprache zu Beginn dieses Jahres hat der Herr Bundespräsident uns, die Bürger der Bundesrepublik Deutschland, aufgefordert, unserem gemeinsamen Staatswesen mit kritischer Sympathie zu begegnen. Was meint er damit? Ist es denn „unser Staat“? Verdient dieser Staat unsere „Sympathie“? Bedarf er der „Kritik“? Bewirkt Kritik überhaupt etwas? Fragen über Fragen! Schon in mancher Rede hat Walter Scheel seine Autorität als Staatsoberhaupt eingesetzt, um zu ermuntern oder zu warnen, zu fördern oder zu

bremsen, um zu raten, wo es ihm nötig schien! Er hat viele von uns manches Mal nachdenklich gemacht.

Mit diesem Wort von der kritischen Sympathie werden wir nicht aufgefordert, den Staat zu lieben oder das Wohl des Staates über das Wohl seiner Bürger zu stellen, oder gar uns dem Staatswohl ganz zu unterwerfen, wie es in Deutschland früher der Brauch war. Daß der Mann, der das höchste politische Amt in Deutschland inne hat, sich so zurückzuhalten weiß, tut mir wohl. Dennoch: „Unser Staat“, das heißt nicht nur, daß der Staat für uns da ist, uns also zu dienen hat; es muß auch heißen, daß wir für ihn da sind. Ein Wort John F. Kennedys hat mich einmal sehr berührt, als er die Amerikaner aufforderte, nicht nur zu fragen, was ihr Land für sie leiste, sondern auch, was eigentlich sie für ihr Land leisteten. Es gibt, glaube ich, Bundesbürger, die sich das auch fragen sollten.

So wie Ludwig XIV. sagen konnte: „Der Staat bin ich!“, weil jeder Franzose nichts weiter als sein Untertan war, so können wir sagen: „Der Staat sind wir!“, wenn wir damit meinen, daß unser Staat von uns allen gestaltet wird, daß er eine Gemeinschaftsleistung aller seiner Bürger ist, und daß er nur so gut sein kann, wie wir ihn machen, daß er also so schlecht sein wird, wie wir ihn werden lassen. Natürlich brauchen wir Sympathie (das ist Zuneigung) ihm gegenüber, wenn wir an seiner Gestaltung an irgendeiner Stelle mitwirken wollen. Wo *Zuneigung* fehlt, gibt es auch keine *Zuwendung*; da wendet man sich ab, bleibt gleichgültig, uninteressiert, fühlt sich nicht angesprochen. Der Bürger, der sich in dieser Situation befindet, und das sind viele, zu viele nach meiner Meinung, kann gar nicht — aus der Empfindung des Wohlwollens — aufbauende, fördernde Kritik üben; er kann sich nur abfällig äußern, alles miesmachen, über alles meckern, nichts anerkennen oder gar loben.

Außer Sympathie und Gleichgültigkeit gibt es jedoch auch noch eine dritte Einstellung zu unserem Staat, die von einer zwar kleinen Gruppe der Bevölkerung, von dieser aber mit einer erschreckenden Konsequenz vorgetragen wird: *Abneigung, Ablehnung*, ja Feindschaft und Haß gegen unseren Staat. Das Bedrückende ist, daß es vorwiegend jüngere Leute sind, die sich zu dieser Feindschaft bekennen, während im Lebensgefühl vieler Älterer ganz fest die Überzeugung verankert ist, daß noch kein deutscher Staat der Vergangenheit dem Bürger in Deutschland so viele Rechte und Freiheiten und so viel Entscheidungsspielraum für seine Person eingeräumt habe wie dieser. Die Älteren meinen, mit den Verhältnissen heute könne man im Vergleich zu früher doch wirklich zufrieden sein. Die aufbegehrenden Jungen aber meinen, man könne einen Staat, der so viele Mängel hat wie unser, nicht akzeptieren, jedenfalls nicht, wenn und solange ein besserer Staat wenigstens denkbar sei. Sie orientieren sich vielleicht an einer Utopie; aber das sollten wir ihnen nicht vorwerfen. Utopien gehören zum Fortschritt der Menschheit. Vorwerfen müssen wir ihnen und hindern

müssen wir sie daran, wenn sie alles, auch das Gute in unserem Staat — und das ist nicht wenig — über Bord zu werfen bereit sind um einer Utopie willen. Und verhindern müssen wir, daß einige von ihnen ihre politischen Vorstellungen unter Anwendung von Gewalt gegen die Mehrheit durchzusetzen versuchen. Feindschaft, Haß, Gewalt *kann* man nicht tolerieren. Wir *müssen* sie bekämpfen, und zwar mit allen rechtsstaatlichen Mitteln, die uns zur Verfügung stehen, jedoch nicht ebenfalls mit Gewalt. In unserem Staat darf nicht der Zweck die Mittel heiligen. Es bedrückt und beunruhigt mich, wenn Leute z. B. gegen Terroristen die Todesstrafe fordern, obwohl ich die Taten der sog. Terroristen zutiefst verabscheue. Wir treiben einen Gegner unseres Staates nur immer stärker in seinen Haß hinein, wenn wir seine Gewalttätigkeit bekämpfen, indem wir Gewalt gegen ihn gebrauchen. Wir müssen mit allen Mitteln versuchen, ihn nur an der Ausübung von Gewalt zu hindern. In der Behandlung aber, die wir ihm angedeihen lassen, müssen wir die erste Chance erkennen, ihn von der Richtigkeit *unserer* Staatsauffassung zu überzeugen.

Gerade weil viele Aktionen der Terroristen und ihrer Sympathisanten nichts anderes bezwecken als eine Provokation der Staatsgewalt, nichts anderes als eine Herausforderung zur Ausübung von Gewalt, sollten wir alles tun, uns nicht provozieren zu lassen. Ich werfe es keinem Polizeibeamten vor — denn ich war nie in seiner Lage — aber ich bedaure es, wenn ihm dies im konkreten Einzelfall nicht immer gelingt; denn auch dem Beamten fällt sein Dienst auf die Dauer leichter, wenn selbst der schärfste Kritiker und Gegner einräumen muß, daß er einem humanen Staat und der Humanität in unserem Staat dient und Unmenschlichkeit nur bekämpft, aber nicht praktiziert, auch nicht gegen die Feinde unseres Staatswesens.

Ich möchte, daß möglichst viele Bürger die Bundesrepublik Deutschland als *ihren* Staat akzeptieren. Ich finde auch, daß die Bundesrepublik es verdient, akzeptiert zu werden. Ich bedaure, daß es z. B. Kommunisten und Neonazis gibt, die unsere demokratische Grundordnung jeweils nach ihrer Fassung umkrempeln möchten. Ich finde auch nicht, daß Leute, die das betreiben, erwarten dürfen, daß man ihnen eine Position im Staatsdienst gibt, von der aus sie ihre Ziele besonders wirksam verfolgen können. Ich bin also durchaus dagegen, daß die sog. Radikalen als Beamte und damit als Organe dieses Staates beschäftigt werden. Ich wehre mich jedoch gegen die hier und da praktizierten *Formen* der Ermittlung und der Feststellung, wer als „radikal“ und als sog. Verfassungsfeind gilt. Ist einer als Lehrer untragbar, wenn er als Obersekundaner einmal kommunistische Flugblätter verteilt hat? Kann einer nicht Stadtinspektor sein, wenn er einmal mit einer „linken“ Jugendgruppe die DDR besucht hat? Muß einer als Lokführer

entlassen werden, wenn seine Mitgliedschaft in der DKP festgestellt wird? Immerhin ist die DKP eine bei uns zugelassene und bei fast allen Wahlen beteiligte und in manchen Gemeindeparlamenten vertretene Partei. Als gewählter Volksvertreter wird ein DKP-Mann zwangsläufig respektiert, als Briefzusteller wird er an die Luft gesetzt. Wenn diese Bestimmungen auf mich angewendet worden wären (ich war in meinem 18. Lebensjahr Mitglied der NSDAP), hätte ich nie eine Chance gehabt, diesem Staat mit kritischer Sympathie zu begegnen; ich wäre als sein Feind abgestempelt gewesen und hätte ihn vermutlich folgerichtig bekämpft. Und darum frage ich mich, warum wir uns leisten, junge Leute, die auf der Suche nach anderen Wegen und Lösungen zeitweilig radikalen Gedanken anhängen, auszuschließen von der Mitarbeit an unserem gemeinsamen Staat, bevor wir ernsthaft versucht haben, sie für unser Konzept zu gewinnen. Attraktiv für die kritischen jungen Mitbürger wird unser Staat nicht durch Intoleranz; denn gerade wir, die diese Grundordnung wollen, haben Meinungsfreiheit und Vielfalt des Denkens auf unsere Fahnen geschrieben. Wir waren, und ich bin immer noch überzeugt, daß Kontroversen ausgetragen werden müssen, und daß wir das aushalten können.

Andersdenkenden Angst zu machen, sie zum Schweigen zu bringen, ist die simple, die falsche Methode. Unser Staat, die freiheitliche, demokratische, pluralistisch angelegte Bundesrepublik Deutschland, die in ihrem Grundgesetz verspricht, niemand wegen seiner politischen Überzeugung zu benachteiligen, gibt sich doch selber auf, wenn sie es nicht mehr erträgt, daß jemand ihre Grundordnung in Frage stellt. Genau an *der* Stelle beginnt doch ihre Bewährung, an derselben Stelle, an der die sog. sozialistischen Länder versagen, weil sie nämlich *nicht* Meinungsfreiheit gewähren. *Unser* Staat darf seinen Bürgern nicht vorschreiben wollen, was und wie sie zu denken haben, nicht einmal den *Rahmen* sollte er abstecken wollen. Und nur, wer *aktiv handelnd* unsere Ordnung untergräbt, darf vom Dienst für diesen Staat ausgeschlossen werden. Sonst zerstören wir seine in der deutschen Geschichte epochemachenden Vorzüge, indem wir sie angeblich verteidigen. Hüten wir uns vor Staatsschützern, die unsere Freiheit verteidigen, indem sie die Freiheit des Denkens einschränken. Wenn Freiheit nicht die Freiheit des Andersdenkenden ist, dann ist sie nichts wert. Und: Wer mit 16, 18 oder 20 Jahren die Gegebenheiten, die er vorfindet, nicht einfach gutheißt, will sie meistens gar nicht bekämpfen; er will sie vielmehr auf die Probe stellen. Er will wissen, ob sie auch halten, was sie versprechen. Wo bleibt eigentlich unser Selbstbewußtsein, wenn wir radikal gestellte Fragen an unsere Grundordnung nicht aushalten? Dürfen wir wirklich den Fragesteller abweisen, indem wir ihn zum Feind des Staates stempeln? Und dürfen wir uns wundern, wenn er unter solchen Umständen zum Feind wird? Wie gesagt: Ich verabscheue und bekämpfe Terror und Gewalt. Ich bin dagegen, daß Leute, die einen

nazistischen oder kommunistischen Staat errichten wollen, Beamte werden, weil ich *diesen Staat* erhalten will. Aber ich möchte in unserem Land unbefangene Menschen begegnen können, die unser Konzept kritisch betrachten und sogar für falsch halten; denn in der Auseinandersetzung mit anderen Ideen werden wir stärker, nicht schwächer. Und das möchte ich für unser Land bewirken.

Ich frage mich auch, ob wir, die unseren Staat erhalten, ausbauen und verbessern wollen, genug und das Richtige tun, um Bürger, vor allem junge Bürger, zu überzeugen und zur Mitarbeit zu gewinnen. Eigentlich müßten wir ja imstande sein, Menschen regelrecht zu *begeistern* für unseren Staat; denn das gelang sogar dem unmenschlichen und verbrecherischen NS-System. Mindestens müßten wir aber die Mehrheit unserer Mitbürger gründlich überzeugen können von der Tragfähigkeit und moralischen Gültigkeit unserer Staatsidee. Aber ist uns das in den fast dreißig Jahren, seit die Bundesrepublik existiert, gelungen? Ich habe nicht den Eindruck, daß demokratisches Bewußtsein, Fairneß, Toleranz, Eigenschaften also, die für eine lebendige Demokratie lebenswichtig sind, bei uns so verankert sind, wie es notwendig wäre. Wir wollen die Vielfalt der Meinungen, wir wollen die politische Auseinandersetzung, auch den Kampf der Parteien um die Macht im Staate; das gehört zum Wesen der Demokratie. Aber ich kann mir nicht denken, daß es z. B. einen Achtzehnjährigen, der gerade wahlberechtigt wird, von der Qualität unseres Systems überzeugt, wenn er von der Oppositionspartei immer aufs neue hört, die Regierung habe wieder einmal versagt, habe ihre Unfähigkeit bewiesen, treibe das Land bei Fortsetzung ihrer Politik in die Katastrophe usw. Wenn die Regierungspartei dann erklärt, die Opposition sei regierungsunfähig, wäre, wenn sie regierte, ein Unglück für unser Land und habe nicht einmal ein Konzept für die Lösung der wichtigsten Probleme, dann fühlt sich doch der Achtzehnjährige „verschaukelt“; denn erfahren hat er nichts, was ihm helfen könnte, eine Wahlentscheidung zu treffen. Nun braucht er nur noch zu erleben, daß in der Auseinandersetzung der Kandidaten nicht politische Argumente, nicht verschiedene Auffassungen über die bessere Lösung eines Problems, sondern persönliche Diffamierung, Angriffe auf die moralische Integrität, Hinweise auf irgendeinen Makel in der Vergangenheit des Gegners die Hauptrolle spielen, ja daß Verdächtigungen auch dann schon ausgesprochen werden, wenn sie noch völlig unbewiesen sind. Wundert es uns wirklich, wenn dieser junge Mensch sich entweder frustriert abwendet oder radikal unser System in Frage stellt?! Wissen die Politiker und Journalisten, die leichtfertig einen so schlechten Stil in der politischen Szene praktizieren, nicht, was sie damit anrichten? Oder tun sie das wissentlich? Dann sind sie Feinde unseres Staates; denn sie untergraben sein Fundament: die Zustimmung und Mitarbeit seiner Bürger. So wird doch Staatsverdrossenheit regelrecht produziert; so wird die Demokratie systematisch ruiniert; so wird die Neigung zu autokratischen, ja zu faschistischen Staatsformen

genährt.

Ich träume immer davon — und frage mich, ob das eigentlich ein Traum sein muß —, daß man doch Probleme wie z. B. die Rentenfrage, die Energieversorgung, die Entwicklungspolitik und was es sonst noch sein mag, zunächst einmal ganz objektiv analysieren könnte. Dann hätte man unbestreitbare Tatsachen, sog. Fakten. Und dann könnte jede beliebige politische Gruppe sagen, wie das Problem nach ihrer Meinung zu lösen sei. Der Bürger könnte dann mit seiner Stimme bei der Wahl erklären, welche Lösungskonzepte er bevorzugt und verwirklicht sehen möchte. Dann würde **die** Partei regieren, die mit ihrem Konzept die meisten Wähler überzeugt hätte. Stattdessen erleben wir heute, daß eine wachsende Zahl von Bürgern sich von den etablierten Parteien abwendet, weil diese nicht aufklären, sondern vernebeln, weil sie nicht argumentieren, sondern diffamieren, ja weil sie oft Dummenfang statt Überzeugungsarbeit betreiben. Daß es schon recht viele Bürger gibt, die Grüne oder Bunte Listen für wählbar halten, obwohl diese nur ein einziges politisches Problem, nämlich den Umweltschutz, anpacken, liegt doch nicht daran, daß diese Gruppen so gut sind, sondern daran, daß die Parteien es so schlecht machen. Dabei sollen die Parteien nach dem Grundgesetz mitwirken bei der politischen Willensbildung der Bevölkerung. Heißt das nicht, daß die Parteien sachlich aufklären, objektiv informieren und saubere Alternativen anbieten müssen?! Und wenn sie dieses nicht leisten, erfüllen sie dann noch ihren grundsetzlichen Auftrag? Ich glaube, daß eine Besinnung auf unsere wirklichen Werte allen Parteien guttäte. Der Kampf um die politische Macht ist sicher legal; aber es sind nicht alle Tricks und Raffinessen, nicht alle Bosheiten und Gemeinheiten erlaubt, jedenfalls nicht ohne Schaden für unser Gemeinwesen. Wenn ich dieses so unverblümt sage, dann will ich die Verantwortlichen in den Parteien gar nicht verdammen, aber aufrütteln. Sie sind verantwortlich für unseren Staat, sie mit an erster Stelle. Schlechter Stil in der politischen Auseinandersetzung verschreckt den Bürger, hält ihn von eigenem Engagement ab, weil er so rüde Sitten nicht mitmachen will. Sicherlich darf man auch nicht allzu pingelig sein; mit Samthandschuhen ist Politik wohl nicht zu machen. Aber muß man deshalb gleich Schlagringe tragen?!

Fast ebenso schlimm sind die großen Sprüche: „Der Mensch steht im Mittelpunkt unserer Politik.“ „Wir haben nur das Wohl des Bürgers im Auge.“ So und ähnlich kann man es immer wieder hören, wenn Politiker grundsätzliche Aussagen machen. Der umsorgte Bürger aber gewinnt immer deutlicher den Eindruck, daß es im Grunde nur um eines geht: um seine Wählerstimme. Als Wähler hat er ja Macht zu verteilen, und insoweit ist er wichtig. Wie man seine Stimme bekommt, wie man sie ihm abluchst, das ist nach meinem Urteil oft sehr bedenklich. Und ich finde nicht, daß etwa die Holzhammermethoden eines Wahlkampfes begründet werden dürfen mit dem Hinweis, daß die großen Vereinfachungen unvermeidlich

seien, weil die Wähler nun einmal in ihrer Masse genauere Differenzierungen nicht begreifen. Wer das sagt, muß sich fragen lassen, was er getan hat, um die Urteilsfähigkeit des Bürgers zu steigern. Als die Bundesrepublik gegründet wurde, hatten wir das Bild eines freien, politisch denkenden und handelnden Bürgers vor Augen, der abwägen, vergleichen, urteilen und dann auch entscheiden kann, wer dieses kostbare Mandat auf Zeit für die Wahrnehmung der Interessen der Bevölkerung bekommt. Wir wollten nicht die manipulierbare Masse, der man wie im alten Rom Brot und Spiele gibt, um sie bei Laune zu halten. Nun weiß ich natürlich, daß Ideale bestenfalls in Annäherungswerten erreicht werden können. Ich weiß auch, daß in jeder Menschengruppe nur einige zur Führung geeignet und berufen sind, während die meisten der Führung bedürfen. Aber auch in diesem Zusammenhang kommt es mir auf den Stil an. Und darum frage ich kritisch die Parteien, was sie bisher geleistet haben, um die Wähler zu einer echten Wahlentscheidung zu befähigen. Oder wollen sie das gar nicht? Wenn man aus der Art der Wahlkämpfe, aus den Methoden, mit denen um Stimmen geworben wird, schließen soll, was die Parteien von den Wählern halten, kann man sich doch eigentlich nur weinend abwenden. Als Wähler könnte man fast schon klagen wegen Beleidigung.

Um kritische Anmerkungen zu machen, habe ich einige Beispiele ausgewählt, die zeigen sollten, wo bei uns Unzufriedenheit mit unserem Staat und Überdruß, ja Verdrossenheit und Abkehr vom Staat produziert wird. Es gibt sicher noch mehr Beispiele. Sie alle darzustellen, ist nicht mein Auftrag. Ich hätte meine Kritik sicher gefälliger und weniger scharf formulieren können. Aber das Glatte und Gefällige kommt bei uns kaum noch an; und ich möchte, wenn es geht, etwas bewirken. Ich möchte Menschen, die irgendwo politische Verantwortung tragen, nachdenklich machen, vielleicht ihr Verhalten ändern. Das wäre viel. Hoffentlich ist deutlich geworden, wie ich selbst zu unserem Staat stehe: Ich kritisiere ihn nicht als Feind, sondern als Freund. Aus dieser Einstellung möchte ich ungeschminkt sagen dürfen, was ich denke. Dabei räume ich gern ein, daß man nicht alles so sehen muß wie ich, daß man manches anders beurteilen kann. *Meine* Urteile sind natürlich aus *meinen* Erlebnissen und Erfahrungen erwachsen. Ich habe 12 Jahre aktiv Kommunalpolitik getrieben, habe politische Arbeit in einer Gewerkschaft, in einem Parteivorstand und in den Grenzverbänden gemacht. Seit rund 25 Jahren bin ich im Lehrerberuf tätig und habe der politischen Bildung meiner Schüler mehr Gewicht beigemessen als diesen oft lieb war. In all diesen Jahren ist meine Einstellung gewachsen. Ich halte schon — und damit möchte ich nach der Kritik die Sympathie, von der im Thema die Rede ist, hervorheben — diesen sozialen Rechtsstaat, wie die Väter des Grundgesetzes die Bundesrepublik Deutschland bezeichnen, für erhaltenswert, aber eben auch für verbesserungsbedürftig. Das Konzept, wie es im Grundgesetz abgefaßt ist, bedarf keiner Korrektur. Ganze

Generationen von Menschen in den verschiedensten Völkern haben in Vergangenheit und Gegenwart gekämpft und ihr Leben geopfert für Rechte und Freiheiten, für Chancen und Möglichkeiten des Lebens und Zusammenlebens, wie sie unser Grundgesetz garantiert. Ein Staat, der eine solche verfassungsmäßige Grundlage hat, muß nicht gestürzt, er muß gestützt werden. Man muß ihn erhalten gegen alle Widerstände. Auch seine eigenen Bürger dürfen die Freiheiten, die er ihnen einräumt, nicht *mißbräuchlich* nutzen; daran kann ein Staat wie unser zugrunde gehen. Wir alle sollten tun, was in unseren Kräften steht, um Tendenzen in Richtung Unfreiheit, Gewalt und Unrecht schon im Ansatz zu bekämpfen. Soll unsere Bundesrepublik Deutschland an der Feindschaft ihrer unbelehrbaren Gegner scheitern oder in der Gleichgültigkeit und Interesselosigkeit vieler Mitbürger ersticken?! Soll sie ausgehöhlt und am Ende von innen heraus zerstört werden durch die Bedenkenlosigkeit in der Wahl der Mittel, mit der manche ihrer eigenen Vertreter und Freunde Vorgehen? Daran will ich keine Schuld tragen. Darum übe ich Kritik, und zwar als Sympathisant unseres gemeinsamen Staatswesens, aus — wie der Bundespräsident sagt — kritischer Sympathie heraus. Daß dieser Staat sich dennoch unendlich weit von so vielen anderen Staaten der Welt unterscheidet, erkennt man schon an der schlichten Tatsache, daß ich nach einem solchen Vortrag nicht fürchten muß, nachher von auffällig unauffällig gekleideten Herren in die Mitte genommen zu werden.

*Lohnt es sich nicht, wach und aktiv zu bleiben,
damit diese für alle Menschen in unserem Lande
Wirklichkeit bleibt?!*

Vor 60 Jahren: Der November 1918 in Flensburg

Unter dem von Rektor Christian Voigt gesammelten Material für einen von ihm geplanten, aber nicht mehr erschienenen 2. Band der Flensburger Stadtgeschichte befindet sich eine Darstellung der Ereignisse der Novembertage 1918 in Flensburg, die etwa um das Jahr 1930 auf Veranlassung von Oberbürgermeister Dr. Todsén von zwei unmittelbar an den Geschehnissen Beteiligten niedergeschrieben wurden. Es sind dies der damalige Arbeitersekretär Peter Michelsen und der jetzt 87jährige Hugo Hellwig, der als Angehöriger der Genesendenkompanie Mitglied des Soldatenrates der Flensburger Garnison war.

Wir veröffentlichen mit freundlicher Genehmigung von Archivdirektor Dr. Hans Friedrich Schütt diese Darstellung der Ereignisse zwischen dem 3. und 10. November 1918. Es sind Geschehnisse, die der beginnenden Abstimmungszeit 1919-20 unmittelbar voraus- und in sie übergingen.

Die Red.

In der Geschichte einer Stadt wie Flensburg bilden auch die Ereignisse während der Staatsumwälzung im November 1918 soviel Interessantes und Wissenswertes für die spätere Generation, daß man sie nicht mit Stillschweigen übergehen kann. Es kann sich nicht darum handeln, sie von hohen politischen Gesichtspunkten aus zu betrachten, sondern es gilt, sie in Einzelheiten aufzulösen, Tatsachen festzuhalten, die sich in jenen Tagen abgespielt haben und die charakteristisch für das Wesen dieser Umwälzung sind.

Für die Flensburger Ereignisse war von entscheidendem Einfluß die Stimmung unter der Marine und unter der Infanterie. Die Stimmung bei der Marine hatte schon im Laufe des Sommers weit mehr gelitten als bei der Infanterie. Die unterschiedliche Verpflegung trat bei den engen räumlichen Verhältnissen viel stärker in Erscheinung. Unzufriedene Marineangehörige beklagten sich dauernd bei den Arbeitern der Torpedowerkstatt, die zum größten Teil zum Arbeitsdienst beurlaubt oder entlassen waren. Auch der Stadtverordnete Asmus Thomsen, der während der Zeit Vorsitzender des sozialdemokratischen Ortsvereins war, wurde dauernd von Marineangehörigen aufgesucht. Durch Schnellbootverkehr blieb die gesamte Marine miteinander in Fühlung, und hierdurch wurden auch die Flensburger Marineangehörigen von den verschiedenen Meutereien im Laufe des Sommers unterrichtet. Auch in den entscheidenden Tagen Anfang November wurden durch Mannschaften der Torpedoboote die Berichte nach Flensburg gebracht. Wenn es auch hier nicht ebenso schnell wie in Kiel zur offenen Auflehnung kam, so war die Stimmung doch die gleiche.

Bei der Infanterie spielte die Persönlichkeit des letzten Ortskommandanten eine große Rolle. Standortältester und Ortskommandant war hier längere Zeit der Generalleutnant John von Freyend. Er war ein hochgebildeter Mann und ein

Vorgesetzter, der sich großer Beliebtheit erfreute, und das wollte in einer Garnison wie Flensburg, in der sich so viele unterschiedliche Menschen zusammengefunden hatten, etwas bedeuten. Wie überall hatten sich auch in Flensburg im Laufe der Jahre sehr viele Einheimische, die nicht mehr felddienstfähig waren bei den Truppen, in den Schreibstuben festgesetzt. Der größte Teil von ihnen wohnte im Hause und bekam von der Truppe Verpflegungsgeld. Geschäftsleute konnten nebenbei ihr Geschäft passen, Familienväter lebten im Kreise ihrer Familie und gingen nur zum Dienst nach den Kasernen. Die ganzen Formen des militärischen Lebens hatten sich im Laufe der Jahre etwas gelockert und den Bedürfnissen der Menschen in feldgrau angepaßt. John v. Freyend wurde im Sommer 1918 mit einem anderen Kommando betraut, und an seine Stelle trat der General von Böckmann. In dem Bestreben, bei den hier liegenden Truppen die starren Vorschriften des Friedensheeres wieder zur Geltung zu bringen, ist er zu weit gegangen, und dadurch hat er die Stimmung unter den Soldaten so stark beeinflußt, daß in den Novembertagen sofort der Kontakt mit Kiel hergestellt werden konnte. Bei kleinen Fehlern an der Kleidung sperrte er Soldaten jeden Alters von der Straße weg in Arrest. Die Vergünstigung, im Hause wohnen zu dürfen, wurde stark eingeschränkt, und manche ältere Leute mußten in die Kaserne ziehen, die, wie es in dieser Zeit überall der Fall war, ziemlich verlaust waren. Auch in dienstlichen Angelegenheiten wurde manches als überflüssig und schikanös empfunden und dadurch sind in dieser Zeit große Stimmungswerte, auf die es für die Kriegsführung ankam, vernichtet worden. Wie sah es unter den Arbeitern in Flensburg aus? Fast alle Personen, die im politischen und gewerkschaftlichen Leben eine Rolle spielten, waren im Felde. Die politische Führung lag in den Händen der vier sozialdemokratischen Stadtverordneten, Peter Michelsen, Asmus Thomsen, Paul Diez und Waldemar Sörensen. Auf der Werft und in anderen Fabriken war Hochbetrieb in Kriegslieferungen, aber die Arbeiter waren zum größten Teil Auswärtige, die vom Kriegsdienst beurlaubt waren. In verschiedenen anderen Städten hatte die unabhängige Arbeiterpartei (U.S.P.D.) schon zahlreiche Anhänger gefunden, aber in Flensburg war von einer radikalen Strömung nichts zu spüren. Die Lebensmittelnot war hier kaum so schlimm wie in anderen Städten. Einige Zwischenfälle, die hieraus entstanden, waren unbedeutend und hatten keinen politischen Charakter. Irgendwelche Diskussionen in Gewerkschaftsversammlungen oder in Versammlungen der Sozialdemokratischen Partei über Gewaltmaßnahmen zur Herbeiführung des Kriegsendes haben nicht stattgefunden, und auch in Privatgesprächen kam ein solche Stimmung nicht zum Ausdruck. Auf Grund der Heeresberichte rechnete man als etwas Selbstverständliches mit der Fortdauer des Krieges bis zum Sommer 1919.

Die erste Meldung von einem heraufziehenden Gewitter kam am Sonntag, dem 3. November, nach Flensburg. Michelsen und der Stadtverordnete Asmus Thomsen arbeiteten in ihrem Garten in Friedheim, als ein Flensburger Werftarbeiter, der in Kiel arbeitete und sonntags nach Hause kam, ihnen erzählte, in Kiel wäre dicke Luft; Heizer von der „Markgraf“ hätten die Feuer unter den Kesseln weggerissen, sie wären ins Gefängnis gebracht und es wäre eine böse Stimmung unter der Marine. Irgendwelche politische Kombinationen wurden aber weder von dem Kieler Arbeiter noch von Michelsen und Thomsen an diese Mitteilung geknüpft. Am Montag ging alles seinen gewohnten Gang, aber am Dienstag, dem 5. November, brachten die hiesigen Zeitungen lange Artikel von den blutigen Vorgängen am Sonntag in Kiel. Es hatte dort bei den Schießereien 8 Tote und 29 Verwundete gegeben. Die Vertrauensleute der Gewerkschaften hatten für Kiel einen eintägigen Sympathie-Generalstreik für Dienstag beschlossen. Der Staatssekretär Hausmann und der Reichstagsabgeordnete Noske trafen am Montagnachmittag als Abgesandte der Reichsregierung in Kiel ein, um nach diesem Zwischenfall — und als einen solchen betrachtete man die ganze Angelegenheit — vermittelnd einzugreifen. So meldeten die Zeitungen.

In Mürwik stieg die Spannung in diesen Tagen bis zur Siedehitze, und für Dienstagabend wurde durch Übertragung der Parole von Mund zu Mund und nach Vereinbarung mit dem Stadtverordneten Thomsen eine Marine-Versammlung nach dem Gewerkschaftshaus einberufen. Thomsen war von Anfang an in der Versammlung anwesend, während die drei anderen Stadtverordneten eine Kommissionssitzung im Rathaus hatten. Als sie nach Beendigung derselben nach dem Gewerkschaftshaus kamen, waren dort der große Saal, der Büfettsaal und der Korridor gesteckt voll von Marineangehörigen, und auch etwas Infanterie war anwesend. In den Saal war nicht hineinzukommen. Die drei gingen durch den Keller und von hinten auf die Bühne. In der Versammlung sprachen der Schreibermaat Kühne und der Obermatrose Weber. Es wurde debattiert über Verpflegungssachen, Urlaubsangelegenheiten und ähnliche Dinge. Politische Fragen wurden nicht erörtert. In dieser Versammlung wurde ein aus 21 Mitgliedern bestehender Soldatenrat gewählt, der am nächsten Morgen den Kommandostellen die Wünsche unterbreiten sollte. Plötzlich wurde von hinten gerufen: „Offiziere mit Maschinengewehren kommen!“ Alles drängte nach den Ausgängen, und einige, die nicht wußten, daß auf der Hinterseite der Garten tief liegt, sprangen zum Fenster hinaus und zogen sich zum Teil erhebliche Verletzungen zu. Es war aber ein falscher Alarm. Die Truppen sammelten sich wieder und marschierten geschlossen nach Mürwik.

Ein Ausschuß der 21 trat nachher im Zimmer des Gewerkschaftshauses zu einer Besprechung zusammen. Auch hier handelte es sich wieder um Fragen der Verpflegung und der Verwaltung. Die Stadtverordneten (4) waren zugegen,

beteiligten sich aber an der Aussprache nicht. Noch in derselben Nacht wurde im Namen der Sozialdemokratischen Partei ein Telegramm nach Berlin geschickt mit der Bitte, einen Staatssekretär nach hier zu entsenden, um die ganze Angelegenheit zu regeln. Noch immer dachte man nicht an politische Umwälzungen.

Der Mittwoch verlief ruhig. Am Abend kam ein für die Front bestimmter Truppentransport zurück, der am Dienstagabend abgegangen war. Die Bahnverbindung von Hamburg an war bereits unterbrochen. Auf Befehl des Garnisonkommandanten wurden an diesem Tage alle Soldaten nach der Kaserne befohlen, und nur, wer dienstlich zu tun hatte, sollte diese am Abend und am nächsten Morgen verlassen. Auf der Straße war es daher leer geworden. Die Presse vom Mittwoch, dem 6. November, brachte auch ausführliche Berichte über die Vorgänge in Kiel, Hamburg und Lübeck, wo sich bereits Soldatenräte gebildet hatten, die die rote Flagge gezogen und auf deren Befehl die Offiziere ihre Kommandostellen verlassen hatten. Der Flensburger Ausschuß des Soldatenrates trat noch einmal am Mittwochabend zusammen, und hier wurde nochmals beschlossen, den Kommandostellen folgende Forderungen zu unterbreiten: Bessere Behandlung, unterschiedslose Verpflegung, Milderung der Strafen, Fortfall des Pflichtgrußes usw. Einige radikale Forderungen wurden zurückgewiesen.

Inzwischen waren sich die Soldaten ihrer Macht bewußt geworden. (Die auf Jahrhunderte zurückgehende militärische Tradition zeigte keine bindende Kraft mehr), und am Donnerstag, dem 7. November vormittags, wurden die militärischen Organisationsformen gesprengt, und gleichzeitig setzten sich die Vertreter der Arbeiter in den Mittelpunkt der Zivilverwaltung fest.

In der Marinestation und auf den Schiffen wurde den Offizieren der Dienst verweigert und diese aufgefordert, von Bord zu gehen. Wie niederdrückend die Ereignisse der letzten Tage auf die Offiziere gewirkt hatten, ergibt sich daraus, daß nicht der geringste Widerstand geleistet wurde. Dabei waren in Flensburg hunderte von Offizieren und Offiziersaspiranten, die zum Teil Dienst auf den Schiffen machten, zum größten Teil aber zu Ausbildungskursen in der Marine- und Torpedoschule abkommandiert waren. Der Kommandant der „Württemberg“ bat nur, mit dem Hissen der roten Flagge zu warten, bis er das Schiff verlassen habe. Das wurde ihm bewilligt. Nur auf dem Linienschiff „Schlesien“ wurde Widerstand geleistet. Die Matrosen verließen zum größten Teil das Schiff, und reichlich 300 Mann, Offiziere, Deckoffiziere und Mannschaften, blieben an Bord. Von ihnen war geplant, den Kampf mit Mürwik aufzunehmen, aber während der Nacht verließ die „Schlesien“ die Förde und fuhr nach Dänemark.

Auf den Kasernenhöfen waren wie immer die Kompagnien angetreten, aber auch hier drängte die Stimmung zur Explosion. Als General v. Böckmann den

Kasernenhof betrat, drängten sich auf ein Zeichen des Sergeanten Simon die Mannschaften an ihn heran, es wurden Rufe laut und ihm wurde bedeutet, daß seine Herrschaft zu Ende sei. Der General verließ Flensburg in einem Sanitätsauto. Damit übernahm der Soldatenrat die Kommandogewalt. Die Kasernentore wurden geöffnet, und die ganze Masse der Soldaten strömte in die Stadt. Es ist bei diesen Ereignissen in Flensburg kein Schuß gefallen und kein Blut geflossen. Gefährlich war es allerdings während der letzten halben Stunde, denn bei der Marine war man früher fertig als bei der Infanterie, und weil die Kasernentore geschlossen blieben und man nicht wußte, was hinter ihnen vorging, wurden von den Schiffen aus scharf geladene Geschütze auf die Kasernen gerichtet. Ob dieses nun lediglich eine dem Machtgefühl entsprungene Geste war oder ob tatsächlich die Absicht zum Schießen bestanden hat, ist ja nachträglich nicht festzustellen.

Am Donnerstag morgen traf ein unter der roten Flagge fahrendes Auto aus Kiel ein. Es fuhr vor dem Arbeitersekretariat vor, und der Führer des Trupps, Brocks, versuchte Fühlung mit Michelsen aufzunehmen. Aber da Brocks keine Persönlichkeit war, aus der eine Führernatur sprach, ließ Michelsen sich nicht weiter mit ihm ein. Im Gewerkschaftshaus trafen dann wieder Michelsen, Diez, Sörensen und Thomsen zusammen. Inzwischen waren auch bereits Arbeiter aus den Marinewerkstätten und von der Werft auf die Straße gegangen, und damit wurde eigentlich erst die ganze Bedeutung der augenblicklichen Situation klar. Es bestand aber in diesen Vormittagsstunden weder eine Verbindung mit auswärts noch mit dem Soldatenrat oder mit einem größeren Kreis von Arbeitervertretungen. Die drei waren sich klar, daß jetzt auch die Arbeiterschaft offiziell eingreifen müsse. Sie begaben sich zum Oberbürgermeister Dr. Todsen, erklärten ihm, daß sich ein Arbeiter- und Soldatenrat gebildet hätte und daß dieser die gesamte zivile und militärische Gewalt übernommen habe.

Auch der Oberbürgermeister hätte sich dem Arbeiter- und Soldatenrat unterzuordnen. Als die Frage des Oberbürgermeisters, ob im Falle des Widerstandes Gewalt angewandt würde, bejaht wurde, erklärte dieser, daß er sich dann fügen würde. Der Stadtverordnete Sörensen wurde dem Oberbürgermeister als Beigeordneter mit gleichen Rechten zur Seite gestellt.

Am Donnerstag mittag versammelten sich viele Tausende Soldaten im großen Colosseumsaal. Auch die Arbeitervertreter waren im Saale. Brocks aus Kiel hielt eine Ansprache. Dann gaben Vertreter aller Truppenteile die Erklärung ab, daß sie sich hinter den Soldatenrat stellen würden. In dieser Versammlung wurde der Sergeant Simon zum Leiter der Garnison erwählt und Schreibersmaat Kühne zum Leiter der Marinestation. Diese beiden bildeten in Gemeinschaft mit dem Vertreter des Arbeiterrats, Paul Diez, die Spitze des Arbeiter- und Soldatenrats. Das Zusammenwirken des Arbeiter- und Soldatenrates begann nun am Donnerstag

nachmittag. Es wurden Geschäftszimmer im Bahnhofshotel eingerichtet, diese wurden später nach den Räumen des unbenutzt liegenden Restaurants Bürgerbräu, Große Straße 15/19, verlegt, und noch später zog man nach dem Offizierskasino in der Duburger Straße.

Es fanden in der Folgezeit Sitzungen der Gesamtheit aller Arbeiter- und Soldatenräte statt, zu denen alle militärischen Formationen ihre Ratsmänner entsandten. Dann fanden Sitzungen über rein militärische Fragen statt, an denen sowohl die Ratsmänner der Marine wie der Infanterie teilnahmen, und wiederum wurden Angelegenheiten, die nur die Marine oder nur die Infanterie angingen, in Sondersitzungen der Soldatenräte von der Marine oder der Infanterie erörtert. An die Öffentlichkeit getreten ist der Arbeiter- und Soldatenrat zuerst mit einem kleinen Flugblatt, das am Donnerstag, dem 7. November, in der Straße verteilt wurde. Es wird hier nur aufgefordert, Kinder und Jugendliche von der Straße fernzuhalten und die Fenster geschlossen zu halten. Nachmittags um 5.00 Uhr fand eine Sitzung der städtischen Kollegien statt, in der der Oberbürgermeister bekanntgab, daß der Stadtverordnete Sörensen vom Arbeiter- und Soldatenrat zur Kontrolle der städtischen Verwaltungsgeschäfte bestimmt sei. Von einem Protest wurde nichts laut. Die unmittelbare Not drängte wichtige Augenblicksfragen in den Vordergrund.

Ein von Kühne und Diez Unterzeichneter Aufruf an die Bevölkerung Flensburgs wurde noch am 7. November abgefaßt und am Freitag durch die Presse veröffentlicht. Es wird hier offiziell bekanntgegeben, daß die militärische und zivile Gewalt in die Hände des Arbeiter- und Soldatenrates übergegangen ist und daß jeder sich den von dieser Stelle aus ergangenen Anordnungen zu unterwerfen hat. Die bisherigen polizeilichen Sicherheitsbeamten sollen gemeinsam mit militärischen Wachmannschaften die öffentliche Ruhe und Ordnung aufrechterhalten. Für Störung der Ordnung und Angriffe auf Personen und Eigentum werden harte Strafen angedroht. Plünderungen werden auf der Stelle standrechtlich geahndet.

Am Donnerstag abend wurde die planmäßige Monatsversammlung der Sozialdemokratischen Partei im Gewerkschaftshaus abgehalten. Michelsen gab einen Bericht über die Entwicklung und den Stand der Bewegung in Flensburg, und Diez als Vorsitzender verlas unter Bravorufen den in Kiel verfaßten Aufruf an die Schleswig-Holsteiner, der am Freitag, dem 8. November, durch die Presse gegangen ist. Brachwitz vom Metallarbeiter-Verband erklärte der Versammlung, daß die ganze Bewegung sich nicht gegen die Regierung (Max v. Baden) richte. (Die Regierung Ebert-Haase bildete sich erst am Sonntag, dem 10. November.) Über die Tätigkeit des Arbeiter- und Soldatenrates während der nächsten Monate geben die noch vorhandenen Akten Aufschluß. Mit der Übernahme der Gewalt waren auch Verpflichtungen der Bevölkerung gegenüber übernommen. Die

Lebensmittelnot, der drohende Verlust Nordschleswigs, die Kohlennot, die Regelung des Arbeitsmarktes, die Aufnahme zurückkehrender Truppen und ihre Entlassung waren Dinge, bei denen alle tätigen Kräfte mit angespannt werden mußten.

Die Soldatenräte, sowohl bei der Infanterie wie bei der Marine, waren bis auf einzelne Ausnahmen ganz unpolitische Leute. Sowohl Simon wie Kühne und ihre Stellvertreter Krug und Weber hatten niemals im politischen Leben gestanden. Aus den Äußerungen und den Debatten der Soldatenräte klingt überall eine eigenartige Mischung von Sehnsucht nach Ordnung, von Freude über die Befreiung von militärischem Zwang und aus dem dunklen Gefühl heraus, daß ein empfindlicher Mangel an politischen Kenntnissen vorhanden sei, mag der immer wieder geäußerte Wunsch nach Einberufung einer Nationalversammlung entsprungen sein. Die drohende Abtretung Nordschleswigs gab dem Soldatenrat mehrmals Veranlassung, seine nationale Gesinnung zum Ausdruck zu bringen. Instinktiv suchten sich die Soldatenräte an die Sozialdemokratische Partei anzulehnen, und im Übereifer wurden einmal, trotz Abratens einiger älterer Parteimitglieder, sämtliche Mitglieder des Soldatenrats verpflichtet, einen für die Öffentlichkeit bestimmten Revers zu unterzeichnen, der die rückhaltslose Bekennung zur Mehrheits-Sozialdemokratie enthielt. Er ist von 34 Soldatenratsmitgliedern unterzeichnet, hierunter befanden sich aber verschiedene Leute, die gar nicht auf dem Boden der Sozialdemokratie standen. Es folgte dann später eine Veröffentlichung, nach der das Wort Mehrheitssozialdemokratie durch Volksrepublik ersetzt wurde.

Für die vorliegende Arbeit stand folgendes Material zur Verfügung:

Persönliche Erinnerungen des Verfassers. Die mündlichen Berichte von Mitgliedern des Arbeiter- wie auch des Soldatenrats. Die Protokolle des Gewerkschaftskartells. Die Protokolle des Arbeiter- und Soldatenrats. Der Schriftverkehr des Arbeiter- und Soldatenrats. Die Protokolle der Sozialdemokratischen Partei. Die Sammelbände der Flensburger Tageszeitungen.

Was den November-Ereignissen in Flensburg vorausgegangen war.

Dem Kieler Matrosen-Aufstand in den ersten Novembertagen 1918 war vorausgegangen das ungewöhnlich scharfe Vorgehen der militärischen Seekriegsführung des Kaiserreichs

gegen die Matrosen der Hochseeflotte in Wilhelmshaven, in deren Mittelpunkt die Marinesoldaten Reichpietsch und Köbes standen. Als dort am 28. Oktober die Flotte vor die flandrische Küste zur Sicherung des Rückzuges des Landesheeres auslaufen sollte, weigerten sich die Matrosen. Die Matrosenrevolte wurde niedergeschlagen, indem man 600 Soldaten aus dem Mannschaftsstand verhaftete.

Dann lief die Flotte, wie es in einem Geheimbefehl hieß, „zur Beruhigung der Mannschaften“ nach Kiel aus. 25000 Mann lagen an Bord der schimmernden Wehr im Kieler Hafen. Wiederum wollte die Seekriegsführung die Schiffe zu einem letzten Einsatz in die Nordsee führen. An Bord entstand erneut eine große Unruhe. Der Heizer und Torpedobootsmatrose Erich Thümmel riß als erster am 30. Oktober das Feuer aus den Kesseln.

Am 1. November kam es im Kieler Gewerkschaftshaus zu einer Massenversammlung. Sie stellte eine Deputation zusammen, um den Marinekommandanten die Freilassung ihrer Kameraden zu bitten, die in dem Marinegefängnis inhaftiert waren. Der Kommandant empfing die Matrosendeputation nicht.

Am 2. November 1918 wurde eine Versammlung von 600 Matrosen durch militärische Einheiten auseinandergetrieben. Die im Entstehen begriffenen Arbeiter- und Soldatenräte forderten von den Werftarbeitern Solidarität mit den Matrosen.

Am folgenden Tag, dem 3. November, kam es zu einer Demonstration von 10000 Arbeitern und Matrosen, die sich durch Kiels Innenstadt in Richtung Marinegefängnis auf den Weg machten. Marineoffiziere gaben den Befehl, auf die Demonstranten scharf zu schießen. Acht Tote und 29 Verletzte blieben am Boden liegen. Am 5. November herrschte in Kiel Generalstreik, der vom Arbeiter- und Soldatenrat ausgerufen war. Dem Generalgouverneur Admiral Souchon liefen die Matrosen davon oder ließen sich von den Werftarbeitern entwaffnen. Auf den Kriegsschiffen, dem Schloß und dem Rathaus wurden rote Fahnen gehißt.

Aus einer Schilderung der Novemberereignisse in Kiel im „Flensburger Tageblatt“ von 23. 7. 1977.

25 Jahre Grenzfriedenshefte

Es hat schon eine gewisse Tradition, daß der Grenzfriedensbund und der Bund deutscher Nordschleswiger sich einmal im Jahr in Sankelmark treffen, um hier in der Akademie gemeinsam interessierende Fragen und Probleme des deutschdänischen Grenzlandes zu erörtern. Daß der Austragungsort dieser Gespräche die Akademie Sankelmark, also eine Einrichtung des Deutschen Grenzvereins, ist, gefällt mir sehr, weil damit eine dritte und sehr bedeutende Organisation der deutschen Grenzlandbevölkerung ins Bild kommt. Ich bedanke mich daher herzlich beim Hausherrn, daß wir auch in diesem Jahr in der Akademie sein dürfen.

Herzlich danken möchte ich aber auch Ihnen, meine Damen und Herren, die unserer Einladung gefolgt sind, denen also ein Wochenende nicht zu schade ist, um es auf die geplante Weise zu verbringen. Ich sehe viele und bedeutende Persönlichkeiten unter den Akteuren und unter den Gästen, die sicher auch Akteure sein werden, wenn es um Diskussion und Gespräch geht. Und das soll nicht zu kurz kommen.

Sie alle sind an irgendeiner Stelle Mitgestalter des heutigen Lebens im Grenzland. Mancher von Ihnen hat bis heute schon unverwischbare Spuren seiner Tätigkeit hinterlassen; und einige wirken seit Jahrzehnten an maßgeblicher Stelle mit. Ich heiße Sie alle herzlich willkommen. Wir freuen uns sehr über Ihre Anwesenheit und fühlen uns durch Ihre Mitarbeit an diesem Wochenende geehrt. Ich will nicht durch Namensnennung das Denken in Rang- und Reihenfolgen unterstützen; aber weil ich doch das Jubiläum der Grenzfriedenshefte „bereden“ soll, möchte ich *die* beiden Autoren des allerersten Heftes vom Februar 1953 doch erwähnen: Es sind Herr Prof. Troels Fink und Herr Prof. Alexander Scharff, beide bis heute so bekannt und so prominent, daß sie einer weiteren Vorstellung nicht bedürfen.

Sie haben für den guten Start unserer Hefte gesorgt. Durch sie sind die Grenzfriedenshefte, wie man sportlich sagt, gut abgekommen. Ihre freundliche Begleitung und wiederholte Mitarbeit durch die Jahre hat uns viel bedeutet und sehr geholfen. Das Jubiläum unserer Hefte ist eine gute Gelegenheit, ihnen sehr herzlich zu danken. Einen ebenso herzlichen Dank möchte ich den vielen Autoren abstaten, die in diesen 25 Jahren ihre Meinung oder Ergebnisse ihrer Untersuchung bzw. Forschung in den Grenzfriedensheften mitgeteilt haben. Manche von Ihnen sind unter uns und unterstreichen damit ihre immer noch bestehende Verbundenheit mit unserer Arbeit. Wir freuen uns darüber. Und wir

wünschen uns, daß es so bleibt. Schließlich möchte ich zwei „Insidern“ heute Dank sagen, ohne deren Arbeit es die Grenzfriedenshefte von Anfang an nicht gegeben hätte und ohne deren Treue die Hefte nicht 25 Jahre alt geworden wären: das sind der langjährige Vorsitzende des Grenzfriedensbundes

Dr. Hans Peter Johannsen und der Leiter unserer Redaktion und stellvertretende Vorsitzende des Bundes Ernst Beier. Ohne diese beiden Männer — das ist nicht übertrieben, sondern trifft buchstäblich zu — gäbe es unsere Hefte nicht. Und ich bin überzeugt, daß Sie alle, meine Damen und Herren, die mir jetzt zuhören, das bedauern würden. Das möchte ich als nachgerückter Vorsitzender hier einmal sagen dürfen.

„Zum Geleit“ des ersten Heftes 1953 schrieb Jens Nydahl, der damalige Vorsitzende des Grenzfriedensbundes, u. a.: „Ich gebe der Hoffnung Ausdruck, daß unsere Hefte wertvolles Material für alle *die* bringen, die mit den Problemen unseres Grenzlandes ringen und nach einer Lösung suchen, und daß sie dazu beitragen mögen, den Blick für die fruchtbaren Zusammenhänge zwischen den beiden Völkern an dieser Grenze zu öffnen.“ Das ist das Wort eines Sozialdemokraten, das den Geist der Kieler Erklärung der sozialdemokratischen Landesregierung atmet. (Die Bonn—Kopenhagener Erklärungen kamen erst zwei Jahre später).

Auch der Historiker Prof. Dr. Scharff kommt in demselben Heft im gleichen Sinne zu Wort: „Wie immer das neue Europa aussehen wird, Völker wird es auch in ihm geben, muß es geben, wenn dieses Europa überhaupt Gestalt gewinnen soll, Völker mit ihrem Eigenleben, ihrem Denken und Fühlen. Es wäre ein unabsehbarer Verlust, wenn es keine Völker gäbe ... Doch neben dem Eigenleben der Völker wird es auch das Gemeinsame geben und zwischen deutschem und dänischem Volk gibt es viel des Gemeinsamen, eine Fülle der Wechselbeziehungen.“

Nur ein klein wenig distanzierter, um einen Hauch mehr nur auf guten Stil bedacht, schrieb Thomas Andresen, damals Stadtpräsident und später Oberbürgermeister der Stadt Flensburg, wiederum in demselben ersten Grenzfriedensheft: „Die Auseinandersetzung zwischen deutschem und dänischem Volkstum auf schleswigschem Boden ist etwas Naturgegebenes, etwas historisch Gewordenes ... Was wir aber mit politischer Vernunft sehr wohl erreichen können, das ist, dafür einzutreten, daß diese Auseinandersetzung in würdigen Formen, ohne jede Schärfe und Bitterkeit, ohne Superlative und Ressentiments geführt wird.“

Diese drei deutschen Bürger des Grenzlandes haben offenbar — wie die meisten von uns — nach Hitler und dem Zweiten Weltkrieg das Gefühl gehabt, daß es zunächst Sache der Deutschen sei, zu zeigen, daß eine Sinnesänderung stattgefunden habe. So wundert es nicht, daß der Däne Prof. Troels Fink sich — ebenfalls im ersten Grenzfriedensheft — noch recht abwartend, fast skeptisch,

aber doch auch mit Hoffnung über die zukünftige Entwicklung äußert: „Je größer das Verständnis und die allgemeinen Perspektiven, desto größer die Achtung für die Gegner, die nicht Feinde sind.“ Das „Nicht-mehr-Feind-sein“ war wohl alles, was Prof. Fink damals schon erkennen konnte. Ich habe Verständnis dafür; aber es zeigt mir auch, daß wir in den 25 Jahren seitdem ein Stück weitergekommen sind. Wir sagen vielleicht noch nicht „Freund“, aber doch „Partner“ und „Nachbar“, nicht mehr „Gegner“ oder gar „Feind“. Das ist eine Entwicklung, über die wir uns freuen dürfen. Vielleicht dürfen wir sogar ein wenig stolz darauf sein; denn wir haben dazu beigetragen. Und ich möchte auch — nicht ohne Selbstbewußtsein — sagen dürfen, daß die Grenzfriedenshefte teilhaben an dem Weg von der Feindschaft und Gegnerschaft zur Partnerschaft und Nachbarschaft zwischen Dänen und Deutschen an dieser Grenze. Das ist eine Veränderung, die wir gewollt haben, die wir immer noch nach Kräften unterstützen, und die wir weiterentwickeln wollen.

Als die Grenzfriedenshefte 20 Jahre alt waren, schrieb Hans Peter Johannsen u. a.: „Im 20. Jahrhundert wurde auch uns die Aufgabe, nach der Idee zu suchen, für die wir zu leben und zu arbeiten bereit sind. Wir könnten sie die Idee der Partnerschaft nennen. Ihre Verwirklichung fordert unser aller Bemühen ...“ Und Ernst Beier, der immer noch tätige Redakteur unserer Hefte, schrieb vor fünf Jahren: „Die nationale Frage ... ist in Schleswig ja gleichzeitig eine deutsch-dänische, eine Frage nach dem Verhältnis zum dänischgesinnten Nachbarn und umgekehrt. Dies ist ein dialektisches, ein Spannungsverhältnis, das nicht Feindschaft bedeuten muß, sondern im Gegenteil ein Wissen um das Aufeinanderbezogen- und Aufeinanderangewiesensein.“

Und auch der Gedanke an die Rolle der Völker in einem größeren Europa, den Prof. Scharff erwähnt, taucht 20 Jahre später bei Ernst Beier wieder auf, wenn er schreibt: „Mit der Europäischen Gemeinschaft hat sich eine neue geschichtliche Dimension auch für das Nationale im so lange umstrittenen Schleswig aufgetan ... Es geht darum, das Nationale nicht zu negieren, sondern es zu relativieren, zu einem selbstverständlichen und unumstrittenen Teil in einer größeren Einheit werden zu lassen...“

Damit ist, glaube ich, der Punkt erreicht, von dem aus man weiterdenken kann. Nationales nicht mehr gegeneinander stellen wie Lanzen, die man mit der Spitze gegen den Feind richtet, d. h. doch, nicht auf Sieg oder Niederlage aus zu sein, sondern nebeneinander leben zu wollen. Machen wir ein Miteinander daraus, und zwar in dem gemeinsamen Europa, das schon da ist, aber natürlich gestaltet werden muß, ein Miteinander, in das jeder etwas unverwechselbar Eigentümliches und Besonderes, das Nationale, einbringt! Dieses Thema — in dem angedeuteten Sinn — wird auch in Zukunft in den Grenzfriedensheften behandelt werden.

Ich bin der Meinung, daß hier noch Bewußtseinsbildung geleistet werden muß.

Was mit den Erklärungen von 1949 und 1955 grundsätzlich in die Welt unseres Grenzlandes gekommen ist, muß jetzt in der Gemeinschaft der europäischen Völker in Realität umgesetzt, muß gelebt werden. Es gibt noch Deutsche, für die der Geist von Kiel und Bonn—Kopenhagen Theorie geblieben ist; und es gibt Dänen, die immer noch — rein gefühlsmäßig — die Lanzenspitze senken, wenn sie an Deutsche denken oder mit ihnen umgehen. Diese Landsleute wollen wir mit unserer Arbeit — auch in unseren Heften — nachdenklich machen, überzeugen und gewinnen. In diesem Sinne ist das, was wir in Zukunft tun wollen, dasselbe, was wir immer versucht haben: ein Brückenschlag zwischen unseren Völkern, auch über die Grenze hinweg.

Wir wollen auch, aber ganz ohne Feindschaft, den Wunsch und die Bereitschaft, in diesem Lande deutsch zu sein und es zu bleiben, stärken und unterstützen. Schließlich sind wir ein deutscher Grenzverband. Und wir wenden uns dabei an die Kreise der Bevölkerung, in denen in den vergangenen Jahrzehnten überraschend viele ein dänisches Bekenntnis abgelegt haben. Wir bestreiten nicht das Recht, sich so zu bekennen und diffamieren niemanden deswegen; aber wir bemühen uns, die Bindungen an das deutsche Volkstum, die deutsche Sprache und die deutsche Kultur, die Bindung an das deutsche Volk lebendig zu erhalten. Das wollen wir *auch* mit den Grenzfriedensheften erreichen. Und das steht unserem Verständigungswillen mit keiner Silbe entgegen. Es unterstreicht nur diesen eigentümlichen Spannungszustand im Grenzland, den wir „kulturellen Wettstreit“ nennen.

Es ist auch kein „einseitiger Grenzfrieden“, wie „Flensborg Avis“ schreibt, wenn der Grenzfriedensbund mit dem Bund deutscher Nordschleswiger über „Zeitschriften und Zeitungen in der Grenzregion“ nachdenkt, ohne diese Zeitung mit einem Referat zu beauftragen oder als Mitveranstalter auftreten zu lassen. „Flensborg Avis“ könne das natürlich kritisieren, habe ich in einem Telefongespräch gesagt.

In der Zeitung stand dann, *ich* hielte dieses Vorgehen auch selber für kritikwürdig. Andererseits kann man ja nicht leugnen, daß hier in Sankelmark auch dänische Stimmen zu Wort kommen; und die dänische Minderheit im Landesteil Schleswig kann in den Gesprächen und Diskussionen natürlich auch Vorbringen, was sie denkt. Aber ans Rednerpult — das stimmt — haben wir sie nicht gebeten; diesmal nicht. Grundsätzlich steht dem jedoch absolut nichts im Wege. Was zwei Partner miteinander machen, richtet sich doch nicht zwangsläufig *gegen* einen Dritten. Und wer über Zeitschriften und Zeitungen im Grenzland nachdenkt, kann doch etwas Richtiges sagen, ohne auch „Flensborg Avis“ gehört zu haben. Hier schon von einem einseitigen Grenzfrieden zu reden, ist m. E. nur ein Hinweis darauf, daß „Flensborg Avis“ mehr auf Selbstbehauptung als auf Verständigung aus ist. Die Zeitung vermutet bei der deutschen Mehrheit eine Aggressivität, die es nicht —

jedenfalls nicht mehr — gibt. Wir sollten einmal zusammen etwas machen. Vielleicht hilft das. Vielleicht trägt das auch dazu bei, daß sich die dänischen Südschleswiger gelassen als Schleswig-Holsteiner fühlen, was sie in derselben „Flensburg-Avis“-Ausgabe bestreiten, weil sie die Erhebung der deutschen Schleswig-Holsteiner von 1848 nicht mittragen können. Das aber erwartet doch wirklich niemand.

Andererseits: Können wir uns wirklich leisten, Differenzen des 19. Jahrhunderts zu pflegen in einer Zeit, in der wir uns in der NATO und in der EG zusammenschließen, um uns gemeinsam gegen die Bedrohungen unserer Zeit zu wehren?! Wollen wir nicht die Vergangenheit endlich einmal überwinden, um den Forderungen der Gegenwart zu genügen?! Wir wollen ja gar keine Gleichmacherei! Aber wir wollen doch auch nicht um jeden Preis die Gegensätze schüren.

Unsere Grenzfriedenshefte bemühen sich seit 25 Jahren, zu kommentieren und zu dokumentieren, was im Grenzland geschieht. Sie versuchen auch aufzuarbeiten und einzuordnen, was aus der Vergangenheit in die Gegenwart hineinwirkt. Sie gehen dabei — eingedenk ihrer sozialdemokratischen Wurzeln — ein auf die Rolle der Arbeiterschaft und der Arbeiterbewegung in unserem Land. Das hängt sicher damit zusammen, daß die Industriearbeiter im deutschen Kaiserreich um 1900 eher als vaterlandslose Gesellen denn als staatstragende Bürger galten. Ein inniges Verhältnis zum eigenen Staat stritt man ihnen ab, auch noch, als sie als Soldaten im Ersten Weltkrieg eigentlich das Gegenteil bewiesen hatten. Hat sich die Arbeiterschaft unter dieser Verdächtigung ihrerseits vom deutschen Staat zurückgezogen? Ist das die Ursache für die Bereitschaft, gerade vieler *Arbeiter*, sich von Deutschland abzuwenden und ein Bekenntnis zum dänischen Volk abzulegen? Darauf würde auch ich gerne eine Antwort wissen; und deshalb will ich, daß die Grenzfriedenshefte gerade in dieser Hinsicht auch historische Fragen stellen.

Ich will auch, wie schon Jens Nydahl, daß unsere Hefte eine Mitgliederzeitschrift sind. Wer sich durch Mitgliedschaft zum Grenzfriedensbund bekennt, hat das Recht zu erfahren, was wir im Vorstand denken. Wir wollen uns ihm daher mitteilen. Unsere Zeitschrift ist ein Sprachrohr vom Vorsitzenden und dem Vorstand zu den Mitgliedern. Das soll auch so bleiben, damit jedes Mitglied weiß, *welche* Arbeit es mitträgt. Und natürlich soll auch der Zusammenhalt unter unseren Mitgliedern durch unsere Zeitschrift gefördert werden. Meinungsäußerungen von Mitgliedern — das ist meine Meinung — sollten Platz finden in unserem Organ. Dennoch: Wir wenden uns mit den Grenzfriedensheften nicht nur an unsere Mitglieder, sondern an die Öffentlichkeit des Grenzlandes. Hier soll dargestellt werden, was uns in Nord- und Südschleswig alle angeht. Unsere Hefte sollen der Markt sein, auf dem erörtert wird, was uns bewegt. Ich bitte alle herzlich, die Sie

etwas beizutragen haben zur Gestaltung des deutsch-dänischen Zusammenlebens in unserem Land, Ihre Meinung auch in Zukunft in den Grenzfriedensheften zum besten zu geben. Unsere Hefte als ein Forum der Diskussion über das Zusammenleben von Deutschen und Dänen in unserem Grenzland — das ist eine Vorstellung, die uns bewegt, die uns mobilisiert, die uns gewiß auch zusammenführt. Dafür zu arbeiten, ist einiger Mühe wert.

Periodika von einem besonderen Reiz

Fünfundzwanzig Jahre Grenzfriedenshefte

Meine Zusage, lieber Herr Thomsen, über die Grenzfriedenshefte zu referieren, kam, ich bitte, sich zu erinnern, prompt und guten Mutes. Erst Tage später begriff ich, auf was ich mich da eingelassen hatte, was Sie mir da in Ihrer weithin bekannten so äußerst höflichen, verständnisvollen, ja nahezu gütigen Art aufs Auge gedrückt hatten. Dabei hätte mich der halbe Meter Grenzfriedenshefte im Regal meines Dienstzimmers warnen sollen, hätte Alarm schlagen müssen, um wenigstens mit einer Notlüge, (dem ausgebuchten Terminkalender zum Beispiel) das Vorhaben weiterzureichen. Also: Ein Mann ein Wort, Zusage ist Zusage!

Ich möchte Ihnen nun jedoch die Kehrseite dieser einleitenden Bemerkung vorstellen. Hätte die ganze Sache nicht so viel Zeit gekostet, dann wäre sie ein reines Vergnügen gewesen. Immer wieder ertappte ich mich nämlich dabei, wie ich mich festlas und wie sehr mein Interesse neu entfacht wurde, bei diesem oder jenem Aufsatz, ja selbst bei nahezu abgegriffener Thematik. Dieses Eingeständnis mag dreierlei Gründe haben:

Die Grenzfriedenshefte sind für mich Periodika mit einem besonderen Reiz, für einen Mann, der nun einmal von der landsmannschaftlichen Bindung her ganz einfach „Nachholbedarf“ hat.

Zum anderen sind sie, trotz oder vielleicht gerade wegen ihrer thematischen Vielfalt, eine zeitgeschichtliche Sammlung, die den Vergleich mit ähnlichen Schriftenreihen keineswegs zu scheuen braucht.

Zum dritten scheint mir hier der Autorenkreis in einer Weise sachkundig und engagiert, was ja nicht immer deckungsgleich zu sein braucht, das eine Vielfalt von Beiträgen immer wieder und erneut Verblüffung auslöst.

Diese drei angeführten Kriterien wären unvollständig und am Kern vorbeigehend, wenn man nicht die Kontinuität und Geschlossenheit der Grenzfriedenshefte anführen würde. Für diese Kontinuität und Geschlossenheit, die hoch zu loben ist, stehen wie ein Gütesiegel zwei Namen: Ernst Beier und Hans Peter Johannsen. Eigenartig, wie so etwas verfolgbare und kontrollierbar ist. Wie sehr die Hefte von Nr. 1 im Jahre 1953 über zweieinhalb Jahrzehnte geprägt werden von diesen beiden ja ganz unterschiedlichen Männern. Fast könnte man sagen, die Grenzfriedenshefte wurden zu ihrer ureigensten Hauspostille. Ich meine dies nicht schnodderig oder spöttisch, sondern will damit vielmehr etwas ausdrücken, was ich in diesem Falle als totale Identifikation bezeichnen möchte. Bei allem

Geschick, stets passende und aussagekräftige Mitarbeiter zu finden, was sich übrigens keiner als eine leichte Sache vorstellen sollte, ist es Beier und Johannsen gelungen, den Grenzfriedensheften einen ganz eigenen, unverwechselbaren Stempel aufzudrücken. Das kommt im Inhaltsverzeichnis ebenso zum Ausdruck wie z. B. in den Buchbesprechungen, in der Wiederaufnahme und Neubehandlung von Themen nach einem gewissen zeitlichen Ablauf und wie in sehr persönlich gehaltenen Zeilen aus mancherlei Anlaß.

Ich weiß nicht, ob dies von Anfang an so konzipiert war, ob der Vorstand bei der Entscheidung über diese Art öffentlicher Präsentation des Grenzfriedensbundes dies so wollte, oder ob es sich eben nur so ergab. Auf alle Fälle ist es als ein Faktum zu registrieren. Ich bezweifle, lassen Sie mich dies ruhig sagen, ich bezweifle, daß eines hoffentlich erst fernen Tages die Möglichkeit bestehen wird, diese begonnene Arbeit so homogen fortzusetzen. Beier und Johannsen haben mit diesen Grenzfriedensheften etwas zum Leben erweckt und großgezogen, das zu einer der lebendigsten Quellen in der Region des Grenzraumes geworden ist. Ich kenne nicht ihre Rezeptur, aber auf jeden Fall ist ihnen eine der Grundmaximen für derartige Vorhaben bekannt gewesen, und was das wichtigste daran ist, sie ist durch sie auch immer wieder neu erfüllt worden: „Lesbar muß sowas sein!“

Das braucht keineswegs auf Kosten der historischen Genauigkeit zu gehen oder auf Kosten politischer Aussagekraft, braucht weder die Themenfülle einzuschränken, noch den Stil zu korrumpieren. Aber glauben Sie mir, es ist das allerschwerste, und um das Gebot „Lesbar muß sowas sein!“ zu erfüllen, bedarf es mehr als nur vorzüglicher Sach- und Fachkenntnis oder einer populär frisch dahinfliegenden Feder. Es bedarf ganz einfach der immer fortdauernden Bemühung, es bedarf des Ideenreichtums und es bedarf der Bescheidenheit.

Die Grenzfriedenshefte hatten Vorgänger. Jens Nydahl erinnerte an sie bei der Eröffnung der neuen Reihe: „Seit Beginn seiner Tätigkeit im Jahre 1950 hat der Grenzfriedensbund in zwangloser Folge „Grenzfriedensbriefe“ herausgegeben, in denen sowohl die Meinung zu den wesentlichen Fragen der Gegenwart unserer Heimat gesagt als auch über die verschiedenen Zweige des heimatlichen, volklichen und politischen Lebens berichtet wurde. Der Grenzfriedensbund hat sich neben seiner sozialen Tätigkeit das Ziel gesetzt, praktische deutsche Volks- und Kulturarbeit aus wahrhaft europäischer Gesinnung heraus zu betreiben, eingedenk der Tatsache, daß neue Verhältnisse und neue Zeiten neue Wege in der Arbeit fordern. Wir haben versucht, auch in unseren „Grenzfriedensbriefen“ „Gespräche“ zu führen, wobei wir zugeben müssen, daß zwar gelegentlich Rede und Gegenrede zu verzeichnen waren, aber doch im wesentlichen das Gespräch einen etwas monologischen Charakter hatte.“

Ich zitiere die Sätze von Jens Nydahl ganz absichtlich. Ermöglichen sie doch schon gleich zu Anfang die Beantwortung der Frage: Was hatten die Herausgeber

eigentlich vor, wer sollte angesprochen werden und welches Ziel stand ihnen vor Augen?

Frappiert, man kann nachträglich sagen, oft nachhaltig beeindruckt haben mich Vokabular und kritische Tendenz der abgedruckten Reden, Briefe oder Aufsätze bereits der frühen Jahre. 1953 war es doch keineswegs so, daß gute Nachbarschaft zwischen Deutschen und Dänen als Selbstverständlichkeit zu bezeichnen gewesen wäre. Das mußte doch alles erst wachsen und brauchte schon seine Zeit, bis mancher Gedanke, der in den Grenzfriedensheften zur Diskussion gestellt worden war, auch tatsächlich Eingang in die Köpfe der Menschen fand. Mich verwundert dies nicht, sondern bestätigt mir vielmehr die eben skizzierte Rolle der Veröffentlichungen. Als sei es Mode geworden, so häuften sich zur Mitte der fünfziger Jahre die deutsch-dänischen Gespräche und Tagungen. Die Wirkung der jeweiligen Einzelveranstaltungen mag partiell gering gewesen sein, aber in ihrer Summierung wurde daraus eben jenes bunte Mosaik, das diesem Raum gut zu Gesicht steht, das ihn auch unverwechselbar macht, und es macht ihn noch liebenswert dazu.

Ich will den Ablauf der Geschichte nicht nachverfolgen, gleichsam in der Parallelität zum Text der Grenzfriedenshefte. Daß sich in ihnen herausragende Veranstaltungen und Begegnungen wiederfanden, entweder ehrlich gewürdigt oder mit kritischen Anmerkungen versehen, versteht sich am Rande. Ich möchte Sie vielmehr an einige grundsätzliche Beiträge erinnern, mit denen sich die Hefte einen ganz spezifischen Platz in den Regalen mit Schleswig-Holstein-Thematik erworben haben.

Zum Beispiel die Minderheitenerklärungen von 1923 (Stauning und Wels) und die von 1949 (Diekmann). Dann jenes Sonderheft aus dem Jahre 1953 mit dem Kopenhagener Protokoll von Ernst Siegfried Hansen. Oder 1955 das „Heft der Toleranz“, mit dem Abdruck der Bonner Erklärung.

Ich glaube, 1958 war es, da begannen die Herausgeber mit Leseproben aus der deutschen und dänischen Literatur. Aber das Herausragende jenes Jahres war das Heft mit dem Lebensbericht von Axel Henningsen, einem der großen alten Männer dieser Landschaft.

Im Laufe der folgenden Jahre wurde das Spektrum der behandelnden Themen immer weiter. Enge war ja eigentlich niemals festzustellen. Die veränderten Verhältnisse werden das damals möglich gemacht oder ganz einfach verlangt haben. Die Herausgeber haben das rechtzeitig empfunden und sind erfolgreich darangegangen, dieser notwendigen Ergänzung sinnvoll gerecht zu werden. Dies wird gewiß nicht immer ganz einfach gewesen sein, denn die Aufgabe der Grenzfriedenshefte war ja festgelegt.

Im Nachhinein möchte ich Beier und Johannsen attestieren, daß sie mit klaren Vorstellungen und einer bestaunenswerten Konsequenz diese Öffnung und

Verbreiterung gewagt und zu einem respektablem Niveau geführt haben. Auch darin hatten sie eine glückliche Hand. Die beiden Männer müssen sich gegenseitig sehr geschätzt und hoch geachtet haben, sonst wäre die Einheitlichkeit nicht über so lange Distanz zu erhalten gewesen.

In diesem Zusammenhang möchte ich nun einige Namen von Autoren erwähnen, die entweder mehr oder weniger regelmäßig an diesen Grenzfriedensheften mitgearbeitet haben oder durch Beiträge ganz spezifischer Art ihren Anteil an der Reihe haben. Eine solche Namensliste kann natürlich nicht vollständig sein, Lücken bitte ich mir also nicht zu verargen.

Ich erinnere zuerst an den früheren Hausherrn der Akademie Sankelmark, an Dr. Heinz Dähnhardt, jenen hochkultivierten und klugen Mann, dessen Persönlichkeit aus der jüngeren Geschichte dieses Grenzraumes nicht fortzudenken ist und dem es vergönnt war, die Begriffe Heimat und Welt in der überzeugendsten Art und Weise zu verklammern und zu demonstrieren.

Dann Morten Kamphövener, der hochgeachtete Nestor der Journalisten von der anderen Seite der Grenze, ein Däne, der es seinen eigenen Landsleuten vielleicht oft schwerer gemacht hat als uns Deutschen. Welchen Bogen spannte er mit seinem Artikel „Vom Gesamtstaat bis Danfoss“.

Das Thema Europa wurde in der vielfältigsten Weise im Laufe der Jahre immer wieder aufgenommen. Niels Bøgh Andersen und Jes Schmidt taten es, Bent A. Koch, Detlef Hansen, Hartwig Schlegelberger und Troels Fink. Die drei letzteren Persönlichkeiten könnte man als ständige Mitarbeiter bezeichnen. Zu erinnern ist ferner an Theodor Steltzer und seinen Beitrag mit der Überschrift „Die Anfänge des Landes Schleswig-Holstein“. Es war sein Vortrag auf der Mitgliederversammlung 1967 in Husum, und ich bin froh, daß gerade dieses Referat als Tondokument im Archiv des Flensburger NDR-Studios liegt. Zu den aktivsten Autoren zählen unbestritten: Hans Friedrich Schütt, Johannes H. Meyer, Ernst Siegfried Hansen, Erik Jessen, Harro Marquardsen und Rudolf Stehr, Poul Kürstein, Reimer Kai Holander, Paul Koopmann, Gerd Vaagt und Harboe Kardel. Und wieder und immer wieder Hans Peter Johannsen und Ernst Beier.

Eigentlich sind die Grenzfriedenshefte ein Sammelsurium von hohem Rang, Treffpunkt für mancherlei unterschiedliche Meinungen ebenso wie Schatztruhe für fixierte Gedanken und niedergeschriebene Tatsachen von einem so herausragenden Anspruch, daß ich mich oft gefragt habe, ob ihre Wirkung vielleicht nicht doch nur eine sehr begrenzte sein könnte. Zu begreifen wäre dieser Tatbestand schon. Andererseits ist eindeutig beweisbar, daß diese Heftefolge Stimme besitzt und Echo erzeugt. Die Vokabel „Dialog“ wird in den Grenzfriedensheften mit Leben und Inhalt angefüllt. Auf welcher nahezu vollkommene Weise, das mag jemanden überraschen, der noch nicht selber den feinen Verästelungen in der Politik, der Kultur und der Wirtschaft dieses Raumes

und natürlich seiner Geschichte nachgespürt hat. Nördlich und südlich unserer Grenze ist Dialog eben existentiell, nicht Mahnung oder Aufforderung, schon gar nicht terminierte Gesprächsbereitschaft oder huldvoll gewährtes Zuhören. Die Grenzfriedenshefte sind ein wesentlicher Teil dieses Dialoges an sich. Sind Präsentation seltsam verwobener Historie in einem der geschichtlich kompliziertesten Räume Europas. Sie sind natürlich auch, und dies ist völlig legitim, Mitteilungsblatt, des Grenzfriedensbundes, einem der vier deutschen Grenzverbände. Aus dieser Aufgabenstellung fließt dann das Persönliche mit ein, spiegeln die Seiten in Gratulationen oder Nachrufen zum Beispiel etwas von dem ganz spezifischen, manchmal gar familiären Zusammenhalt wider. Oder sollte ich besser sagen: räumliche Zuordnung wird abgesteckt und personifiziert. Doch auch in diesem Bereich wurden die Herausgeber nicht penetrant und verwuschen nicht ihre Zielsetzung. Die Gefahr hierzu war latent gegeben, mußte von Heft zu Heft erkannt und zurückgedrängt werden.

Dies wird auch an anderen Wegmarken so sein müssen. Nicht alle dahergereisten Politiker, die unserer Region die Ehre geben, ließen einen Sack voll goldener Worte zurück. Gar manches Mal fand sich unter den Münzen auch Falschgeld, was weniger überraschen sollte, als vielmehr der fröhliche Leichtsinn, mit dem es geprägt wurde, und die abgeschliffene Routine, mit der jenen Leuten die hohlen Worte über die Zunge kamen.

Aber keine Bange, hierzulande hat man gute Ohren, weiß, daß der Zentner hundert Pfund haben muß, daß 7 und 3 eben nur 10 sind und nicht, wie die einen sagen $10 \frac{1}{2}$ oder wie die anderen meinen: etwas über 9. Adam Riese stammt zwar aus Franken, hätte aber auch ein Schleswiger sein können. Und das ist beruhigend.

Wer sich hierzulande nicht auskennt, ist versucht zu sagen: Na und — was soll's eigentlich — deren Sorgen möcht' ich haben. So einfach ist Geschichte eben nicht abzuschütteln, wobei es ganz gleich ist, ob es sich um große oder kleine Ereignisse handelt.

Läßt man die Jubelfeiern, Erinnerungstage, Ausstellungen, Veröffentlichungen und Diskussionen der letzten Jahre noch einmal Revue passieren, dann können Deutsche und Dänen ganz zufrieden sein. Bei aller Wahrung unterschiedlicher Standpunkte, bei aller Zurückhaltung und, auch dies braucht niemand zu verschweigen, mit manchem Zentnergewicht der Vergangenheit auf den Schultern. Die heutige Bilanz ist solide und in Ordnung. Von ungefähr ist das aber nicht gekommen, und es war auch kein Geschenkpaket, das nur hätte ausgewickelt werden müssen. Zum Begreifen des Heute gehört nun einmal auch das Erinnern an damals, und wer diese Erinnerung nicht selber nachvollziehen kann, der hat sich zu informieren. Der Quellen gibt es genug. Eine der am reinsten sprudelnden sind die Grenzfriedenshefte in der Tat!

Die tausendjährige schleswigsche Frage

im Spiegel dänischer Zeitschriften

„Zeitschriften und Zeitungen in der Grenzregion — ihre Bedeutung früher und jetzt.“ Ein typisches Sankelmark-Thema, finde ich, eine Aufforderung zum Tanz — bitte schön: man möchte ein Pas de deux.

Das Objekt ist umfassend und vielfältig, u. a. deshalb, weil nicht viele Quellenschriften vorliegen, jedenfalls nicht in konzentrierter Übersichtsform.

Diese Tatsache entspricht vielleicht dem Paradox, daß in der modernen Demokratie die Presse die einzige öffentliche Institution ist, die eine „Presse“ nicht hat. Oder anders gesagt: Die Presse soll uns alle und alles kritisieren. Aber wer kritisiert dann die Presse? Ebenso mit der Polizei, die alles kontrollieren soll, aber wer kontrolliert dann die Polizei?

Nun, hier können wir nicht stehenbleiben. Und immer, wenn man einen Deus ex machina sucht, findet man ihn in der Geschichte. Für unsere Diskussion haben die Arrangeure die folgende Frage aufgestellt: „Welche grundsätzliche Bedeutung haben die Zeitungen und Zeitschriften für die deutsch-dänische Grenzregion?“ Eine Würdigung der dänischen Grenzlandpresse gab einmal in der ausgeprägten Kampfzeit der deutsch-schleswigsche Politiker und Schriftsteller Johannes Tiedje, ein gebürtiger Nordschleswiger. Es geschah polemisch in einer Artikelreihe: „Die Zustände in Nordschleswig“, die Tiedje im Jahre 1909 in „Die christliche Welt“ veröffentlichte. Tiedje war „Friedensmann“, war mit Grundtvigs Volkshochschulgedanken vertraut und verfocht im Grenzkampf immer den deutschen Rechtsstandpunkt. Die Zwangsgermanisierung in Nordschleswig fand er unwürdig und schädlich. Seine 1909-Offensive wurde u. a. von Pastor Johannes Schmidt-Wodder auf gegriffen und die Gedanken in dem von Schmidt-Wodder errichteten und geleiteten Friedensverein realisiert. Über die dänische Presse als Gegner und Lehrer schrieb Johs. Tiedje damals, sie wäre „Hauptträger der dänischen Kultur“, und mit Hinblick auf Resultate reiche sie viel weiter als die nationalen Organisationen. Diese nationale Presse stand beträchtlich höher, laut Tiedje, als die übrige dänische Presse. „Sie (d. h. die dänische Grenzlandpresse) bringt eine überwältigende Fülle von originalen Beiträgen und findet lebendigen Widerklang in ihrem Leserkreis. Sie bedient den gleichgesinnten Leser mit einer kulturellen Auswahl des ganzen nordischen Geisteslebens, die rein redaktionstechnisch Bewunderung abzwängen muß. Ihre positive Aufgabe hat ein volkserzieherisches Ziel.“ Die Superlative in Tiedjes Schrift eskalieren dann weiter

zu solchen Apotheosen, daß man sich als Däne etwas zurückhaltend mit noch mehr Zitaten verhalten möchte. Die dänische Presse wird mit Eigenschaften charakterisiert wie z. B. „einmaliger Akt“ (!), „zärtliches Feingefühl“, „hohes Ideal einer edlen und sittlich reinen Familienkultur“. Dadurch ist, meint Tiedje, eine große „Tat“ auch für das deutsche Volk geleistet.

Noch einmal soll gesagt werden, daß Johs. Tiedje provozieren wollte. Als Theologe kannte er das Wort in Salomo 3, 12: „Den man lieb hat, züchtigt man.“ Bekannt ist sein Hinweis in anderer Verbindung auf das dänische Geistesleben in Nordschleswig zur selben Zeit: „Siehe, sie beten.“ Damit wollte Tiedje wohl kaum seine Landsleute als Heiden bezeichnen, sondern erwecken, neue Signale stellen. Drehen wir nun das Rad der Geschichte noch weiter zurück, muß zunächst betont werden, daß die schleswigsche Frage als Problem zwischen Dänemark und Deutschland erst ein direktes *Politikum* durch die nationale und demokratische Erweckung in den 1830er und 1840er Jahren wurde, als — mit einem Schlagwort gesagt — „Sønderjylland vågnede“. Aber Sønderjylland erwachte nicht aus sich allein, sondern wurde von dem demokratisch gesinnten Geistesleben in Kopenhagen ideell unterstützt, mit intellektueller Munition versorgt, welche die schleswigschen Bauern ihrem eigenen Acker anpassen konnten. In der volklichen Gemeinschaft kam diese Bürger-Bauern-Verbrüderung mündlich auf dem großen sogenannten Sprachfest (man wollte die dänische Sprache zu ihrem Recht kommen lassen) auf dem Skamling-Hügel oberhalb des Kleinen Belts zum Ausdruck. Bei dem zweiten von diesen Sprachfesten im Jahre 1844 waren der hochbegabte Dichter Meir Aron Goldschmidt und der christlich-nationale Dichter und Denker N. F. S. Grundtvig — beide aus Kopenhagen — unter den Rednern. Besonders haben Goldschmidts einleitenden Worte auf Skamling überlebt: „Ich bin ein Jude. Was will ich bei Euch?“

In Relation zu dem Thema sollen Goldschmidt und Grundtvig nur als Zeitschriftenredakteure vorgestellt werden, und zwar in Beziehung zu einer existentiellen Definitionsfrage, die man in einem Grenzland nie los wird. Diese Frage lautete damals, in einer Erweckungszeit: „Wer darf sich eigentlich ‚national‘ nennen?“ oder konkret gefragt: „Darf ein in Dänemark geborener Jude sich dänisch nennen, kann er überhaupt dänisch-national empfinden?“

Als Zeitschriftenredakteur ist M. A. Goldschmidt besonders in der Kierkegaard-Literaturgeschichte bekannt. Seine Angriffe auf Søren Kierkegaard in seiner politisch-satirischen Zeitschrift „Corsaren“, bekamen große Bedeutung für Kierkegaards spätere Verfasserschaft. Oder, wie man etwas respektlos sagt, „eine Verlobung, die rückgängig gemacht wurde“, und ein paar Witze schufen «einen Philosophen von Weltrang! „Corsaren“ hat sich jedoch auch in der schleswigschen Frage engagiert: u. a. in einem Bericht 1844 über das erwähnte Treffen auf Skamling, wo der nur 25 Jahre alte verfeinerte Kopenhagener Literat Goldschmidt

den schleswigschen Bauern die Hand reichte. In dem Bericht erwähnte Goldschmidt nicht seinen eigenen Namen als einen der Hauptredner. Drei Jahre später gab er „Corsaren“ auf und gründete eine seriöse Monatszeitschrift, die spätere Wochenschrift „Nord og Syd“.

Etwa zur selben Zeit hatte Grundtvig eine Zeitschrift namens „Danskeren“ erscheinen lassen. Die beiden Redakteure, Goldschmidt und Grundtvig, waren sich in großen Zügen in der aktuellen Schleswigfrage einig. Beide erklärten sich als Gegner einer zwangsmäßigen Inkorporation Schlesiens in Dänemark, beide standen auf dem demokratischen Standpunkt, man solle das schleswigsche Volk, den einzelnen Menschen, selber in der staatspolitischen Angehörigkeitsfrage entscheiden lassen. Hier wird also, im Jahre 1848, der Volksabstimmung im Landesteil Schleswig 1920, fast 100 Jahre später, schon ideell und prophetisch vorgegriffen.

Aber in einer anderen Problematik schieden sich die beiden Geister, nämlich über den Wert und Inhalt des Wortes national. In einer Besprechung über Grundtvigs neu erschienenen „Danskeren“ schrieb Goldschmidt in „Nord og Syd“, daß „der alte Grundtvig nun wieder seinen Lieblingssatz wiederholt hat, nämlich daß niemand dänisch sein kann und ein wirklich dänisches Gefühl haben kann, wenn er fremder Herkunft ist und nicht ursprünglich dänisch.“ Wer ist ursprünglich dänisch?, fragt G. rhetorisch. Er gibt selbst die Antwort in einem pathetischen Stil, der — bewußt oder unbewußt — Anklänge an Shylocks großen Monolog in Shakespeares „Der Kaufmann in Venedig“ enthält. („If they poison us, do we not die? If they stick us, do we not bleed?“) Es heißt wörtlich bei Goldschmidt: „Sind vielleicht wir anderen, die Dänemark lieben, die die dänische Sprache pur reden und schreiben, die unser Leben in den Dienst des Staates stellen — sind wir vielleicht rettungslos außerhalb der dänischen Nation gestellt, d. h. vaterlandslos, nur weil wir ein undänisches „sch“ (ein Goldschmied wird auf Dänisch *guldsmed* geschrieben) in unserem Namen haben, oder vielleicht, weil wir schwarzes Haar und dunkle Augen haben? Wenn wir für Dänemark fielen, wenn unser Herzblut flösse, kann dieses Herzblut dann nicht das unglückselige „sch“ aufwiegen? O Gott, wie können Leute doch unbarmherzig in ihrer Vaterlandsliebe sein.“

Grundtvig antwortete in „Danskeren“ mit Argumenten, die man — losgerissen von der Zeit und der damaligen Denkweise — mißbrauchen und schlechthin den dänischen Freiheitsapostel, einen der Väter unseres Grundgesetzes von 1849, als einen Antisemiten bezeichnen könnte. Grundtvig nennt nämlich in seiner Replik Goldschmidt einen *Fremden*, einen Mann, der „volklich gesehen ein Gast unter uns ist“, ein Mann, der körperlich und geistig „diesem merkwürdigen jüdischen Volke angehöre“. Grundtvig gesteht zwar, daß Goldschmidt besser dänisch schreiben kann als die meisten „sogenannten dänischen Verfasser“, aber er ist „von der Grille befangen, als ein vollendeter Däne zu gelten“. Uns anderen erzählt

er, schreibt Grundtvig weiter, unser Dänentum bestünde nur darin, daß wir „ein Ideal wollen und die Augen vor der Wirklichkeit schließen“. Über die gestellte Kernfrage, was das Wort „national“ eigentlich bedeute, antwortet Grundtvig, daß Goldschmidt es kaum verstehen würde, weil sein eigenes Volk, das jüdische, „unglücklicherweise sowohl Muttersprache als Vaterland verloren hat“. Und in Dänemark ist Goldschmidt darauf angewiesen, sich an den gemeinen Mann (almuen) zu wenden, um zu lernen, was dänisch ist und was zukünftig im Lande herrschen soll. Wer sich damit nicht abfinden will, der ist „undänisch“. Zwar versteht Grundtvig, daß es „Herrn Goldschmidt und vielen anderen“ (gemeint sind die Deutschen) unerwartet und unbehaglich sein wird, sich an die ungebildete „almue“ zu wenden, um zu lernen, was „echt dänisch in Dänemark ist“.

Dieser Schlag war schwer und ungerecht. Einem Mitkämpfer, einem Demokraten, einem Meister der dänischen Sprache wurde der Weg zurück in das Getto gewiesen. Oder, wie Morten Bredsdorff in einer Abhandlung über Goldschmidt und Grundtvig schreibt (Grundtvig Studier 1974): Als die beiden sich erstmals auf Skamling 1844 begegnet waren, wurde Goldschmidts peinvoller Ruf: „Ich bin ein Jude, was will ich bei euch?“ mit freundlichen Zurufen und ausgestreckten Händen gerade von den Bauern begrüßt. Nun stand der andere von den damaligen großen Skamlingsrednern auf und rief: „Du bist ein Jude. Was willst du bei uns?“

Als Goldschmidt und Grundtvig fast 100 Jahre später darüber Recht bekamen, worüber sie einig waren, nämlich daß die Teilung Schlesiens durch eine Volksabstimmung geregelt werden mußte, führte die ganze schleswigsche Frage nochmals zur Gründung von Zeitschriften und zur Entfaltung von Persönlichkeiten. Hier muß man vor allem einen Mann und sein Lebenswerk hervorheben. Das ist Dr. Vilhelm la Cour.

La Cour war Historiker, Spezialist in der Frühgeschichte. Als Archäologe hat er viele Ausgrabungen geleitet, u. a. im Dannewerk, aber sein Hauptwerk auf diesem Gebiet ist ein Werk „Danske Voldsteder“, daß er in einem Alter von fast 80 Jahren herausgab. Schon im Jahre 1918 gründete er die Monatsschrift „Grænsevagten“, die er erst 52 Jahre später, im Jahre 1970, aufgab. In diesen vielen Jahren redigierte er den Stoff, schrieb das meiste davon mit eigener Hand und eigenem Verstand, schrieb historisch objektiv, aber immer subjektiv engagiert. „Neutralität hat nie diese Kampfschrift geprägt“, schrieb er u. a. in einem Abschiedsartikel. Dazu soll jedoch gleich bemerkt werden, daß „Grænsevagten“ immer wieder von jüngeren Historikern als Quellenschrift benutzt wird. Ein Fachmann prägte dies Lebenswerk.

Dr. la Cours Ausgangspunkt war der Streit um die kommende deutsch-dänische Grenze nach dem Ersten Weltkrieg 1918. Diesen Kampf führte er extern und intern. Extern natürlich gegen die deutschen Standpunkte, intern als Vertreter zunächst der sogenannten Dannewerk-Auffassung, später als „Flensborg-Mann“.

Wie wohl bekannt ist, gab es damals verschiedene dänische Auffassungen, die sich bitter bekämpften. Als weitere Merkmale in dem nationalen Kampf darf la Cours harte Frontstellung gegen den Nazismus erwähnt werden, was ihm während der deutschen Besetzung Dänemarks sieben Monate Gefängnis einbrachte. Später flüchtete er nach Schweden, kehrte aber voller Kampfgeist zurück und stritt dann in „Grænsevagten“ für die Wiedervereinigung des ganzen Schleswig, d. h. Südschleswig sollte wieder dänisch sein.

„Le style, c'est l'homme“, sagt der Franzose. La Cour war ein begnadeter Stilist, ein vornehmer Polemiker, der seinen Kampf immer mit reinen Waffen führte.

Er beherrschte einen Stil, der wirklich Vaterlandsliebe auszudrücken vermochte. In chronologischer Reihenfolge stellt sich dann „Sønderjysk Månedsskrift“ vor. Dies Monatsblatt sah 1924 als Kind des zwei Jahre zuvor gegründeten „Historisk Samfund for Sønderjylland“ das Tageslicht. Diese Zeitschrift beschäftigt sich als Hauptaufgabe mit der historischen Heimatkunde, von Laien und Gelehrten geschrieben. Historisch objektiv in der Grundhaltung, aber in der nationalen Frage nicht indifferent. Die tragende Kraft in den ersten Jahren war der PH-Lehrer in Tondern, Claus Eskildsen, bekannt durch sein Buch „Dänische Grenzlehre“. „Sønderjysk Månedsskrift“ übernahm nach Vilh. la Cours „Grænsevagten“ einzelne Funktionen von dieser Zeitschrift, vor allem das sogenannte „Grenzland-Tagebuch“, das la Cour selber sicherlich als etwas zu „trocken“ empfinden würde. Diese historische Zeitschrift hat mit ca. 2000 Abonnenten gut überlebt, hat sich technisch modernisiert, besonders mit Hinblick auf gute, distinguierte und relevante Illustrationen. Das Volkstümliche wird gepflegt. Neben wissenschaftlichen Beiträgen kann man auch über Omas Kuchenrezepte lesen. Die letzte Ecke in diesem nationalen Dreieck ist die nordschleswigsche Zeitschrift „Nord-Syd“, von Redakteur Kai Edv. Larsen, Sonderburg, verlegt, redigiert und vornehmlich auch geschrieben. „Nord-Syd“ erschien in den Jahren 1956 bis 1965 und hatte in diesen Jahren teilweise Stoffgemeinschaft mit „Grænsevagten“. Kai Edv. Larsen war damals Sekretär des großen nordschleswigschen Vereins „Danske Samfund“ und legte seine Zeitschrift als ein Sprachrohr dieses Vereins vor.

Südlich der Grenze wurde in den Jahren 1950—58 eine neue Epoche mit der Zeitschrift „Front og Bro — Tidsskrift for ny folkelighed“ eingeleitet. Dies Heft diente als Mitgliedsblatt für den Verein südschleswigscher (dänischer) Studenten; die Autoren in dem Blatt bezeichneten sich als „ny-danskere“ (Neu-Dänen) und hatten u. a. als Programm, daß das spezifisch Schleswigsche sich mit der dänischen Kultur, die man empfing, vereinen sollte. In sämtlichen acht Jahrgängen hat man mehr oder weniger akademisch diskutiert, wie der Untertitel im „Kopf“ — ny folkelighed — zu verstehen und zu übersetzen sei: „Neues Volkstum“ oder vielleicht besser „Volkheit“. Als Neudäne sprach man bewußt nicht von

Wiedervereinigung, sondern von Vereinigung. Die Tradition fehlte. Die Zeitschrift lebt nicht mehr, aber ihr Titel ist zur Kapitelüberschrift in der neuesten Grenzlandgeschichte geworden.

Die nationalen Zeitschriften alten Stils sind heutzutage zu Mitgliedsblättern geworden, zu Dienern der praktischen Arbeit. Erwähnt werden sollen nur cursorisch „Kontakt“, Monatsblatt des Südschleswigschen Vereins, „Treklangen“, Organ für die dänischen Jugendvereine in Südschleswig und mehr periodisch schon seit 40 Jahren die Zeitschrift „Grænsen“ von dem Grenzverein in Kopenhagen herausgegeben. Außerdem werden grenzpolitische Themen in verschiedenen Jahrbüchern behandelt, das älteste „Sprogforeningens Almanak“, die Jahrbücher des SSV, Grænseforeningerne und Historisk Samfund. In den letzten Jahren haben auch die dänischen Kreisvereine in Südschleswig Weihnachtshefte als Gruß an dänische Patenschaften herausgegeben. Von „Nordfriisk Institut“ in Bredstedt gehen wertvolle Publikationen aus.

Das Thema Zeitschriften im Grenzland heißt, den Nachruf so schön wie möglich zu schreiben. Aber in einer Konklusion darf gesagt werden, daß dieser Nekrolog Historie widerspiegelt. Im Anfang war der Kampf. Nun heißt alles „Orientierung“. Die grenzpolitischen Auseinandersetzungen werden paritätisch von zwei wissenschaftlichen Grenzregionsforschungsinstituten analysiert. Darüber sollte man natürlich nicht lamentieren.

In der letzten Nummer seines „Grænsevagten“ schrieb der damals 87jährige Historiker und Fighter Vilh. la Cour im Jahre 1970: „Da der Kampf nicht mehr gefordert wird, soll ohne Bitterkeit erkannt werden, daß „Grænsevagten“ als Begriff und Realität überflüssig geworden ist. „Wir können uns nicht mehr leisten, eine Leibgarde mit Bärenfellmützen nur wegen der Parade aufrechtzuerhalten.“

Aber diese Garde sah doch prächtig aus! Soll heute alles feldgrau sein? Das heißt: wissenschaftliche Analysen, Grenzregionsforschung, Debatten über Grenzhandel, Fragen von Zuschüssen an die beiden Minderheiten, Wahlzahlen, Schülerzahlen, der „Pillenknicke“ als biologische Krise der nationalen Minderheiten und endlose Diskussionen über den absurden Begriff: Wer ist Europäer, wer ist es nicht? Da haben wir wieder die Grundtvig-Goldschmidt-Problematik. Wer kann sich nach den strengen Kriterien Grundtvigs Schleswig-Holsteiner nennen? Eine Person vielleicht, deren Vater Holsteiner und deren Mutter Schleswiger war und der selber in Rendsburg geboren ist, oder noch besser: auf einem Schiff im Kieler Kanal zur Welt gekommen ist? Gibt es einen Österreich-Ungarn? Einen Jugoslawen?

Ich rufe natürlich nicht den Kampf wieder herbei. Doch befürchte ich, daß die bloße nackte Orientierung zur Gleichgültigkeit, zur Archivierungstendenz führen kann. Aber die tausendjährige schleswigsche Frage läßt sich nicht nur mit Zahlen und Definitionen belegen. Hier bewegen sich Wellen und Strömungen im ewigen Meer. *Wo bleibt die engagierte Debatte?*

Die Anzahl der Zeitschriften in der deutsch-dänischen Grenzregion ist nicht gering; ihre Intentionen sind sehr unterschiedlich. Im Laufe ihres Bestehens hat sich dar. Aussehen und die Ausrichtung einiger Zeitschriften gewandelt. Neue Publikationsformen erscheinen, wobei noch ungewiß ist, ob sie bestehende ablösen oder ergänzen werden.

Deutsch geprägte Zeitschriften

Bei der Frage nach Charakter und Kern der Zeitschriften bietet sich folgendes an:

a) Sind und waren die deutsch geprägten Zeitschriften in unserer Grenzregion notwendig, um deutsches und damit abendländisches Kulturgut nach hier zu vermitteln, oder

b) handelt es sich um Äußerungen bereits vorhandenen Kulturgutes der eigenen gegebenen Situation.

Kurz: Wird durch die Zeitschriften eine geistige Haltung aufgepfropft oder wird etwas zum Ausdruck gebracht, was eigentlich bereits vorhanden war und nur gesagt werden sollte.

Interessant wird es sein, in den Zeitschriften nachzulesen, ob das Kunststück gelingt, über den eigenen Kulturkreis hinauszuschauen, sozusagen einen Blick in Nachbars Garten zu werfen oder aber einen Blick zurück zu tun.

In unserem Raum bzw. unserer Region wird man sich besonders behutsam und gründlich umschaun müssen, da der skandinavische Norden die erste Hälfte des Mittelalters — etwa über die Zeit der Wikinger hinaus bis zur Beendigung der dänischen Orientierung nach England — *ohne*, z. T. sogar *gegen* das Abendland durchlebte und auch nach der Errichtung des Erzbistums Lund nur zögernd und dann aus politischen Gründen sich dem Süden öffnete. Diese Entwicklung läßt sich im einzelnen bis auf den heutigen Tag belegen.

Es wird auch zu fragen sein, ob denn das Herzogtum Schleswig oder die deutschdänische Grenzregion jemals *ganz* deutsch oder *ganz* dänisch gewesen ist. Es gab hier sowohl gegenüber dem Süden als auch gegen den Norden hin eine Eigenständigkeit, die auch dann nicht beendet war, als Adolf VIII. als letzter Schauenburger Schleswig und Holstein gemeinsam zu regieren begann.

Unter diesen Gesichtspunkten werden einige Monatszeitschriften vorgezeigt, die z. T. allerdings im Verbreitungsgebiet über unseren Raum hinausgreifen. Insoweit ist dann der Teil herausgezogen worden, der die Grenzregion angeht.

„Stimmen aus Nordschleswig, Lose Blätter zur Vertretung Deutscher Friedensarbeit in der Nordmark“, Herausgeber im Auftrag des Vereins für Friedensarbeit in der Nordmark: Johannes Schmidt.

Heft 1 erschien 1910, und man tut sich etwas schwer mit der Einordnung unter Beachtung der obigen Einleitung. Die dänische Verwaltungspraxis eines Tillisch und eines Regenburt war im Lande noch in Erinnerung, als Preußen 1867 seine Verwaltung zunächst mit langer Leine einführte. Dieses dauerte jedoch nicht

lange. Es gab auch hier (1880) wieder Sprachreskripte, jetzt von Süden her. Die Durchführung wurde genau so hart beachtet wie vorher in der Zeit zwischen 1851 und 1864. Folglich gab es eine neue Verhärtung der Fronten, wobei freilich der Norden, sich verteidigend, mit geschicktem Angriff reagierte. Johannes Schmidt — später Schmidt-Wodder genannt — und seine Freunde beobachteten dieses mit Sorge. Ihnen lag an einer Befriedung der Landschaft. Hierzu mußten sie sich gegen eine kurzsichtige Regierung wenden. Dieses konnten Einzelpersonen nicht mit Erfolg tun. Es kam daher zur Gründung des erwähnten Vereins mit den „Stimmen aus Nordschleswig“ als Vereinsorgan. So heißt es auch in dem Programm:

„Wir sind nicht gewillt, uns dauernd zu vereinsamen und als Einspänner weiterzufahren. Wir glauben auch, daß wir schließlich doch nicht so alleine stehen“ usw. Der Grundsatzartikel im ersten Heft ist überschrieben mit „Humanität und Nationalitätenkampf“. Er zeigt den Unterschied zwischen einem gesunden Nationalbewußtsein und dem verderblichen Nationalhaß auf, der Kulturvölkern nicht gut anstehe. Weitere Arbeiten sehen das Hauptanliegen darin, daß unter allen Umständen zum mindesten die dänische Sprache denjenigen gewährleistet werden solle, die sie wünschten. Der Tenor hierzu ist, daß landschaftliche Eigenart den stärksten Ausdruck in der Sprache finde und daß ohne die Wahrung der landschaftlichen Eigenart eine gesunde Einstellung zum Staat nicht gefunden werden könne. So ist auch ein Artikel — Karl Vogel — überschrieben mit „Staatsgesinnung in der Nordmark“. Einen breiten Raum nimmt die Schilderung der dänischen Volkshochschule ein mit Vorschlägen, die deutsche Jugend ähnlich, mit anderen Vorzeichen, fortzubilden. Daneben finden sich Äußerungen eines „Heimdeutschen“ zu akuten Wirtschaftsfragen und Vorschlägen für Zusammenarbeit mit dänischen Mitbürgern, z. B. in Meiereigenossenschaften u. ä. Von einer anderen Stelle mag ein Zitat für den Geist der „Stimmen“ genannt werden: „Wir träumen nicht von einer Verbrüderung, aber wir glauben an die Möglichkeit einer Verständigung“. Diese nun wird nicht für demnächst erwartet. Man müsse sich Zeit lassen und nicht ungeduldig werden. Der national-politische Kampf dürfe nicht aufgegeben werden, man müsse vielmehr energisch in ihn eintreten, um ihm das Unerfreuliche und Unnatürliche zu nehmen.

Eingestreut findet sich die Wiedergabe von Volksgut in Liedern und Geschichten, wobei durchaus Übersetzungen aus dem Dänischen neben ursprünglich deutschen Texten stehen.

Der „Verein für deutsche Friedensarbeit in der Nordmark“ war jedoch nicht die einzige deutschgerichtete Vereinigung im nördlichen Schleswig. Die Hauptorganisation war der „Deutsche Verein“, der die Politik der Regierung stützte. Um diesen herumzukommen, zugleich auch die Verwaltungsarbeit der Regierung zu beachten und überdies noch einen kulturellen Ausgleich mit dänisch

gewonnenen Nordschleswigern zu erstreben, war der „Friedensverein“ letztlich nicht in der Lage. Er konnte sich also nicht durchsetzen. Das schlägt sich im ganzen gesehen auch in den „Stimmen“ nieder.

Zu den eingangs aufgeworfenen Fragen muß gesagt werden, daß nordschleswigisches Kulturgut sich in den „Stimmen“ nicht findet, wenn auch der Gehalt des Blattes deutsch, und zwar eher reichsdeutsch als schleswig-holsteinisch ausgerichtet ist.

Es folgt: „Nordschleswig, Beiträge zum volklichen Aufbau“.

Ein Trägerverein für diese zweimonatige Zeitschrift ist nicht genannt. Unter den Verfassern finden sich aus den „Stimmen“ J. Schmidt — jetzt Schmidt-Wodder genannt — und Tränckner sowie Pastor Tonnesen. Die Beiträge erschienen seit 1921 in Tondern im Nordmarkverlag, herausgegeben von Jacob Bödewadt.

Einzuordnen sind diese „Beiträge“ ohne weiteres. Sie dienen ausschließlich dem volklichen Aufbau in der neuen deutschen Minderheit. Uns Heutigen fällt die Lektüre nicht immer leicht. Die Aufsätze, oft lang und über mehrere Hefte sich erstreckend, stellen hohe Ansprüche an den Leser. Man kann den Stoff aufgliedern:

1. Durch alle Hefte zieht sich wie ein roter Faden die Ablehnung des Vertrages von Versailles. Durch ihn soll Dänemark Nordschleswig von der Entente geschenkt erhalten haben, ein Danaergeschenk, das nicht verdaut werden könne. Stets wird wieder auf den Abstimmungsmodus eingegangen. Alnor weist eine Reihe von Unrichtigkeiten in der Stimmenwertung entlang der jetzigen Grenze auf. An keiner Stelle findet sich ein Verfasser mit der gegebenen Grenzsituation ab. Künftige Gewalt wird jedoch einhellig abgelehnt. Soweit von Deutschland her solche Vorstellungen geäußert werden, finden sie bei der deutschen Minderheit kein Gehör.

2. Der zu führende Grenzkampf soll alleine auf der Grundlage des Volkstums mit den Mitteln der Kultur stattfinden. Der gesamte Inhalt der Hefte in dieser Richtung läßt sich in einigen Zitaten von Schmidt-Wodder belegen: „Wir glauben an die Kraft deutschen Volkstums, und darum wünschen wir den kulturellen Grenzkampf ganz auf diese Volkskraft eingestellt. Darum befürworten wir auch für drüben eine grundsätzlich andere Ordnung des Minderheitenrechts als sie hier für uns Deutsche gilt; befürworten für die Dänen in Südschleswig dasselbe, was wir für uns Deutsche in Nordschleswig erstreben: die kulturelle Autonomie, d. h. eine Ordnung, wonach der fremdnationale Volksteil sein kulturelles Leben unter eigener Verantwortung in eigene Pflege nimmt. Diese Grundsätze werden wir auch dann verfolgen, wenn Deutschland der dänischen Minderheit sie nicht zugesteht, und sei es sogar gegen die deutsche Regierung, von der wir allerdings annehmen, daß sie sich letztlich nicht mit der Gängelung der Minderheit belasten will.“ Und weiter: „Erst wenn der Staat und seine Organe mehr als bisher in die

Reserve zurücktreten, kann sich das Volk zu jener Männlichkeit und inneren Selbständigkeit durcharbeiten, welche für den Erfolg eines solchen Grenzkampfes erste Voraussetzung ist.“ Und: „Wir bitten Deutschland, daß es nicht in die Fehler der Staaten fällt, die uns bedrängen und damit über Europa hin die Methoden der anderen sanktioniert. Deutschland lerne endlich einmal Realpolitik in dem Sinne, daß es die geistigen und seelischen Realitäten in seine Rechnung einstellt.“

3. Die so gestellten Forderungen münden in den „Beiträgen“ ein in eine breitgefächerte Wiedergabe volkskundlicher Aufsätze. Sagen, Märchen, Volksbrauch, die Erwähnung bedeutender Nordschleswiger, Buchbesprechungen mit Buchangeboten u. ä. finden sich in anspruchsvoller Art wiedergegeben. Auch gibt es historische Aufsätze ohne jeden politischen Hintergrund, nur um in die Geschichte des Landes einzuführen. Hierbei wird stets Schleswig als Ganzes betrachtet, das seinerseits aufgeht in Schleswig-Holstein, welches hinüberführt zum großen deutschen Vaterland. Die deutsche Not der Nachkriegszeit wird oft geschildert. Man fühlt sich ihr verbunden und leidet innerlich mit.

4. Der Blick nach Deutschland leitet sich letztlich aus den volkskundlichen Teilen her. Deutschland fühlt man sich verbunden. Einige wahllos herausgenommene Zitate belegen das: „Wir wollen uns beteiligen an der Wiedererhebung des deutschen Reiches! — Notgemeinschaft mit dem deutschen Volke ist die Aufgabe der Stunde! — und letztlich: Wir können nicht vergessen, wie wir Minderheiten wurden.“

Ihren Stoff nehmen die „Beiträge“ aus der engeren Heimat, aus Schleswig-Holstein und aus dem übrigen Deutschland, bezogen ist er aber fast ausschließlich auf Nordschleswig. Der Redaktion ist damit die gestellte Aufgabe voll gelungen. Die eingangs gesehene Eigenständigkeit des Landes findet sich durch die „Beiträge“ — gewollt oder nicht gewollt, bewußt oder unbewußt — bestätigt. „Nordschleswig“ erschien bis einschließlich 1924.

„Die Heimat“, Monatschrift des Vereins zur Pflege der Natur- und Landeskunde in Schleswig-Holstein und Hamburg, bringt nach § 4 der Satzung „Aufsätze in gemeinverständlicher Fassung aus allen Gebieten der Landesforschung und Volkstumspflege, kurze Mitteilungen belehrenden Inhalts, Proben heimatlicher Dichtung, besonders der Dialektdichtung, berichtet über landeskundliches Schrifttum und gibt Auskunft über gestellte Fragen. Die Schriftleitung hat nach Möglichkeit sämtliche Forschungs- und Wissensgebiete zu berücksichtigen und in allen Darbietungen eine überparteiliche Haltung zu wahren“. Gegründet wurde die Zeitschrift 1890 überwiegend von Lehrern in Neumünster. Bei einem Umfang von zwischen 30 und 40 Seiten befassen sich die Beiträge vor allem mit meist am Rande liegenden Vorgängen und Dingen, die im allgemeinen nicht aufgedeckt werden und dennoch das Interesse derjenigen erwarten können, die sich nicht mit dem gewöhnlichen Alltag begnügen. Auch in Zeiten, die für den Bestand unserer

Region, die letztlich einmal das Herzogtum Schleswig war, von eminenter politischer Bedeutung waren, veränderte sich der Charakter der Zeitschrift nicht. So war 1919 z. B. das Jahr, in dem die Abstimmungen in Schleswig vorbereitet wurden; kurz vorher war der erste Weltkrieg beendet worden. Nummer 1 dieses 29. Jahrganges bringt aber nur auf einer Seite einen Hinweis hierauf, der mit dem Aufruf endet, man möge alles hin, damit die Erneuerungsarbeit im Deutschen Reiche schnell vorankomme. Zum Gebiet der deutsch-dänischen Region bringt das Heft Aufsätze über Sittenzustände im Dreißigjährigen Krieg im Amt Norburg mit Auszügen aus Kirchenbüchern. Es folgt eine Schilderung des Kirchspiels Hojrup mit seinen Belegenheiten. Auf Dänemark bezieht sich lediglich ein Beitrag, nämlich „Einheit und Uneinigkeit in Schleswig-Holstein von 1721 bis 1864“ von verschiedenen Verfassern. Es wird das Aufkommen des Nationalstaatsgedankens dargestellt. Der Artikel schließt zwar mit den ersten Vorschlägen einer Teilung Schlesiwijs. Ein Bezug zur damaligen Lage wird aber nicht gefunden. Es folgt das Lebensbild des Heimatdichters Adalbert Dreesen aus Flensburg, dem sich die Wiedergabe des umständlichen Gesetzgebungswerkes anschließt, das zur Gründung von Christiansfeld führte. Eine Beschreibung des Nordseebades Wyk anlässlich der hundertjährigen Wiederkehr des Gründungstages folgt. Das Naturschutzgebiet bei Süderlügum wird geschildert. Es ist der verdiente Professor Emeis, der sich dieses Gebietes annimmt. Möller kommt mit Brunnenringen in der Nordsee zu Wort, das Malerleben Ingwer Paulsens wird aufgezeigt. Dann allerdings folgt die Geschichte einer unbegründeten und sicher auch rechtswidrigen Ausweisung deutsch Gesonnener aus Husum in den Jahren 1850/51. Der Jahrgang endet mit zwei Aufsätzen von Schnack über die Steilküste in Angeln und den Weißen Pestwurz, der im Schlesiwijschen von ihm gefunden wurde und mit einer Vorstellung des Scheersberges als vorgeschichtliche Stätte. Der Jahrgang 1919 ist so ausführlich aufgezeigt worden, weil sich über unsere Region tatsächlich fast nichts findet, was die Zeitgenossen ganz außerordentlich interessierte. Ähnlich verhält es sich mit 1920, dem Jahr, welches die Abstimmungen brachte.

Erst in der Mitte des Jahrganges, nämlich im Heft Nummer 7, wird in einer „Festgabe zur Allgemeinen Schlesiwijs-Holsteinischen Lehrerversammlung in Flensburg“ auf die Teilung Schlesiwijs eingegangen. Erstaunlich ist, daß hier die Verfasser der „Stimmen“ und der „Beiträge“ auftauchen, die oben bereits erwähnt wurden. Schmidt-Wodder zeichnet für das Grußwort, Koopmann schreibt über die Familien-, Privat- und Wanderschulen im abgetretenen Gebiet, Thorn berichtet über die Schwierigkeiten in Nordschlesiwijs seit dem 14. März 1920, und damit ist die Stellungnahme zu den politischen Vorgängen beendet.

Nach der Einleitung zu diesen Bemerkungen wird man feststellen müssen, daß die Besonderheit der Grenzregion, ein Aufzeigen der Naht zwischen Nord und Süd

nicht beobachtet werden kann. Das wiederholt sich 1970 bei der fünfzigjährigen Wiederkehr der Abstimmungszeit. In diesem Jahrgang bringt nur der zuverlässige Harboe Kardel einen Aufsatz über den 10. Februar 1920, während der 14. März, nämlich die Abstimmung in der zweiten Zone, erst im folgenden Jahr erwähnt wird, und zwar nicht grenzpolitisch, sondern mit einem Aufsatz über Plakate, Notgeldscheine und Postwertzeichen während der Abstimmungszeit im Lande „Plebiszit“.

Es handelt sich nach allem um eine Zeitschrift, die denjenigen, der es wünscht, außerordentlich anregen kann. Vom Charakter her ist sie nicht auf die Grenzregion ausgerichtet. Ihren Aufbau, ihr Gehalte und ihren Geist bezieht sie aus Regionen, die südwärts liegen. Auf ihren Reichtum möchte man gleichwohl nicht verzichten. Es ist die Frage, ob die Grenzfriedenshefte, die an anderer Stelle gewürdigt werden, nicht für Schleswig die eine oder andere Aufgabe übernehmen sollten, welche die „Heimat“ in ihrer Satzung findet.

„Der Schleswig-Holsteiner, Monatschrift für Politik und Kultur“, herausgegeben vom Schleswig-Holsteiner-Bund ab 1. Juli 1920.

Die militärische Niederlage, der Zusammenbruch des Deutschen Reiches mit der Änderung seiner Verfassung und nicht zuletzt die Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit den Abstimmungen im Jahre 1920 mündeten ein in Überlegungen, mit welchem geistigen Gehalt die Zukunft unserer Heimat gefüllt werden sollte. Ausgangspunkt dieser Überlegungen war, daß die kulturellen Kräfte im eigenen Lande geweckt werden sollten. Bevormundungen von auswärts, insbesondere von Berlin her, wünschte man weithin beschnitten. Einen Teil dieser Bestrebungen gab der „Schleswig-Holsteiner-Bund“ her mit dem Beginn seiner Satzung:

„Der Bund hat den Zweck, Schleswig-Holsteins Eigenart zu erhalten und zu stärken. Er will dadurch beitragen zur Erneuerung des gesamtdeutschen Wesens, Volkes und Staates, mit dem Schleswig-Holstein unlöslich verbunden ist. Vornehmlich stellt er sich die folgenden Aufgaben:

1. Der Bund will die Heimatliebe und das Stammesbewußtsein der Schleswig-Holsteiner auf allen Gebieten ihrer bodenständigen Kultur, Heimatgeschichte und Landeskunde, Stammessprachen und Schrifttum, Kunst und Handwerk — wecken und pflegen helfen.
2. Der Bund erstrebt die Befestigung und Erweiterung des überlieferten Selbstbestimmungsrechts in Verwaltung, Schule und Kirche und verlangt daher auf allen diesen Gebieten die Berücksichtigung besonderer schleswig-holsteinischer Bedürfnisse und Wünsche.
3. Der Bund strebt die Revision der national und wirtschaftlich unerträglichen Grenzfestsetzung in Schleswig auf dem Wege einer gerechten Durchführung des Nationalen Selbstbestimmungsrechtes an“ usw.

Die Hefte erschienen zunächst in einem Kleinformat mit zwischen 20 und 30 Seiten. Den Inhalt macht im wesentlichen die Auseinandersetzung mit der Teilung Schlesiwijs aus. Ab und an klingt ein Wunsch nach Gewalt gegen Dänemark auf. Der Grundtenor geht aber dahin, daß es nicht auf die Geographie ankomme, sondern auf den Menschen, nachdem offenbar innerhalb des Bundes Streitigkeiten über seine Ziele entstanden waren, nämlich ob man ganz Schleswig bis zur Königsau fordern oder ob eine Selbstbestimmung in Nordschleswig die künftige Grenze nach Norden bestimmen solle.

„So zuversichtlich wir glauben, daß das aus dem Versailler Gewaltvertrag stammende Nordmarkunrecht nicht Bestand haben kann, so wissen wir doch, daß unserer deutschen Blutsbrüder Treue vorerst schwerer Belastung ausgesetzt sein wird. Da müssen wir ihr ein leuchtendes Sehnsuchtsziel aufrichten, indem wir in unserem deutsch verbliebenen Schleswig-Holstein eine aus den Säften unseres Blutes, aus den Kräften unseres Bodens quellende Volksgemeinschaft entwickeln, die ihren Wunsch zur Lebenseinheit mit uns dauernd erneuert und vertieft.“ — Bödewadt

Pflege der Sprache, und zwar der niederdeutschen Sprache, wird gefordert, die stärker sei als die hochdeutsche. „Es ist eine echte Heldensprache“ — Iven Kruse. Fehler in der Behandlung der Nordschleswiger werden vor allem in einer „verseiften schulmeisterlichen Rechtsauffassung von Berlin her“ gesehen. — Schmidt-Wodder — Doch auch in den eigenen Reihen sieht man Versagen. Man habe „fremden Geist, der nicht befruchtet, Scheinkunst und Scheinkultur, welche die Volkskraft ausgehöhlt hat, übernommen und das für Deutschtum gehalten, obwohl es wesensfremd gewesen sei.“ — Tränckner — Es gibt kein Heft, das sich nicht mit Nordschleswig beschäftigt. Feste menschliche Bindung mit den Menschen südlich der Grenze wird gefordert. Bedauernd wird die deutsche Abwanderung aus Nordschleswig aufgezeigt. Im Zusammenhang damit taucht die dänische Arbeit in Südschleswig auf. Gegenüber diesen Bestrebungen müsse man die „Stammesweise“ schöpferisch machen. Das Volkstum müsse sich erneuern, z. B. aus allen Bereichen, die schon vom Wort her mit Volk zu tun haben: Volkssprache, Volkslied, Volkskunst, Volkstanz, überhaupt Volkskunde.“ — A. Henningsen—. In Dänemark wuchs dieses über die Volkshochschulen in Zeiten der Not von unten her. In Deutschland sei die Zeit hierfür offenbar noch nicht reif. Insgesamt aber soll „der Väter Scholle zurückgewonnen werden mit der Kraft des Geistes, der Heimatliebe auf der Grundlage des Rechtes.“ — E. Schröder —. Resonanzboden für diese Mühen soll Schleswig-Holstein sein. Die Nordschleswigfrage muß der nächste nationale Gedanke werden, und zwar nicht engherzig dienend, sondern zugleich für das große Vaterland Deutschland. Aus der Landschaft heraus lebte die Zeitschrift bis 1933. Die aus unserem Lande heraus formulierten Bemühungen können zusammengefaßt werden:

Abstammung, Sprache, Kultur und Geschichte sind die objektiven Merkmale eines Volkstums, wobei hinzutreten muß die subjektive Entscheidung zur Heimat. Volkstum zu pflegen wird verbreitet mit der Forderung, daß an den einzelnen möglichst viel an Verantwortung für die Gemeinschaft herangetragen wird; Störungen von außen her müßten unterbleiben. Unter solchen Störungen wird man sicher Einschränkungen in der Verwaltung aus Berlin verstanden haben sowie die Bemühungen der dänischen Minderheiten in Südschleswig.

Nicht nur vom Stoff her, sondern auch in Ton und Grundhaltung hat die Zeitschrift ihre Quelle weitgehend in der hier angesprochenen Region. Sogar das „Hineinschauen in fremde Fenster“ findet sich mit vielen Betrachtungen über die dänische Volkshochschule. Es muß auch ein starkes Bedürfnis für den „Schleswig-Holsteiner“ vorhanden gewesen sein, da er sich anders in der Zeit schwerster Geldkrise nicht hätte halten können. Der häufige Hinweis auf Gesamtdeutschland ist hierzulande gewachsen und nicht von außen hereingetragen. Man brauchte das Hinterland zur Stärkung der eigenen Kulturausdrücke.

Der Jahrgang 1933 bringt Nachrichten über Veränderungen im Vorstand des „Schleswig-Holsteiner-Bundes“. Es finden sich Formulierungen wie „Darum stellt sich der Schleswig-Holsteiner-Bund, gegründet zur Wahrung deutschen Rechts und deutscher Ehre, bewußt in den Aufbruch der Nation hinein.“ — Dr. Sievers — „Wie ein Blitz wird der deutsche Nationalsozialismus von Nordschleswig Besitz ergreifen.“ — Peperkorn — Beiträge von Alfred Rosenberg werden aufgenommen, und auch Adolf Hitler kommt zu Wort. Statt Volkstumsarbeit heißt es „Weltanschauungskampf“. Als Wortführer melden sich mehr und mehr Stimmen von jenseits der Elbe. So sehr die Zeitschrift bis 1933 eigenständig aus der Region lebte, so sehr tut sie das danach nicht mehr. Tränckner versucht sich zwar noch mit der Übersetzung eines Brorson-Liedes. Dieses aber ist auch alles. Das Gemüt des Schleswigers, eines Menschentypus, der eine gewisse Gefühlsweichheit zeigt und sich wie eine Schnecke in sich selber zurückzieht, wenn ihn Fremdes berührt, findet einen Ausdruck nicht mehr. Im Sinne der Einleitung sehen wir jetzt Einflüsse, die nicht hierzulande gewachsen sind. Mit diesem Gehalt setzen sich die Jahrgänge fort. Deutschtum und Nationalsozialismus sollen sich decken. Der „deutsche Gruß“ in Schule und Kirche spielt eine Rolle. Über allem aber gibt es einen gesamtgermanischen Gedanken zu beobachten, der letztlich um den Norden wirbt, der doch ständig verletzt und beleidigt wird.

Nach 1945 kam heraus „Schleswig-Holstein, Monatshefte für Heimat und Volkstum“, im Aufträge des Schleswig-Holsteinischen Heimatbundes herausgegeben seit Juni 1949.

Die Zeitschrift will „die Kunst und Literatur, die Sprache und Geschichte, die Landes- und Volkskunde, kurz das Volkstum Schleswig-Holsteins im weitesten

Um-fang pflegen, daneben über wichtige Fragen des Landes, aus der Wirtschaft, dem Handel, dem Verkehr unterrichten. Sie möchte das Sprachrohr aller schöpferischen geistigen Kräfte des Landes werden. Der erste Aufsatz ist mit „Die Aufgabe“ überschrieben. Er gibt eine Schilderung der Nachkriegssituation in ihrer ganzen Dramatik, insbesondere dem Flüchtlingselend. Es wird an einen kulturellen Wettbewerb mit dem Nachbarn im Norden gedacht, der 1933 abgerissen sei. Der Verfasser — Eduard Edert — bekennt sich in der vorhandenen Notsituation zu einem Nationalgedanken, der nichts mit Macht und Gewalt zu tun haben soll, der nämlich auf religiöser Grundlage im Volke die ihm eigentümliche Kraft im besten Sinne zur höchsten Entfaltung bringen soll. Gerade aus der schrecklichen Schuldsituation heraus soll durch Fortsetzung des Opfersinns, der mißbraucht worden sei, ein neues Volkstum erwachsen, das in der Heimat Schleswig-Holstein seine Wurzeln haben könne. Das erste mitgeteilte Gedicht heißt bezeichnenderweise „Wandlung“.

Im Vordergrund stehen Kunst, Kunstgewerbe, Lebensbilder zeitgenössischer und verstorbener Künstler aus Schleswig-Holstein, herausragende Politiker aus der Erhebungszeit finden eine Würdigung, einzelne Hefte sind besonderen Städten oder Landschaften gewidmet. Insgesamt entsteht durch die Jahrgänge hindurch ein Mosaik von Personen, Vorkommnissen und Landschaften aus Schleswig-Holstein, das bereits jetzt wahrscheinlich das vollständigste Bild unsres Landes enthält, das es überhaupt gibt. Eingeblandet sind Kurzgeschichten.

Unter den Themen, die im ersten Heft vom Juni 1949 vorgeschlagen werden, findet sich das Wort Politik nicht. Diese Lücke wird im Jahrgang 1953 auf die Weise ausgefüllt, daß die Integrierung der Vertriebenen in Schleswig-Holstein als abgeschlossen betrachtet wird. Als Sinn und Ziel des Heimatbundes führt Dr. Hanno Schmidt „Die Idee eines neuen Schleswig-Holsteins“ aus, welche die Neubürger vollständig mitumfaßt. Damit sind Trägerverein und Zeitschrift auf einen neuen Sockel gelangt, der jede nur denkbare Festigkeit zeigen soll. Der Jahrgang bringt weitere Gesichtspunkte für eine Politik besonderer Art.

„Es muß ein geistig untermauertes Nationalbewußtsein geschaffen werden, das dazu herausfordert, den deutschen Gedanken auf schleswig-holsteinische Art zu leben. Die Flüchtlinge sind zu integrieren, wobei sie ihre eigene Art behalten dürfen.“ — Dr. Hanno Schmidt — und an anderer Stelle „Heimatvereine sind mehr als Zusammenschlüsse, die der geschichtlichen Forschung und der Heimatpflege dienen wollen, sie sind darüber hinaus wirkliche lebendige Gemeinschaften. Wo eine Kraft da ist, die noch Gemeinschaft bildet und in der Gemeinschaft eine den Menschen wesensgemäße Ordnung schafft, ist sie eben im besten und ursprünglichsten Sinne eine politische Kraft. Insoweit ist Politik selbstloser Dienst an der Gemeinschaft. So erweist die Heimat gerade hier ihre politische Kraft.“ — W. Jürgensen — In einem ähnlichen Zusammenhang setzt Dr. W. Schmidt in der

Oktobernummer 1978 den Gedanken fort „auf der Grundlage dieser eigentlich selbstverständlichen Haltung konnte der letzte Tätigkeitsbericht des SHHB feststellen, daß die politische Spannweite dieses Verbandes gewachsen ist, ohne daß er in die durchaus legitimen Spannungen der Tagespolitik geraten ist.“

„Schleswig-Holstein“ ist schleswig-holsteinisch im besten Sinne. Die Zeitschrift holt ihre Kraft aus dem Bereich der abendländischen Kultur. Die in der Einleitung aufgezeigte Eigenständigkeit unserer Region zwischen Nord und Süd findet sich bei ihr nicht.

Nordfriisk Institut gibt als Monatszeitschrift heraus „Nordfriesland“, Zeitschrift für Kultur, Politik, Wirtschaft. Der Text ist deutsch. Das Blatt ist indessen von dem Beobachter der dänischen Literatur im Grenzgebiet bereits betrachtet worden, so daß sich in dem hier gegebenen Zusammenhang ein Eingehen erübrigt.

Zu diesen Monatsveröffentlichungen tritt eine Vielzahl an Jahreszeitschriften, die den Weg in viele Häuser finden. Unter allen ragt — weil streng wissenschaftlich — heraus die Zeitschrift für schleswig-holsteinische Geschichte. Sie entzieht sich wegen ihres wissenschaftlichen Charakters der Einordnung in dem hier gegebenen Rahmen.

Welche grundsätzliche Bedeutung haben Zeitschriften und Zeitungen für die deutsch-dänische Grenzregion?

Welcher Wandel hat sich im Laufe der Zeit in der Intention von Zeitschriften und Zeitungen der Grenzregion vollzogen und welche Ursachen liegen diesem Wandel zugrunde?

Welche Aufgaben haben Zeitschrift und Zeitungen in einer Grenzregion zu erfüllen und welche Voraussetzungen sind dafür gegeben?

In allen Fragen ist mit angesprochen, welches Selbstverständnis die Minderheiten in der Grenzregion haben und wie sie sich durch die Öffentlichkeitsarbeit darstellen.

Die Bedeutung von Zeitschriften in einer Grenzregion

Thesen-Vortrag zu

„Zeitschriften und Zeitungen in der Grenzregion — ihre Bedeutung früher und jetzt“

Im Gegensatz zum Tagungsthema, das auf bestimmte Publikationen in einem genau definierten Gebiet abgestimmt ist, wird hier eine allgemeine Fragestellung angesprochen. Es geht nicht um eine einzelne Zeitschrift und nicht um das deutsch-dänische Grenzland, sondern überhaupt um Zeitschriften in einer — beliebigen? — Grenzregion. Das Thema wird dadurch für einen Ausgewanderten, der Südschleswig mit Südhessen vertauschen mußte, leichter zu behandeln, denn er braucht sich nicht in die zufälligen Einzelheiten einer bestimmten Medienlandschaft hineinzuarbeiten. Die Fragestellung erscheint aber zugleich erschwert, denn von den Antworten wird vermutlich eine größere Allgemeingültigkeit erwartet.

Ein schwieriges Problem erschließt sich am leichtesten durch wenige schlichte Tragen: Einmal sollten wir uns vergewissern, was denn überhaupt eine Zeitschrift ist. Weiter bleibt zu fragen, was wir unter einer Grenzregion verstehen. Schließlich sollten wir klären, welche Forderungen aus bestimmten Bedürfnissen heraus an eine Zeitschrift in einer Grenzregion gestellt werden.

1. Was ist eine Zeitschrift?

Der Gegenstand, über den hier verhandelt wird, ist mehr als ein Stoß bedruckten und gehefteten Papiers, der in regelmäßigen Abständen verbraucht wird. Wir meinen auch nicht allgemein jedes bedruckte Periodikum — vom „Deutschen Schäferhund“ über die „Imkerpost“ bis zum „Kicker“ oder zur „Funkuhr“. Genau genommen geht es um die „politische Zeitschrift“. Sie wird in der wissenschaftlichen Publizistik wie folgt definiert:

Die politische Zeitschrift ist eine periodische Publikation, deren Tendenz sich aus dem von ihr verkündeten *Programm* ergibt. In deren Sinn behandelt sie fortwährend *staatliche, gesellschaftliche, soziale und kulturelle Erscheinungen und Probleme aus Vergangenheit und Gegenwart* sowie deren *Auswirkungen auf die Zukunft*. Die *Leitgedanken* jeder politischen Zeitschrift werden vom Herausgeber, seinem redaktionellen Gremium und Mitarbeiterstab bestimmt. Politische Zeitschriften stellen sich in den Dienst des *Proklamierens von Anschauungen und Gesinnungen*

sowohl einzelner Persönlichkeiten als auch ganzer Gruppen. Oft dienen sie einzelnen zur Gruppenbildung oder Gruppen zum Gewinnen einzelner für ihre Ziele. Politische Zeitschriften erfassen *zeitgebundene oder überzeitliche Strömungen* entsprechend ihrer politischen Einstellung. Aus propagandistischen Prinzipien nehmen sie indes — zumindest formal — *Rücksicht auf Meinungen des Publikums*, das sie im Sinne ihres Programms zu beeinflussen wünschen. Die *publizistische Aufgabe* der politischen Zeitschrift ist es, die durch sie dargebotenen Auffassungen in dem Sinne zu verbreiten, daß auf ihren Zuruf Zustimmung erfolgt.“¹

Nach alledem bleibt festzuhalten, daß eine Zeitschrift in einer Grenzregion letztlich dasselbe zu leisten hat, was der Literatur im allgemeinen und der Poesie im besonderen seit Horaz immer wieder aufgegeben wurde: *Aut prodesse volunt aut delectare poetae* (Sie soll nützlich sein und erfreuen). Schreiben und Lesen sollen Spaß bringen und einem Zweck dienen, der programmatisch begründet wird. Dergestalt dient eine Zeitschrift als menschliches Band und politische Waffe zugleich.

Die Zustimmung braucht kein bloßer Applaus zu sein, sondern kann sehr wohl in kritischer Auseinandersetzung bestehen, doch braucht eine politische Zeitschrift unbedingt *Resonanz* bei Lesern und Mitarbeitern, wenn sie kein totes Organ sein will.

Zeitschriften, in denen Abhandlungen über politische Fragen nur nebenher erscheinen, wie es in Familien-, Jugend-, Frauen- und Hobbyzeitschriften üblich ist, werden hier nicht als politische Zeitschriften anerkannt. Es geht vielmehr um Organe, die in größeren Zeitabständen erscheinen und *in ihren Hauptteilen politische Ereignisse und Probleme regelmäßig und ernsthaft behandeln*.

Im Rahmen dieser Definition lassen sich folgende Typen der politischen Zeitschrift unterscheiden:

- a) *Politische Zeitschriften* im engeren Sinne, also Organe bestimmter politischer Gruppierungen, die bewußt und selbständig ihre Meinung vertreten, begründen und verbreiten. Beispiele: „Die neue Gesellschaft“, „Die politische Meinung“, „Blätter für deutsche und internationale Politik“.
- b) *Fachzeitschriften für Politik*, also Periodika, die sich an Experten für politische und politikwissenschaftliche Fragen wenden. Beispiele: „Zeitschrift für Parlamentsfragen“, „Demokratische Gemeinde“, „Kommunalpolitische Blätter“, „Das Rathaus“, „Politische Vierteljahresschrift“.
- c) *Kulturpolitische Zeitschriften*, also Hefte, in denen Politik und Kultur inhaltlich und formal zur Synthese gelangen. Dazu dient eine feuilletonistische Sprache und

¹ Wilmont Haacke, Erscheinung und Begriff der politischen Zeitschrift, in: Recht und Staat, Heft 355, Tübingen 1968, S. 12.

essayistische Behandlung, wobei weniger die politischen Institutionen als vielmehr die politische Kultur im weiteren Sinne den thematischen Mittelpunkt stellt. Als klassisches Vorbild gilt im deutschen Sprachraum die „Deutsche Rundschau“ unter der Redaktion von Julius Rodenberg (1874 ff.). Heute sind die „Frankfurter Hefte“ als lebendes Beispiel zu nennen.

d) *Literarisch-politische Zeitschriften* beziehen sich ähnlich wie kulturpolitische Zeitschriften auf einen erweiterten Politikbegriff, grenzen sich aber auf Texte von Literaturproduzenten ein, die sie in Form von Kurzgeschichten und Gedichten selber veröffentlichen oder durch Rezensionen und literaturkritische Abhandlungen berücksichtigen. Klassisches Beispiel bildet Karl Kraus' „Die Fackel“, in jüngster Zeit Enzenbergers „Kursbuch“ oder Vormwegs „L 76“. Diese Typologie ist keineswegs vollständig. Einige Zeitschriften bleiben schwer einzuordnen, wobei im Laufe der Jahre und Jahrzehnte sehr wohl ein Wandel vom einen zum anderen Typus, etwa von der literarisch-politischen Zeitschrift über die kulturpolitische Zeitschrift zur rein politischen Zeitschrift eintreten kann. Ein solcher Wandel sollte freilich nicht zufällig erfolgen, sondern bedarf der Reflexion und programmatischen Revision.

2. Was ist eine Grenzregion?

Zunächst handelt es sich um etwas Negatives, um eine Randzone, die nicht zum „Eigentlichen“ hinzuzählt. *Grenzgebiete* waren früher bevölkerungsarme, landwirtschaftlich und industriell wenig genutzte Gebiete, die sich für die Errichtung von Garnisonen besonders eigneten, sei es das Saalburgkastell am römischen Limes oder die Grenzlandkaserne an der Bauer Landstraße. Die soziokulturelle Situation war nicht sonderlich literaturfreundlich, das Verlagswesen unterentwickelt und die Zeitschriftenlandschaft — gelinde gesagt — verarmt.

Ähnliches gilt für den zweiten Bestandteil des Wortes, die *Region*, hinter der ich doch noch immer die Provinz verbirgt. Es handelt sich um eine Landschaft ohne politische Selbständigkeit oder kulturelles Eigengewicht. Die Kulturpolitik wird in den Metropolen gemacht. Die Literaturszene spielt in den Ballungsgebieten, dort wo die meisten und zahlungskräftigsten Leser über den kleinsten Verteilungsapparat auf kürzestem Wege zu erreichen sind.

Freilich erleben wir einen Funktionswandel der Grenze und der Provinz: Die Grenze wird zur Brücke, zur Zone intensiven kulturellen Austausches. Die Provinz mausert sich zum Spielplatz der größten zeitgenössischen Romane: Danzig und Ostpreußen, Dörfer in Schleswig, Bürgerwohnungen in Rostock, Bauernhöfe in Bayern, der Rote Hang in Kronberg im Taunus — um nur wenige Beispiele zu nennen. Der regionale Dialekt dient dem Schriftsteller als Ausweis sprachlicher Originalität. Darin ist mehr als eine Mode zu erblicken. Es gibt eine Reihe objektiver Gründe für diesen Funktionswandel, ja für die Umwertung der

Grenzregionen: Mehr Freiheit, längere Urlaubsreisen und Zweithäuser auf dem Lande locken die Bevölkerung in Randzonen, wo sie weniger durch Umweltverschmutzung und Hektik des Verkehrs belästigt wird. Die Föderalisierung und Demokratisierung des Gemeinwesens hat den Randgebieten mehr Möglichkeiten der politischen und kulturellen Selbstbestimmung eingeräumt. Verkehrswesen und Informationssysteme mindern den zeitlichen Rückstand. Wer im Sommer zwischen Holnis und Sylt pendelt, trifft gelegentlich mehr Prominenz als ein Frankfurter auf der Zeil oder ein Berliner in Steglitz. Die nationalen Minderheiten in München, Stuttgart oder Frankfurt verstehen sich viel schwerer als Deutsche und Dänen in Flensburg oder Badenser und Elsässer in Straßburg. Hier soll nicht übertrieben werden: Für den Besucher bleibt nach wie vor spürbar, daß in einer Grenzregion weniger einflußreiche Personen wohnen, weniger große Verlage sitzen, weniger wissenschaftliche Bibliotheken zu finden sind, vor allem, daß dort weniger Geld zur Verfügung steht, also die Wirtschaftskraft geringer entwickelt ist und die kulturellen Entfaltungsmöglichkeiten stärker eingeschränkt erscheinen.

Gleichwohl bleibt festzuhalten: Grenzregion ist keine absterbende Randzone, keine tote Provinz, sondern ein sich mehr und mehr belebendes Gebiet wachsenden Austausches zwischen den Kulturen mit eigenem Gewicht und geradezu autonomen kulturellen Bestrebungen, die sich der Chancengleichheit gegenüber den Metropolen nähern.

Für den Herausgeber, den Redakteur, den Mitarbeiter und nicht zuletzt für den Leser einer Zeitschrift im Grenzlande sind daraus Schlußfolgerungen zu ziehen: Einmal lebt er nicht mehr in regionaler Abgeschlossenheit, quasi in einem Naturschutzpark für mehr oder weniger grüne Blätter. Zum anderen erhält er die Möglichkeit, mit seiner Zeitschrift und ihrer spezifischen Thematik in den Metropolen ernst genommen zu werden, und zwar nicht nur in einem Vaterlande, sondern in zwei Sprachräumen zugleich.

3. Wie ist eine Zeitschrift in einer Grenzregion zu wünschen?

Wünsche, sofern sie nicht auf suggestiver Einrede oder vorurteilsvoller Attitüde beruhen, gründen sich auf Bedürfnisse, die der jeweiligen sozialen, ökonomischen und kulturellen Situation des Wünschenden entspringen. Er muß sich selbst über diese Situation klar werden, um echte Wünsche vortragen zu können: Der *Nichtleser* wird keine spezifischen Forderungen anmelden, es sei denn, er sähe sich als Steuerzahler. Aus dieser Rolle heraus wird er verlangen, daß eine Zeitschrift keine Zuschüsse verbraucht, möglichst viele Inserenten und Abonnenten wirbt, daß sie Arbeitsplätze schafft und das Gewerbesteueraufkommen erhöht, um selber weniger belastet zu sein.

Der *Leser* erwartet für wenig Geld möglichst viel Information und Orientierung, die

sich rasch und mühelos durch flüssige Lektüre einverleiben läßt und ebenso wirksam am Arbeitsplatz, in Gesellschaft und Politik reproduziert werden kann, um dem Gegenüber zu imponieren, um selber voranzukommen und um dem Kollegen, dem Genossen, dem Gesinnungsfreund bei der Durchsetzung gemeinsamer Ziele zu helfen.

Der *Förderer* wünscht aus guten Gründen ein ansehnliches Organ, das eine bestimmte werbende, propagandistische oder — behutsamer formuliert — bewußtseinsbildende Aufgabe wahrnimmt, die sich im Einklang mit seiner allgemeinen Interessenlage befindet, aber gleichzeitig so spezifisch ist, daß sie von keinem seiner anderen Organe gleichermaßen kostengünstig wahrgenommen werden kann.

Der *Autor* erhofft sich ein möglichst renommiertes, in Wissenschaft und Publizistik wie in der besseren Gesellschaft hochgeschätztes Forum, um die Produkte seiner Feder statusgünstig vermarkten zu können. Im Widerspruch dazu steht bisweilen die leidige Schwäche, der Redaktion bzw. dem Herausgeber literarische Gelegenheitsarbeiten und wissenschaftliche Ladenhüter anzudrehen — in der Hoffnung, daß jegliche Publikation in einem renommierten Blatt letztlich seinem Ansehen zugute komme. Freilich spürt der Autor auch edlere Neigungen: Er sucht womöglich den großen Dialog mit Redaktion, Fachkollegen und Publikum.

Wichtiger als die einzelne Veröffentlichung ist ihm der Wunsch, unter einigen Tausend potentiellen Lesern jene wenigen Köpfe herauszufinden, die seinen Gedanken folgen wollen, seine Kenntnisse ergänzen und sein Urteil vertiefen können. Sofern er ernsthaft diesen Dialog sucht, wird ihm der begründete Widerspruch und das fortgesetzte Gespräch lieber sein als der unkritische Applaus. Bei aller Würdigung materieller Aspekte spielt das Honorar für den Autor die geringste Rolle, denn es kommt — angesichts der allgemeinen Einkommensentwicklung — meistens einer Nullität gleich.

Kein Wünschender ist *nur* Autor, *nur* Leser oder *nur* Förderer allein. Bei einer funktionierenden Zeitschrift mit schreibender Redaktion und fördernden Vereinsmitgliedern fallen diese verschiedenen Rollen wechselweise den gleichen Personen zu, bis hin zum unentbehrlichen Leserbriefschreiber, der das Blatt durch kritischen Zuspruch mehr fördert, als altgediente Journalisten gerne wahrhaben wollen. Es läßt sich unschwer vermuten, das auch *Nichtleser* unter Autoren, Förderern und Scheinlesern zu finden sind.

All diese Annahmen, Mutmaßungen und Wünsche bewegten sich im Rahmen intuitiver Spekulation und verlangen eigentlich nach sozialwissenschaftlicher Erhärtung. Viele Zeitschriften, darunter auch die großen politischen Magazine, hissen seit Jahren regelmäßig die Wünsche und Bedürfnisse, Einstellungen und Werturteile ihrer Leserschaft durch demoskopische Institute erforschen. Bislang fehlt eine entsprechende Untersuchung über eine Zeitschrift in einer Grenzregion.

Sie könnte hilfreich sein — sowohl für die Zeitschrift als auch für die Region in ihrem Doppelcharakter.

Mangels quantitativ belegbarer Aussagen bleibt hier nur der Weg zum Vortrag notwendigerweise subjektiver Wünsche, die ein zeitweiliger Autor und Leser 25 Jahre nach Gründung einer Zeitschrift in einer Grenzregion vorzubringen hat:

1. *Redaktionelles Programm.* Ich erwarte ein offen ausformuliertes Programm über die politische Zielsetzung und redaktionelle Gestaltung der Zeitschrift. Kernsätze des Programms sollten in jeder Ausgabe der Zeitschrift auf dem Innentitel wiederholt werden. Darüber hinaus könnte die Redaktion in einem Editorial zum jeweiligen Heft die jeweils besondere Aufgaben- und Themenstellung erläutern.

2. *Typenreine Realisation.* Es muß klar erkennbar sein, ob es sich um eine Fachzeitschrift, eine politisch-literarische Zeitschrift oder um eine kulturpolitische Zeitschrift handelt. Tendenzen in Richtung einer Illustrierten oder eines unpolitischen Freizeitheftes bedürfen der vorherigen Meinungs- und Willensbildung in Leserschaft, Verein und Redaktion. Solche Änderungen der redaktionellen Linie müssen begründet und reflektiert werden. Auf keinen Fall dürfen sie fahrlässig unterlaufen. Wünschenswert ist dazu eine Teilung der Redaktion in Fachressorts, beispielsweise: Politik, Literatur, Bildung, Rezensionen, Umschau.

3. *Höchste Dialogfähigkeit.* Die Zeitschrift lebt vom Dialog zwischen Autoren, Lesern und Redaktion. Durch die integrierende Funktion in einer Grenzlage kommt hinzu: Dialog zwischen Region und Metropolen, zwischen Handarbeit und Kopfarbeit, zwischen eigener und fremder Nationalität. Höchster Ausdruck der Dialogfähigkeit wäre eine Zeitschrift in zwei oder mehr Nationalsprachen, die innerhalb der jeweiligen Nationalsprachen auf innersprachliche Mehrsprachigkeit verzichtete, also sozial bedingte Sprachbarrieren überwände.

4. *Öffnung zur Öffentlichkeit.* Auch wenn eine Zeitschrift durch einen Verein gefördert und abgesichert wird, kommt sie um die Öffentlichkeit nicht herum, sofern sie eine politische Zeitschrift sein will. Dazu bedarf es einmal des ständigen Dialogs mit konkurrierenden Organen und mit der Tagespresse, weiter der Öffnung zu den Vertretungskörperschaften von Gemeindevertretungen über Kreistage bis zum Landesparlament, schließlich der Verbindung zu Hochschulen und Universitäten beiderseits der Grenze.

5. *Optimale Verbreitung.* Dort, wo die Zeitschrift gelesen werden soll, muß sie über Verlag und Buchhandel zu kaufen sein wie jede kommerzielle Veröffentlichung. Weiter ist ihre Präsenz in den öffentlichen Bibliotheken zu sichern, und zwar über die Region hinaus auch in den großen wissenschaftlichen Bibliotheken der Metropolen und Fachinstitute.

6. *Starker Quellenwert.* Beiträge sind möglichst als Originalbeiträge aus erster

Hand zu veröffentlichen. Bei Zweitveröffentlichungen sind Streichungen, Textvarianten etc. kenntlich zu machen. Auszugsweise Übernahmen wichtiger Texte aus amtlichen Verlautbarungen, Nachrichtendienste etc. bedürfen einer zuverlässigen Editionstechnik und genauer Quellenangabe.

7. *Aktualität und Permanenz.* Die besondere Aufgabe der Zeitschrift im Spannungsfeld von Tagespresse und Einzelveröffentlichung liegt in der dauerhaften Aufbereitung aktueller Informationen und politischer Strömungen, so daß Daten und Tendenzen sich im Laufe der Jahre zu einem verlässlichen Zeitbild zusammenfügen und die Jahrgänge einer Zeitschrift schließlich ein Nachschlagewerk ergeben, das dem Leser erlaubt, Jahre und Jahrzehnte wie im Zeitraffer zu durchleiten und seine Standortbestimmung im Bewußtsein der Voraussetzungen vorzunehmen.

8. *Kritik und Konfliktfähigkeit.* Stärker als in den Metropolen ist die Zeitschrift in einer Grenzregion harmonisierenden und affirmativen Bestrebungen ausgesetzt. Jasagerei und voreiliges Versöhnertum behindern aber die Lösung von Problemen. Eine unabhängige Redaktion und kontroverse Behandlung von Streitfragen kann therapeutische Funktion haben, wo das allgemeine politische Klima zu jahrelanger Beschwichtigung und kurzfristiger Entladung von Konfliktpotential tendiert.

9. *Friedensforschung und Friedensförderung.* Die Probleme einer Grenzregion bedürfen der Bearbeitung durch Methoden der Friedensforschung, wie sie in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren entwickelt wurden. Umgekehrt darf auch die Friedensforschung Anregungen aus Grenzregionen erwarten, um in ihrer globalen Orientierung die Wirklichkeit der konfliktbedrohten und spannungslösenden Grenzregionen nicht aus den Augen zu verlieren.

Aus „Sieben schleswigsche Jahrzehnte“

Aus Anlaß seines 70. Geburtstages hat der langjährige Vorsitzende und jetzige Ehrenvorsitzende des Grenzfriedensbundes Hans Peter Johannsen unter dem Titel „Sieben schleswigsche Jahrzehnte / Bücher / Begegnungen / Briefe“ seine Erinnerungen beim Schleswiger Druck- und Verlagshaus heraus gebracht. Wir veröffentlichen nachstehend mit freundlicher Genehmigung des Verlages einen Abschnitt aus dem Werke von Dr. Johannsen, der „Grenzfriedensbund“ betitelt ist.

1950 war ich Mitbegründer und Vorstandsmitglied des Grenzfriedensbundes geworden. 1961 wurde ich zum 1. Vorsitzenden gewählt. Als ich nach sechzehnjähriger Tätigkeit aus diesem Amt ausschied, bereitete die Mitgliederversammlung mir die Freude, mich zu ihrem Ehrenvorsitzenden zu wählen. Mein Amt als Vorsitzender gab ich gern in die Hände von Rektor Artur Thomsen, mit dem mich eine jahrelange gute Zusammenarbeit im Vorstand verband ...

Ich erinnere mich noch sehr deutlich, daß Jens Nydahl sich kurz vor der Gründung des Bundes mit der Frage an mich wandte, ob ich an der Arbeit der neu zu gründenden Organisation aktiv teilnehmen wolle. Ich erklärte sofort meine Bereitschaft, da ich das deutliche Gefühl hatte, daß man mit diesem Plan einer deutschen Sozial- und Kulturarbeit bei gleichzeitiger Kontaktnahme mit gesprächsbereiten dänischen Nachbarn absolut Neues wollte. Ich erinnere mich ebenfalls, daß die hier anklingenden Motive auch mich bereits, obwohl sicher noch in unformulierter Weise, beschäftigt hatten ...

*

Da waren die einzelnen, denen ich nähertreten durfte: Jens Nydahl, Ernst Beier, Detlef Hansen und Ernst Harms.

Jens Nydahl, 1883 in Kraulund bei Tingleff als Sohn eines Kleinbauern geboren, beheimatet also auf dem Tingleffer Sander, einer der magersten Geestflächen des Landes, wurde dank der Unterstützung eines bemittelten Bauern Volksschullehrer. Als solcher arbeitete er energisch an seiner beruflichen Fortbildung weiter; er engagierte sich politisch in der Sozialdemokratischen Partei und stand etwa mit 45 Jahren auf der Höhe seiner beruflichen und politischen Karriere — so schien es —, denn er wurde Stadtschulrat von Berlin. Heimat, Kindheit und Jugend lagen in weiter Ferne, wengleich der gesellige, aber wortkarge Mann sie sicher immer im Herzen trug.

Mit dem Nationalsozialismus kam das Ende dieses Aufstiegs, und Nydahl mußte sich als Handelsvertreter ernähren. 1945 wurde er auf Befehl der russischen

Besatzungsmacht Bürgermeister von Berlin-Wilmersdorf. Sein Lebenslauf, den er in Holzschuhen als Hütejunge auf der Heide bei Kraulund begann und in dem nun auch Wilmersdorf eine Station wurde, bietet ein wirklich farbiges Bild, denn 1948 kam die große Wende, als der damalige schleswig-holsteinische Ministerpräsident Lüdemann Jens Nydahl nach Kiel holte und ihn zum Landesdirektor in der schleswig-holsteinischen Landesregierung machte. Eigentlich stand Nydahl schon kurz vor dem Pensionsalter, aber er erhielt zunächst die Aufgabe, als Landesbeauftragter sich mit allen Problemen an der Grenze zu beschäftigen — und deren gab es damals genug. Nydahl ging an seine Aufgabe auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet aus der ihm eigenen Sicht und der in langen Jahren erhärteten Erfahrung heran. Sein klar entwickeltes nationales Empfinden wurzelte im heimdeutschen Lebensgefühl der Nordschleswiger und hatte seine besondere Prägung durch die politische demokratische Gedankenwelt seiner Partei erfahren. Er war an der Stelle, auf der er stand, der rechte Mann im rechten Augenblick. Und dennoch, so groß seine Verdienste bei der Lösung aktueller Fragen in jenen Jahren waren, so sehr man auch noch heute seine Handschrift in der Kieler Erklärung feststellt, recht eigentlich wurde er Jens Nydahl in dem Augenblick, als er bei seiner Pensionierung 1951 den Vorsitz des Grenzfriedensbundes übernahm. Während Detlef Hansen zusammen mit Ernst Harms der Organisation das Gerüst baute, schuf ihr Jens Nydahl dank seiner integrierenden Ausstrahlungskraft das politische und kulturelle Ansehen, dessen sie zur Verwirklichung ihrer Ziele bedurfte. Jens Nydahl wurde ein Heimdeutscher aus Nordschleswig, ein Schleswig-Holsteiner der Stunde null und ein Bürger der Bundesrepublik Deutschland. Alle diese Elemente vereinigten sich in ihm in einer harmonischen Ausprägung, die ihn befähigte, mit Erfolg in den ersten schwierigen Jahren nach dem Kriege auch mit dem dänischen Nachbarn zu sprechen.

Mir persönlich hat die Bekanntschaft mit diesem hervorragenden Manne viel bedeutet. Dankbar spürte ich das Vertrauen, das er mir entgegenbrachte. Er hatte sich sicher nach langen Überlegungen entschlossen, mich bei der Wahl seines Nachfolgers als Vorsitzender des Grenzfriedensbundes vorzuschlagen, und als ich dann 1961 gewählt worden war, sagte er mit einem Ausdruck im Gesicht, der oft so schwer zu deuten war, aber immer von der Güte dieses Mannes zeugte: „Jetzt verlegen wir den Schwerpunkt wieder in das Kirchdorf.“ Jens Nydahl war ein Mann der Tatsachen, aber er beugte sich ihnen nicht, wenn er sie auch konstatieren mußte. Als Politiker war er standfest und pragmatisch in einem. Seine Nüchternheit und sein verhaltener Humor waren sprichwörtlich. Er ging immer von Tatsachen aus, und wenn er sie analysiert hatte, konnte ihn eigentlich nichts erschüttern, wie auch dieses kleine Beispiel, das ich hier erzähle, zeigt. Ich begleitete Jens Nydahl und seine Gattin auf einer Reise nach Bonn, von wo aus dann beide südwärts Weiterreisen wollten. Es traten unvorhergesehene

Schwierigkeiten in der Planung auf, was so leicht geschieht, wenn man sich Reisebüros, Hotels und Pensionen und deren nicht immer erfindlichen Dispositionen verschreibt. Die Lage war unklar, und es mußte von einem kleinen Dorf aus ein Telegramm geschickt werden. Ich war Jens Nydahl dabei behilflich, und als wir dieses Geschäft erledigt hatten, sagte er mit einem sehr schwer zu schildernden Ausdruck im Gesicht: „Die vier Mark sind wir los, alles andere ist unsicher.“ Aber in dieser Unsicherheit hatte er auch seine Sicherheit schon wiedergefunden. So war Jens Nydahl.

Da war und ist *Ernst Beier*, der aus Flensburg gebürtige Setzer und Korrektor, Jahrgang 1901. Er kommt also wie Nydahl aus der kaiserlichen Zeit, aus der das unqualifizierte Wort von den „vaterlandslosen Gesellen“ stammt. Ernst Beier kam sozusagen aus Versehen nicht in den ersten Weltkrieg, dafür aber in den zweiten. Er gehört zu jenen Persönlichkeiten der deutschen Sozialdemokratie aus der kaiserlichen Zeit, die mit einem ganz ungewöhnlichen Fleiß ihr gesellschaftspolitisches Wissen erwarben und danach trachteten, es sowohl in der eigenen Nation, als deren Söhne sie sich empfanden, als auch im Verein mit Gleichgesinnten anderer Länder durchzusetzen. Jene Generation besaß — wie z. B. ihre Freunde in Skandinavien — die nationale Identität. Von dieser Grundlage aus wurde auch Ernst Beier nach dem Zweiten Kriege im Grenzland eine integrierende Persönlichkeit. Weniger nüchtern als Nydahl, glaubt Beier an das Gute in der Welt und in der Politik. Die Begegnung mit dem Flensburger Ernst Beier gestaltete sich zu einer ungewöhnlich harmonischen Zusammenarbeit über 27 Jahre im Vorstand des Grenzfriedensbundes. Sicher waren wir nach Herkunft, Ausbildung und Interessen so verschieden, daß man hätte meinen können, wir seien nicht auf dem gleichen Stern geboren. In den Vorbesprechungen zur Wahl des ersten Vorsitzenden wurde als Kandidat auch Ernst Beier genannt. In einem sehr bewegenden langen Gespräch über diese Frage, in dem ich ihm erklärte, nur kandidieren zu wollen, wenn meine Wahl auch nicht den leisesten Schatten auf unser kameradschaftliches Arbeitsverhältnis würfe, sagte Ernst Beier: „Ich würde gern die Aufgabe übernehmen, aber es ist besser, wenn Sie es tun.“ Das ist Ernst Beier.

Als Beier seinen 60. Geburtstag feierte, schloß ich eine kurze Laudatio von 14 Zeilen (mehr Platz wurde mir von ihm nicht bewilligt) mit den Worten, daß er stets hinter die Sache zurücktrete, menschlich auf noble Art für diese Sache wirke, und daß ich von dem tüchtigen Korrektor, aber noch mehr von dem Menschen Ernst Beier gelernt habe.

Ich besitze zwei Briefe von Ernst Beier, die während der Verhandlungen über ein von ihm zu schreibendes Buch über die Stellung der Flensburger Sozialdemokratie zum Grenzlandproblem geschrieben wurden und sowohl für die Sache als den Menschen Beier ungemein aufschlußreich sind. Daß das Buch nicht

geschrieben wurde, steht auf einem ganz anderen Blatt; auch darüber geben diese beiden Briefe, die ein menschliches Dokument von Rang sind, Auskunft. Sicher aber hat Ernst Beier recht, wenn er in einem dieser Briefe schreibt, daß die Schleswigfrage für die Sozialdemokratie eine sehr spezielle Teilfrage sei und daß die Stellungnahme zu ihr sich aus ihren allgemeinen Anschauungen zu den Entwicklungen in Deutschland und in Europa ergäbe. Daß Ernst Beier dann mit seiner Generation zu denen gehörte, die mit der Kieler Erklärung eine sehr klare Stellung bezogen, ist rühmlich bekannt.

Da war dann im Grenzfriedensbund *Detlef Hansen*, der im religiösen, politischen und pädagogischen Bereich gleich grüblerische Mensch. Er wurde auf der Grenze zwischen Nordschleswig und dem heutigen Landesteil Schleswig geboren, wurde Lehrer, später Volkshochschulleiter und zuletzt Schulrat. Detlef Hansen war, wie sein dänischer Landsmann Morten Kamphövener schmunzelnd und wohlwollend von ihm sagte, „immer im Dienst“. Ich begegnete ihm als junger Büchereileiter in Husum schon in der Vorkriegszeit, als er dort Schulrat war, und weiß noch, wie dankbar ich über das ihm angeborene Verständnis für meine Arbeit war. Als ich einmal auf einer nationalsozialistischen Lehrerversammlung über das Thema „Wir und die anderen — die anderen und wir“ sprach, kam er kurz vor Beginn zu mir hin und sagte: „Ich bin eigentlich nur gekommen, um zu sehen, wie Sie sich hier herauswinden werden.“ So etwas war sehr tröstlich. Man verstand sich zwischen den Zeilen.

Detlef Hansen war ein ungemein fleißiger Mann. Im organisatorischen Bereich schuf er mit Ernst Harms zusammen das bis heute stabile Gerüst des Grenzfriedensbundes. Dies war sowohl eine große physische als auch geistige Leistung. Zugleich war er unser Theoretiker der Anfangsjahre, der im Grunde von Schmidt-Wodder herkam, der ihn wie viele junge Lehrer in Nordschleswig vor dem Ersten Weltkrieg nachhaltig beeinflußt hatte. Seine Gedanken über das Selbstbestimmungsrecht nach 1945 sind auch heute lesenswert. Seine Feuilletons — meistens Ausflüge in die Geschichte — lassen einen reicher in sich selbst zurückkehren. Meinen eigenen literarischen Bemühungen begegnete er mit viel Einfühlungsvermögen und tiefem landmannschaftlichem Verständnis.

An einem schönen Sommermorgen fuhren Hansen, Beier und ich gemeinsam in einem nicht mehr ganz neuen Pkw zu einer Tagung in der Nähe von Kopenhagen. Auf der Fahrt durch Seeland besuchten wir auch die Kirche in Fjenneslev bei Ringsted und folgten den Spuren König Valdemars (als jener noch nicht König) und Absalons (als dieser noch nicht Bischof war). Vom Auto aus hatten wir ein Stück Weges zu gehen; die Szenerie gestaltete sich so: Vorn ging Detlef Hansen eiligen Schrittes mit sachlichem Gesicht, dem Wissensstoff zustrebend. Ich ging in der Mitte. Zuletzt kam Ernst Beier — ein froher Mensch, dem schönen Seeland ganz hingegeben; weil dem Alltag der Setzerei entronnen, ging er langsam

schlendernd dem Genuß der Geschichte entgegen, wobei ein Hauch von Traum über sein Gesicht ging, der auch nicht schwand, als Hansen und ich ihn zur Eile mahnten.

Und dann ist da *Ernst Harms*, Dithmarscher von Geburt, während der Ausbildung als Supernumerar bei der Königlichen Regierung in Schleswig von der zweiten vorgeschriebenen Prüfung wegen hervorragender Leistung befreit, leitender Bürobeamter im alten Schloß zu Husum und mit Beginn des Ruhestandes Geschäftsführer des Grenzfriedensbundes. Auch hier kann man von einem zweiten Lebenswerk reden, denn Ernst Harms baute die Verwaltung des Grenzfriedensbundes vorbildlich auf und, was mehr ist, er hatte als Dithmarscher ein Herz für die Schleswiger, wenngleich die Dithmarscher nur schwarz oder weiß kennen und die Schleswiger um die graumelierten Töne wissen. Ernst Harms war ein legendär fleißiger Mann, den man, wenn es sein mußte, wegen des Grenzfriedensbundes auch am 24. Dezember morgens am Schreibtisch fand.

Große und kleine Momente des Jahres 1978

Unser Fotograf (Dr. H. P. J.) hat im Laufe des Jahres 1978 Augenblicke aus dem Alltag und Feiertag der Region festgehalten. Wir bringen hier eine Auswahl seiner Aufnahmen, die der Autor ausdrücklich als Aufnahmen eines „Nichtprofessionellen“ bezeichnet wissen möchte. Wir meinen jedoch, daß diese Tatsache einer Veröffentlichung nicht entgegensteht, sondern daß manches hier anklingt, was den beobachtenden Zeitgenossen interessieren kann. Die Aufnahmen bringen überwiegend Momente aus dem Leben solcher Organisationen, die sich der Tradition, der gegenwärtigen Problematik und der künftigen Gestaltung des Lebens im Grenzlande verbunden fühlen.

Die traditionelle Januartagung des Bundes deutscher Nordschleswiger in der Akademie Sankelmark brachte diesmal mehrere Höhepunkte, u. a. die Vorträge von dem Informationschef des dänischen Folketings, Finnemann-Bruun, über das Profil der deutschen Abgeordneten im Folketing seit 1920 und von Regierungsdirektor Stiemke, Bonn „Aus dem Wirken des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen“.

Die Wurzeln des Deutschen Grenzvereins führen nach Nordschleswig. Hier wurde er 1919 in Sonderburg gegründet. Heute ist Flensburg sein Sitz. Den Bund deutscher Nordschleswiger und den Deutschen Grenzverein verbinden gute Arbeitsbeziehungen. Beide treten für die aus der Geschichte entstandene Stellung, Dauer und Vertiefung deutschen Lebens in den Grenzregionen ein.

Die Donnerstagsgesellschaft in Flensburg von 1949 tagt einmal im Monat am jeweils ersten Donnerstag. Sie stellt einen Kreis von Menschen dar, in welchem sich Deutsche und Dänen zusammenfinden und eine offene und faire Aussprache über deutsche und dänische Probleme führen.

Der Grenzfriedensbund, gegründet 1950, will nach seiner Satzung deutsche soziale Arbeit und deutsche Kulturarbeit im Landesteil Schleswig leisten. Er unterhält lebhaftige Arbeitsbeziehungen zum Bund deutscher Nordschleswiger. Gleichzeitig führt er seit vielen Jahren Gespräche mit Kreisen in Dänemark, die an echten Kontakten mit der Bundesrepublik interessiert sind.

Die älteste Heimvolkshochschule Dänemarks in Rødding

Dänemark ist ein kleines Land. Es passiert nicht oft, daß ein Land dieser Größe anderswo

Interesse für sich erregen kann. Jedoch gibt es drei Dinge, für welche Dänemark im Ausland bei vielen bekannt ist. Da sind zum einen die Märchen von Hans Christian Andersen; Kinder in der ganzen Welt kennen sie. Zum anderen ist da die Genossenschaftsbewegung und die soziale Wohlfahrt, und an dritter Stelle kommen die dänischen Heimvolkshochschulen. Diese Schulen sind kennzeichnend für die Kultur in Dänemark. Sie haben die dänische Volksaufklärung, das häusliche und das öffentliche Leben geprägt. Durch ihre Ideen und ihre praktische Arbeit haben die Heimvolkshochschulen, deren Epoche von der Røddinger Schule eingeleitet wurde, die Demokratie gefestigt. Die Grundlage ist „frei zu denken, zu glauben und zu sprechen“, wie N.F.S. Grundtvig, der Vater des Volkshochschulwesens, es ausdrückte. Sie sind Dänemarks wesentlichster Beitrag zur pädagogischen Debatte in der Welt überhaupt. Da sie die Änderungen in der Gesellschaftsstruktur und den sozialen Fortschritt widerspiegeln, waren sie dem Gesetz der Entwicklung unterworfen. Neuland wurde beschritten. Altes über Bord geworfen, aber im Grundprinzip ist das Ziel gleichgeblieben. Die zentrale Aufgabe ist die Aufklärung über das Leben. Thomas Rørdam, der jetzige Leiter der Volkshochschule Rødding, in einem Vortrage vor Mitgliedern des Grenzfriedensbundes, die Rødding besuchten.

Der Schleswig-Holsteinische Heimatbund (Nachfolgeorganisation des 1919 gegründeten Schleswig-Holsteiner-Bundes) erstrebt die Vertiefung des deutschen Heimatgedankes in unserer Region.

Die Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig sieht ihre Hauptaufgabe in der Arbeit für eine kulturell-sozial ausgerichtete Entfaltung von Kindergärten, Schullandheimen und Erholungsstätten für Hausfrauen und Mütter.

Glück, Glanz und Streit um die deutsch-dänische Grenze 1920

Gesehen mit den Augen eines dänischen Historikers

In der Einleitung zu seinem zweibändigen Werk „Da Sønderjylland blev delt“ teilt Troels Fink mit, daß er erwogen haben, dem ersten Band den Titel „Det lyder som et eventyr ...“ zu geben, daß er aber auf die erste Zeile des berühmten Gedichtes von Pontoppidan, in welchem dem dänischen Glücksgefühl von 1920 Ausdruck gegeben wird, verzichtet habe, weil ihre Verwendung nicht ganz ohne Ironie geschehen könne. Denn neben dem Glanz der Jahre 1918—20 gäbe es auch die Schatten, nämlich den bitteren Streit innerhalb der dänischen Nation um den Verlauf der kommenden neuen Staatsgrenze. Die 1920 gefundene Lösung bezeichnet Fink als glücklich und sieht sie, wie der Dichter, im Glanz des Märchens, jedoch führt er als Historiker die „Begebenheiten in die Welt der Wirklichkeit“. Diese Feststellung enthält in der Nußschale das Programm des Autors, mehr noch, sie kennzeichnet auch einen unbestrittenen Kenner der neueren Geschichte des deutsch-dänischen Grenzlandes als den Mann der nüchternen Analyse und der nur sehr verhalten zum Ausdruck kommenden persönlichen Empfindungen. Hier freilich wird in den wenigen Sätzen für einen Augenblick die besondere Fähigkeit Finks, Objektivität und Subjektivität zu vereinen, deutlich, als wenn er gleichsam einen Vorhang kurz weg- und gleich wieder zuzöge. Der aufmerksame Leser findet jedoch mehrere Stellen solcher Art in diesem Werk, das mit einem dritten Band vollendet werden soll. Es wird dann als ein dänisches Standardwerk über die Grenzziehung 1920 seinen Platz unter den Forschungsergebnissen der Historiker einnehmen und behalten. Von heute aus gesehen zeichnet es sich durch die Bekanntgabe bisher nicht zugänglichen Archivmaterials und die Auswertung privater Archive aus und bezeichnet somit den neuesten Stand der Forschung.

Dr. Harboe Kardel hat in der diesen Ausführungen folgenden Rezension in der Zeitung „Der Nordschleswiger“, in ebenso klarer wie lebendiger Darstellung den Inhalt des großen Werkes erzählt, wobei er die Sachlichkeit der Wiedergabe mit dem Blickpunkt des deutschen Nordschleswigers verbindet. Der Verfasser dieser Anmerkungen ist daher in der glücklichen Lage, sich auf die Hervorhebung wichtiger Einzelheiten nicht zuletzt der Darstellungsform Finks und seines persönlichen Ausdrucks zu beschränken, indem er dank Kardel mehr nach dem Wie als nach dem Was fragen und auf einige Gedanken hinweisen darf, die ihm

beim Lesen kamen.

Der erste Band des Finkschen Werkes trägt den Untertitel „Die Vorbereitungen“, der zweite „Der Grenzstreit“. Band I ist in 34 Kapitel aufgeteilt. Band II zählt 20 Kapitel. Jedes Kapitel ist inhaltlich eine kleine streng in sich geschlossene Einheit; die einzelnen Kapitel greifen jedoch nahtlos ineinander über, und da Fink auch ein guter Erzähler ist, wird aus dem Detail dank der Kompositionsart ein lebendiges Gesamtbild. Er verliert sich nicht in der Darstellung, und auch da und gerade, wo er z. B. der Frage nachgeht, ob ein wichtiges Telegramm H. V. Clausens aus Paris an die dänische Regierung vor dem 31. Januar oder erst am 6. Februar abgegangen ist, bleibt Fink spannend (S. 182). Solch Beispiel vermittelt einen Eindruck von der Genauigkeit, mit der das Material ausgewertet wurde.

Der bedeutendste dänische nordschleswigsche Politiker jener Jahre ist in Finks Augen H. P. Hanssen, dem ganz eindeutig die Sympathie des Autors gehört, wenn er ihm auf den verschlungenen Wegen seines Taktierens vom Oktober 1918 bis zum Februar 1920 folgt. Hanssen ist in der Schilderung allgegenwärtig, und Fink wird dem instinktsicheren Mann, der ein ausgeprägtes Gefühl für die Taktik in der Politik gleichzeitig mit einem echten Sinn für den geschichtlichen Moment besaß, zweifelsohne gerecht. Gerechter jedenfalls als diejenigen dänischen Zeitgenossen Hanssens, die die Grenze erheblich südlicher als die dann später durch die Abstimmungen geschaffene Linie wünschten. Fink kritisiert in diesem Zusammenhang einen der Gegenspieler Hanssens, nämlich den Arzt Jonas Collin in scharfer Form, und dies liest sich in der Verdichtung so: „Es gab reiche Möglichkeiten auch für Privatleute, sich Geltung zu verschaffen, und Jonas Collin verstand ausgezeichnet, sie auszunutzen“ (S. 154). Hingegen heißt es über Aage Friis, den Freund Hans Peter Hanssens: „... Sein Verdienst in der Erlangung des Briefes von Dr. Solf bleibt als sein großer positiver Einsatz in der Geschichte der Wiedervereinigung bestehen“ (Dr. Solf war deutscher Außenminister, und der genannte Brief gehört zu den formalen Anstößen, durch die die Schleswigfrage 1918 auf die europäische Tagesordnung kam). Und auch H. V. Clausen, der wegen seiner legendären Kenntnis des nord-schleswigschen Dänentums zu den geistigen Vätern der Grenze von 1920 gehört, erhält eine sehr positive Würdigung. Hier zeichnet Fink auch die persönlichen Konturen deutlicher als sonst, was der Leser auch gern in bezug auf die Schilderung Collins, einer merkwürdigen Figur der politischen Szene jener Jahre, halb Mephistopheles in bezug auf das deutsch-dänische Verhältnis, halb zwielichtig als Politiker, gesehen hätte.

Ein interessantes Beispiel sprachlicher Formulierungskunst stellt auch der Titel des Buches dar: „Da Sønderjylland blev delt“ (Als Südjütland geteilt wurde). Zweifelsohne klingt hier bewußt ein anderer berühmter dänischer Buchtitel an, nämlich „Da Sønderjylland vaagnede“ (Als Südjütland erwachte). Unter diesem Titel schrieb nämlich P. Lauritzen sein Buch über das nationale Erwachen der

dänischen Nordschleswiger um die Mitte des 19. Jahrhunderts. Durch beide Titel werden Anfang und Ende eines Geschichtsabschnittes, in der Entwicklung der deutsch-dänischen Beziehungen und Konfrontationen bezeichnet. Für viele Dänen und sicher auch für Fink wurde dieser Geschichtsabschnitt zwischen Lauritzen — 1920 und heute — zu einem entscheidenden Erlebnis für das nationale Selbstverständnis mehrerer Generationen in Dänemark. Zwischen dem „Erwachen“ Schleswig und seinem realen Ergebnis, nämlich der Teilung des Herzogtums, also einer Periode, in der man sich in harter Konfrontation gegen alles, was deutsch war, fühlte, fand, so sehen es die Dänen, man in einer bisher ungekannten Weise und Stärke sich zur Nation zusammen.

Im Grunde teilt Fink mit seiner Titelgebung die eigentliche Aussage des Buches mit. Als Ganzes stellt es eine Schilderung, Erklärung und Rechtfertigung jener dänischen Politik dar, die zur Grenzziehung von 1920 führte. Die En-bloc-Abstimmung wird verteidigt, der deutsche Protest gegen diese Methode wird zwar erwähnt, jedoch findet keine Auseinandersetzung mit ihm statt. Am Schlüsse eines kurzen Plädoyers für die En-bloc-Abstimmung steht der vieldeutige Satz: „In der Realität wurde sicherlich Flensburgs Schicksal durch die Akzeptierung einer En-bloc-Abstimmung für Nordschleswig entschieden“ (S. 199).

Man wußte bisher um den bitteren Streit zwischen den Apenrader und den Flensburg-Dänen; während die Apenrader Richtung die heutige Grenze wollte, hätte die Flensburger Richtung der Dänen die Grenze am liebsten am Danewerk gesehen. Daß dieser Streit im menschlichen Bereich unter den Agierenden fast shakespearesche Ausmaße erreichte, wissen wir erst jetzt durch Finks Buch. Auch erhalten wir zum ersten Mal ein sowohl detailliertes als auch geschlossenes Bild der Politik der damaligen Siegermächte in bezug auf die Schleswigfrage.

Im dritten Band sollen das Regiment der internationalen Abstimmungskommission, die Abstimmungen selbst und die Abtretung des nördlichen Teils von Schleswig an Dänemark geschildert werden. Ob in dieser Konzeption die heutigen nationalen Minderheiten in der Grenzregion, deren Geburtsstunde ja in jenen Jahren schlug, einen Platz finden werden, wird man mit Spannung erwarten. In den vorliegenden Bänden war von ihnen nicht die Rede. Fink ist als Historiker ein Mann der Fakten, und vor 1920 waren die beiden Gruppen im heutigen Sinn keine Fakten. Im ersten Band spricht Fink andeutungsweise von der heutigen dänischen Minderheit, wenn er sagt: „Gewissermaßen hat der heutige südschleswigsche Volksteil seine Wurzel in dem Gewoge, das sich im Herbst 1918 und im Frühjahr 1919 bemerkbar machte. Der Durchbruch war nicht vollständig, die Fronten versteiften sich im Frühjahr 1919“ (S. 108). Dies ist die Diktion des Historikers und Diplomaten, aber in diesem Fall sicher auch die des Autors, denn wenn man Finks Bücher und Wirken recht versteht, begeht man sicher keinen Fehler, wenn man in ihm den überzeugten

Vertreter des Nationalstaatsgedankens des 19. Jahrhunderts betrachtet. Dieser Gedanke bestimmt im übrigen bis in die Tage der NATO und der EG hinein noch heute die Grundlinien der dänischen Politik, die man, was das Verhältnis zu Deutschland angeht, als von pragmatischer Distanz geprägt bezeichnen könnte. Fink regt mit seinem Werk zum vertieften Nachdenken über die Frage an, ob der übersteigerte Nationalgedanke des 19. Jahrhunderts, ein national-liberales Erbe, nicht auch Schatten und Leid über die Welt gebracht habe.

Heute wissen wir es aus der Erfahrung. Sowohl ein zu einer Ideologie hochstilisierte Nationalismus als auch die parallel laufende Lehre des Marxismus haben sich, wie es mit Ideologien stets der Fall ist, keineswegs als Heilslehren für die Menschen erwiesen, für die ihre Anhänger sie ausgaben. Nach der Lektüre des Finkschen Werkes stellt sich also ganz konkret die Frage, wie es in der Zukunft weitergehen soll. Treiben lassen, wie der Wind es weht, ist gefährlich, weil wir damit unbekanntem geistigen Mächten unsere Zukunft überlassen. Wir müssen selbst Stellung beziehen und das Fazit aus der Geschichte ziehen, damit die Geschichte zur Politik von morgen wird. Die Frage also lautet: Gibt es einen Weg aus der Konfrontation des letzten Jahrhunderts über die Gleichgültigkeit der Nachbarn einander gegenüber in der Gegenwart zu einem konstruktiven Nachbar- und Partnerschaftsverhältnis an der Grenze, in dem jeder nicht nur bleibt, was er ist, sondern in dem er auch wünscht, daß der andere seine Identität behält, und in dem er in diesem gesetzten Rahmen Vertrauen gegen Vertrauen setzt? Mit solchen Fragen freilich begibt man sich in die Nähe einer spekulativen Betrachtungsweise. Jedoch wenn dieser auch manchmal Fehleinschätzungen anhaften können, so sollte sie doch unter der Kontrolle des gesunden Menschenverstandes zu Zeiten auch ihre Berechtigung haben. Schließlich endet Geschichte niemals an irgendeinem Zeitpunkt, sondern will immer wieder neu erlebt und durchdacht werden, woraus im glücklichen Falle neue geschichtsbildende Prinzipien entstehen können.

Troels Fink: „Da Sønderjylland blev delt“

Bd. I und II, Verlag: Institut for Grænseregionsforskning, Apenrade 1978.

Es geht um „die erste Teilung Schlesiws“. So lautete der Titel eines populär geschriebenen Büchleins, daß der Schriftsteller Eduard Thorn kurz nach 1920 verfaßte. Professor Fink bietet dagegen eine gründliche wissenschaftliche Untersuchung aller Phasen des Abstimmungsringens. Mit europäischen Maßen gemessen war die schleswigsche Frage eine kleine Frage, aber für die deutschen und die dänischen Schleswiger war sie eine Schicksalsfrage, deren Lösung in das Leben jedes einzelnen eingriff, die das Herz mit Freude oder mit Schmerz erfüllte.

Die taktische Klugheit und die nimmermüde Wachsamkeit des ersten Mannes der dänischen Nordschleswiger, des Reichstagsabgeordneten Hans Peter Hanssen, tritt von den ersten Seiten an stark hervor. Die vielen Verbindungen zu deutschen Parlamentariern und zu dänischen Politikern kamen ihm bei seinen Entschlüssen zugute. Auf dänischer Seite war einer seiner Vertrauten der Professor Aage Friis, Vertreter des Fachs Geschichte an der Kopenhagener Universität.

Alarm auf einer Postkarte

Am 4. Oktober 1918 wurde H. P. Hanssen sich darüber klar, daß die deutsche Niederlage unmittelbar bevorstehe, und schon am nächsten Tag hatte er eine Unterredung mit dem Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, Dr. David, dem er mit einem Hinweis auf die 14 Punkte des Präsidenten Wilson erklärte, daß die nordschleswigsche Frage jetzt gelöst

werden müsse. Am gleichen Tag schrieb er an Aage Friis in verschlüsselten Wendungen eine offene Postkarte: „Das besprochene Werk ist nun zu haben, da der Antiquariatsbuchhändler das Lager räumt. Aber sagt der Bibliotheksverwaltung, daß schnell gehandelt werden muß, sonst werden Chancen verspielt, die nicht wiederkehren.“

Die Postkarte erreichte Aage Friis allerdings erst am 14. Oktober, als sich in Dänemark schon widerstreitende Initiativen entwickelt hatten.

Am 23. Oktober 1918 hatte H. P. Hanssen seinen historischen Tag. In einer programmatischen Rede forderte er die Abtretung Nordschlesiws. Troels Fink bemerkt dazu: „Es war die bedeutendste Rede, die je ein dänischer Abgeordneter im Deutschen Reichstag gehalten hat“, während Vizekanzler von Payer bemerkte: „Der Däne hat sich ganz wild benommen.“ Der dänische Staatsminister Zahle neigte zu Beginn zu einer Lösung auf dem Weg der Verständigung mit Deutschland, aber H. P. Hanssen war von Anfang an dafür, die nordschleswigsche Frage vor die Friedenskonferenz zu bringen, um eine deutsche Einflußnahme möglichst von vornherein auszuschalten.

Erste Reaktionen in Kopenhagen

Die dänische Regierung agierte sehr vorsichtig. Sie wollte die Neutralitätspolitik fortsetzen, der sie während des ganzen Krieges treu geblieben war. Man wollte nur den Teil der nordschleswigschen Bevölkerung einverleiben, der dänisch

spreche, dänisch fühle und dänisch bleiben wolle. Als künftige Grenze wurde schon eine Linie von der Kupfermühlenbucht bis südlich Hoyer genannt.

Der Führer der dänischen Sozialdemokratie, Thorvald Stauning, nahm einen Sonderstandpunkt ein. Er war nicht für den Weg über die Friedenskonferenz. Er erwartete eine Initiative der deutschen Sozialdemokraten und schrieb in diesem Sinn an den Führer der deutschen Sozialdemokraten, Friedrich Ebert.

Während die Regierung Maß zu halten suchte, machte sich bald eine Gegenbewegung bemerkbar, die als „Danewerk- Bewegung“ in die Geschichte eingegangen ist. Ihre Anhänger warfen der Regierung Zahle vor, sie nehme zuviel Rücksicht auf das besiegte Deutschland. An der Spitze der Bewegung stand der Oberarzt Jonas Collin, der von Frankreich Unterstützung erhoffte, während er von tiefem Mißtrauen gegenüber H. P. Hanssen erfüllt war. Eine Internationalisierung des Nord-Ostsee-Kanals gehörte auch zu seinen Zielen.

Deutschland stimmt zu: Selbstbestimmung

H. P. Hanssen war es nach seiner großen Rede darum zu tun, eine offizielle deutsche Erklärung zu erlangen, daß man bereit sei, das Selbstbestimmungsrecht in Nordschleswig ausüben zu lassen. Der preußische Innenminister Drews war für eine sofortige direkte Einigung mit Dänemark, aber der Abgeordnete Mathias Erzberger war gegen jede Abtretung deutschen Bodens. Ihm trat Philipp Scheidemann entgegen: „Deutschland hat das Prinzip des Selbstbestimmungsrechts angenommen.“

In dem Augenblick, als es galt, von der deutschen Regierung eine bindende Erklärung über das Schicksal

Nordschleswigs zu erhalten, zeigte sich wieder das taktische Geschick H. P. Hanssens, der immer einen Ausweg fand. Er ließ eine von ihm verfaßte Adresse, in der die deutsche Regierung aufgefordert wurde, einer Lösung der Nordschleswig-Frage zuzustimmen, von 287 dänischen Vereinen unterschreiben. Darauf erhielt er von dem Vertreter des Außenministeriums, Dr. Solf, den ersehnten Brief, in dem es hieß, die deutsche Regierung wolle die nordschleswigsche Frage auf dem Weg des Selbstbestimmungsrechts lösen. Ebenso wichtig war der folgende Satz: „Ich hoffe, daß damit ein in der Zukunft reibungsfreies, freundschaftliches Verhältnis zwischen dem deutschen und dem dänischen Volk gesichert wird.“

Historische Entscheidung in Apenrade

Mit dem Solfschen Brief in der Hand konnte H. P. Hanssen nun darangehen, mit den Vertretern des dänischen Wählervereins ein Abstimmungsprogramm auszuarbeiten, sowohl für die dänische Regierung als auch für die allgemeine Friedenskonferenz. Das geschah auf einer Tagung am 16. und 17. November im „Folkehjem“ in Apenrade. Der entscheidende, auf deutscher Seite von Anfang an heftig befehdete Satz lautet: Wir wünschen die nordschleswigsche Frage auf die Weise zu lösen, daß Nordschleswig als eine Einheit abstimmt.“ Vorher hatte ein Kreis von Männern unter Führung des Flensburger Rechtsanwalts Ravn vorgeschlagen, man sollte in ganz Schleswig gemeindeweise abstimmen. Aber man sah ein, daß das Risiko dabei zu groß war. Man wollte sichergehen. Diese Sicherheit gab die „Clausenlinie“ und die En-bloc-Abstimmung. Das Apenrader Programm leitete H. P. Hanssen über die dänische Gesandtschaft in Berlin nach Kopenhagen.

Die Schleswigsche Frage und die Alliierten

Im Lager der Alliierten hatte man sehr verschiedene Ansichten über die Lösung der nordschleswigschen Frage. Der englische Oberst Wade setzte sich stark für die Besetzung eines großen Teils von Schleswig ein, um deutlich zu machen, daß es die Alliierten seien, die Dänemark Nordschleswig „schenkten“ und nicht etwa Deutschland. — In Frankreich gab es viele Heißsporne, auch unter den Frauen. Da gab es eine Madame de Quirielle, die am liebsten das ganze Schleswig ohne Abstimmung Dänemark übergeben hätte. — In Paris war auch der Journalist Franz von Jessen eifrig tätig, der tiefes Mißtrauen gegenüber der Regierung Zahle und gegenüber H. P. Hanssen hegte. Von Jessen kam es hauptsächlich auf eine Demütigung Deutschlands an. Bis zur Schlei hofften die Danewerkleute vorzustoßen, als ihr Vertrauensmann J. Collins in Paris tätig war.

Dem Gegenspieler dieser Gruppe, dem Magister H. V. Clausen, der die Südgrenze der 1. Zone festgelegt hatte, wird von Troels Fink ein ganzes Kapitel gewidmet, und mit Recht. Keiner hatte wie er vor 1914 Nordschleswig durchstreift, Jahr für Jahr, bis ihn ein preußisches Einreiseverbot erreichte. Seine sprachlichen, nationalen und wirtschaftlichen Statistiken waren Vorarbeiten für die Linie, die ein sicheres dänisches Abstimmungsergebnis garantierte. Seinem Einsatz kann man als Deutscher die Bewunderung nicht versagen, wenn auch die Linie, die er zog, uns lange schmerzlich berührte. Die Tonderaner wird es interessieren, daß er ursprünglich Aventoft der 1. Zone zuteilen wollte.

Der Begriff „Mittelschleswig“, der heute aus der Mode gekommen ist, spielte 1918 eine große Rolle. Er bildete die 2. Zone, und hier durfte die Bevölkerung, was den

Nordschleswigern verwehrt war, gemeindeweise abstimmen. In der 2. Zone arbeitete ein „Mittelschleswigscher Ausschuß“, der im November 1918 gegründet wurde und der hauptsächlich in Flensburg Anhänger hatte. In Flensburg sammelte man 3401, auf dem Land in elf Gemeinden 876 Unterschriften für ein Abstimmungsbegehren.

Bewegungen im deutschen Lager

Alle, die den Oktober 1918 miterlebten, können bestätigen, was Troels Fink schreibt, daß die Nachricht von einer möglichen Abtretung die meisten Deutschen wie ein Blitz aus heiterem Himmel traf. Eine der ersten Reaktionen war ein Vorschlag der Landräte von Löw, Hadersleben, und Böhme, Tondern, den Norden Nordschleswigs gleich abzutreten, allerdings ohne Hadersleben und Christiansfeld. Im übrigen ging die deutsche Reaktion von der Ablehnung jeder Abtretung über die Forderung, in ganz Schleswig abzustimmen, bis zur Verhandlungsbereitschaft, die in Pastor Schmidt-Wodder ihren Hauptvertreter hatte. Dieser sowie Landrat Böhme und der Theologe Johannes Tiedje dienten der deutschen Regierung als Sachverständige in einer Zeit, als aus der Stadt Tondern ein eindringlicher Appell nach dem andern ausgeschickt wurde, um aus der En-bloc-Umklammerung herauszukommen.

Ein Wort hatten auch die Arbeiter- und Soldatenräte mitzureden. Ihr Vertreter beim Regierungspräsidenten war der Redakteur Eduard Adler, dessen Bewegungsfreiheit von der alten Bürokratie von Anfang an sehr eingeeengt wurde. Als er die Forderung stellte, im selben Zimmer zu sitzen, wie Regierungspräsident Schneider, trat die Belegschaft zum Proteststreik an.

Auf dänischer Seite hatten sich allmählich drei Richtungen gebildet: die Mehrheit

folgte H. P. Hanssen, der die „Apenrader Richtung“ vertrat, eine Minderheit, die hauptsächlich für die Einverleibung Flensburgs arbeitete, wurde u. a. repräsentiert durch Redakteur Andreas Grau. Eine weitere Minderheit war die Danewerk-Richtung Jonas Collins, der sich gleich Redakteur Ernst Christiansen anschloß, als er aus dem Felde heimkam. Sie hofften, mit Hilfe Frankreichs ihr Ziel zu erreichen. Alle Bestrebungen zielten auf eine Teilung Schlewigs ab.

Einigungsversuch in Askov

Im Januar 1919 versuchte der allgemein geachtete Volkshochschulvorsteher Jacob Appel die Gegensätze zu mildern, indem er Vertreter der verschiedenen Richtungen nach Askov einlud. Aber das Ziel wurde nicht erreicht. Immer wieder wiesen die Gegner Hanssens darauf hin, daß man auf Flensburg nicht verzichten dürfe. Aber die Apenrader Richtung verlangte vorher eine klare Entscheidung für Dänemark.

Die dänische Regierung schickte als Gegengewicht gegen die Danewerk-Propagandisten H. V. Clausen nach Paris, der dort der dänischen Gesandtschaft als Sachverständiger beigeordnet wurde.

Pariser Friedenskonferenz

Vor der Pariser Friedenskonferenz, die am 18. Januar 1919, dem deutschen Reichsgründungstag, zusammentrat, konnten sowohl die Vertreter der dänischen Regierung als auch Außenseiter wie Jonas Collin zu Wort kommen. Daß der französische Ministerpräsident Clemenceau Vorsitzender der Konferenz war, war für Deutschland ein böses Omen, wußte man doch, daß er rücksichtslos den französischen Sieg organisiert und daß der jetzt 79jährige Politiker für einen unerbittlichen Frieden eintrat.

Die Schleswig-Frage wurde der belgischen

Kommission zugeteilt. Vorsitzender dieser Kommission war der einflußreiche Franzose André Tardieu. Auch in der französischen Diplomatie gab es Außenseiter. Der Kopenhagener Gesandtschaftssekretär Brugere schlug vor, die Alliierten sollten kurzerhand den Friedensvertrag von 1864 für ungültig erklären, Schleswig-Holstein einziehen, Holstein und Lauenburg unter gewissen Bedingungen an Deutschland zurückgeben und den Kieler Kanal neutralisieren. Die offizielle französische Politik war auch nicht bescheiden; eine Grenze Schlei— Tönning und ein neutraler Kanal hatten in Frankreich viele Befürworter.

„Tyskerkurs“

H. V. Clausen war am 24. Januar 1919 in Paris angekommen, aber einen Tag früher war sein Gegenspieler Jonas Collin mit einem amerikanischen Schiff, das alliierte Kriegsgefangene geholt hatte, über Dünkirchen nach Paris gelangt, wo es sein Hauptgeschäft darin sah, die dänische Regierung als deutschorientiert hinzustellen. „Tyskerkurs“ nannte er ihre Haltung und erreichte, daß sein Vorschlag, die Grenze südlich Schleswig und südlich Husum zu ziehen, vor das Forum der Friedenskonferenz gelangte. H. V. Clausen, der gleich feststellte, daß die Regierung Zahle in Paris nicht hoch im Kurs stand, war vor allem bemüht, zu erreichen, daß das Abstimmungsgebiet von deutschem Militär geräumt wurde.

Um auch das dänische Nordschleswig in Paris zu Wort kommen zu lassen, fuhr eine Delegation am 27. Februar 1919 mit einem Schiff der Ostasiatischen Kompagnie nach Frankreich. Die Delegation, die erst nach langen Diskussionen zur Einigkeit gelangt war, bestand aus H. P. Hanssen, Nis Nissen, Viby, Kloppen- bourg-Skrumsager und Redakteur Andreas Grau. Als auch A.

Svensson als Teilnehmer vorgeschlagen wurde, winkte H. P. Hanssen ab: er sei zu unbequem. In Paris trafen die Nordschleswiger auf Anhänger der gegensätzlichen Richtung, die eine Danewerkgrenze propagierten. Das Gegeneinander hat Troels Fink besonders ausführlich und spannend geschildert.

Vorher, am 25. Februar 1919, hatte die Belgisch-Dänische Kommission wichtige Entschlüsse gefaßt: das schleswigsche Gebiet bis zu einer Linie Kappeln—Tönning sollte von deutschem Militär geräumt werden, eine alliierte Flottenabteilung sollte in der Flensburger Förde stationiert werden, und eine internationale Kommission sollte das Abstimmungsgebiet regieren.

Der Kampf um Flensburg

Am 6. März 1919 wurde die nordschleswigsche Delegation von der Belgisch-Dänischen Kommission einer regelrechten Examination unterworfen, deren Frage- und Antwortspiel ausführlich zitiert wird. Die Vorschläge der Belgisch-Dänischen Kommission waren gerade auf dem Weg zum Obersten Rat, als Jonas Collin wieder in Paris auftauchte, nachdem die nordschleswigsche Delegation gerade abgereist war. Nun hatte er freies Spiel für seine Danewerk-Pläne, die er mit einem Hinweis auf gewisse Vorgänge in Flensburg zu stützen suchte. Der bekannte Kaufmann und Kommerzienrat Mathias Hübsch hatte sich der dänischen Bewegung angeschlossen und eine Adresse verfaßt, die vorschlug, die Grenze südlich von Flensburg zu ziehen. 110 Flensburger Firmen Unterzeichneten diese Adresse, die auch von zweien zum Dänentum gestoßenen Persönlichkeiten gebilligt wurde, dem Amtsvorsteher Julius Clausen, Bau, und dem Bauern Cornelius Petersen, Westeranflod bei Mögeltondern. „Schleswig tendiert zum Norden“ unter dieser Parole

wurden in Flensburg und Umgegend Unterschriften gesammelt. Es hieß, Schleswig dürfe nicht zerrissen werden, zumal eine Internationalisierung des Kieler Kanals bevorstehe.

Zu den Veränderungen, die in Flensburg vor sich gegangen waren, gehörte aber vor allem auch die Haltung der Arbeiterschaft, deren erster Mann, Peter Michelsen, sich zum Selbstbestimmungsrecht bekannte und den dänischen Nationalisten eine Absage erteilte. Auch die meisten dänischen Sozialdemokraten regten für Flensburg keinen Finger. Im Kampf um Flensburg war die Sozialdemokratie ein wichtiger Faktor geworden.

Rendsburger für ein selbständiges Schleswig-Holstein

Dies ist eines der interessantesten Kapitel des großen Werkes. Das bewegende Motiv war auch hier das Schicksal des Kieler Kanals. Ein Kreis von Rendsburgern wollte die Einheit Schleswig-Holsteins retten, indem man sich zeitweilig für autonom erklärte. An der Spitze der separatistischen Gruppe stand der Rendsburger Bürgermeister Timm. Antipreußisch gesinnt war auch der Redakteur Ferdinand Möller. Ihr Idealbild war: ein „Kanalstaat“ von der Königsau bis zur Elbe. Man hatte Verbindung aufgenommen mit einem Kreis von Angeliter Bauern, zu denen der Hofbesitzer Wall, Obdrup, gehörte. Auch in Frankreich gab es Stimmen, die einen von Preußen unabhängigen Kanalstaat forderten. Bürgermeister Timm war offenbar bereit, die Führung in einer unabhängigen Republik Schleswig-Holstein zu übernehmen. Man müsse sich zeitweise von Deutschland trennen, um das Deutschtum zu bewahren — bis zum besseren Morgen. Aber die Danewerk-Bewegung hatte bereits bessere Kontakte in Paris als die Rendsburger Bewegung

jedem erlangen konnte. Es passierte in dieser aufregenden Zeit vielerlei. Man kann hier nicht alles erzählen. Der Weg von Wall, Obdrup, wurde ein Irrweg. Während einer Reise nach Kopenhagen kam er in Verbindung mit dem Schuhfabrikanten Jörgen Petersen, der ihm eine Partie gebrauchter Militärstiefel andrehte, die unbrauchbar waren und Wall wirtschaftlich ruinierten. Als Mitglied einer kleinen südschleswigschen Delegation war Wall im April 1919 sogar nach Paris gekommen, aber er sprach durch Vermittlung von Collin nur mit untergeordneten Persönlichkeiten. Ihm lag die Kanalfrage besonders am Herzen und das Schicksal seiner Heimat Angeln, die nicht geteilt und von Flensburg nicht getrennt werden dürfe. Er war begleitet von einem anderen Angeliter, dem Hofbesitzer Peter Nissen, Hoffnungsthal, der im Volksmund bald „Peter Hoffnungslos“ hieß, denn beide kamen ohne Ergebnis heim, aber angsterfüllt, wie sie daheim von deutschen Kreisen empfangen würden. Ich meine zu erinnern, daß Wall sich eines Tages bei Ernst Schröder Trost zu holen suchte. Auch er hatte einen Spitznamen. Man nannte ihn (nach Fritz Reuter) „Pomuchelskopp“.

H. P. Hanssen und Landrat Böhme

Im Januar 1919 war der letzte deutsche Landrat in Tondern, Emilio Böhme, mit Hilfe von Graf Schack in Verbindung mit H. P. Hanssen gekommen. Er schlug die Gründung einer deutsch-dänischen Kommission vor, die dafür sorgen sollte, daß die Versammlungen nicht gestört würden. Nach der Abstimmung sollte eine zehnköpfige deutsch-dänische Kommission zusammentreten, um über die Rechte der Minderheiten nördlich und südlich der Grenze zu beraten. Beide mußten wegen ihrer Kontakte schwere Vorwürfe einstecken. Deshalb zögerte Böhme und

ließ erst am 21. März H. P. Hanssen wissen, daß der „Deutsche Ausschuß“ den Plan einer gemischten Kommission gebilligt habe. Aber nun sah H. P. Hanssen eine solche Kommission für überflüssig an, da die „Internationale Kommission“ in der Übergangszeit für Ruhe und Ordnung Sorge. Außerdem habe man ja auf deutscher Seite einen Stimmstreik erwogen. Der Vorschlag, der Abstimmung fern zu bleiben, ging von dem Landrat Schönberg in Sonderburg aus. Es war ein Zeichen der Unsicherheit im deutschen Lager, wo man zuerst gegen jede Abtretung protestiert, dann eine Abstimmung in ganz Schleswig, dann eine gemeindeweise Abstimmung gefordert hatte und nun auf einen Stimmstreik verfiel, der aber nicht zur Ausführung kam. Böhme wurde bekanntlich 1920 Landrat im Kreis Südtondern und verunglückte tödlich am 29. Juli 1921 nach einer Deichschau in der Nähe von Niebüll.

Deutschland wünschte Verständigung

Die deutsche Reichsregierung, in der Graf Brockdorf-Rantzau das Außenministerium leitete, war beherrscht von dem Wunsch, mit Dänemark zu einer freien gütlichen Verständigung und zu einer gerechten Ordnung zu kommen. So vernahmen es die Teilnehmer einer Konferenz im deutschen Außenministerium, zu denen auch Pastor Schmidt-Wodder zählte, der betonte, daß es nicht nur um die Grenze gehe, sondern um das Recht der Minderheiten, ihr kulturelles Leben in die eigene Hand zu nehmen. Werde diese Bedingung nicht erfüllt, werde es in Dänemark eine deutsche „Irredenta“ geben. Gleich große Minderheiten zu beiden Seiten der Grenze müsse die Forderung sein. Auf diesem Grundsatz beruhte der deutsche Grenzvorschlag, der als „Tiedje-Linie“ bekannt geworden ist.

Die „Tiedje-Linie“

Am Tag der Zusammenkunft im Auswärtigen Amt, dem 15. März 1919, lieferte Johannes Tiedje sein Memorandum zur schleswigschen Frage ab. Er hatte früher in einer viel beachteten Schrift gegen die preußische Politik der harten Hand protestiert. Nun wandte er sich gegen die Pläne des Bürgermeisters Timm, schlug aber vor, Schleswig-Holstein kulturelle Sonderrechte zu geben. Er glaubte, erfolgreich gegen die En-bloc-Abstimmung angehen zu können, wenn er von den Ergebnissen der eben stattgefundenen Kommunalwahlen ausging. Als seiner Ansicht nach gerecht schlug er eine Linie vor, die nördlich von Tondern und Hoyer verlief und über Westerhoist und Alsleben der Südgrenze des Kreises Apenrade folgte.

Starken Widerhall fand im deutschen Lager eine große Kundgebung, die am 22. April 1919 in Neumünster stattfand, auf der in einer Resolution gefordert wurde: die Abstimmung dürfe erst nach dem Aufhören der Hungerblockade stattfinden. Es müsse gemeindeweise abgestimmt werden, und nur eine Zweidrittel-Mehrheit berechtige zur Abtretung.

Aber wichtiger als Resolutionen war der Entschluß der preußischen Regierung, Dr. Adolf Köster als Staatskommissar nach Schleswig zu entsenden. Der Mann, der bald die Zügel fest in der Hand hielt, nahm am 8. Mai 1919 seine Tätigkeit auf.

Am 27. März berichtete H. P. Hanssen dem Aufsichtsrat des Wählervereins über die Pariser Reise der nordschleswigschen Delegation und legte die Linie für die beiden Abstimmungen in der 1. und 2. Zone vor. Doch alles schien in Frage gestellt, als am 8. Mai 1919 die Nachricht wie eine Bombe einschlug, daß man in Paris eine 3. Zone akzeptiert habe, in der abgestimmt werden sollte. Dieser Beschluß löste einen Monate

dauernden Zwist aus, der einen großen Teil des zweiten Bandes des Gesamtwerks füllt, der die Zeit vom Mai 1919 bis zum Januar 1920 behandelt.

Auch nachdem die dänische Regierung zum Schmerz der Danewerk-Leute mit Erfolg auf die Einbeziehung der 3. Zone, d. h. des Gebiets, das durch eine Linie Schleswig—Tönning begrenzt wurde, verzichtet hatte, hielt der Streit verschärft an, als H. P. Hanssen als Minister ohne Portefeuille in das Ministerium Zahle eintrat. Unversöhnlich standen sich im Herbst 1919 die Apenrader und die Flensburger Richtung im Vorstand des Wählervereins gegenüber. H. P. Hanssen verfügte zwar nur über eine geringe Mehrheit, aber an taktischem Geschick und politischer Klugheit war er seinen Gegnern weit überlegen.

Der Einsatz Dr. Adolf Kösters

Mit Dr. Adolf Köster als Staatssekretär kam mehr Einheitlichkeit in die deutsche Arbeit. Köster verstand es, auseinanderstrebende Kräfte zu sammeln. Den Separatisten riet er, ihre Pläne innerhalb des preußischen Staats zu verwirklichen. Ich habe den Eindruck, daß der Einsatz dieses mit feinstem politischem Instinkt ausgestatteten sozialdemokratischen Politikers für die weitere Entwicklung des Abstimmungsringens gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Er überragte an Format weit die sich um ihn scharenden Abstimmungskämpfer. Seine Berufung war der klügste Schachzug, den die Preußenregierung seit langem gemacht hatte.

Kurz nach Kösters Eintreffen wurde der Friedensvertrag veröffentlicht, der in seiner Härte in ganz Deutschland wie ein Schock wirkte. Viele forderten ein „Nein“, aber was folgte dann? Wie sollte man sich wehren? Thorvald Stauning, der Führer der

dänischen Sozialdemokratie, schrieb an den Reichspräsidenten Ebert, der Protest sei verständlich, vor allem aber sei die Bewahrung des Friedens notwendig. Der Friedensvertrag dürfe nicht als etwas ewig Bestehendes angesehen werden.

Man dürfe jetzt nicht einen Sprung ins Ungewisse tun. Es könne eine Revision folgen.

Dr. Köster erwies sich auch in dieser schweren Stunde als der richtige Mann. Er spornte die Kräfte an, er überbrückte Meinungsverschiedenheiten und er warnte die Nordschleswiger vor der Parole eines Stimmstreiks.

Am 3. Juli 1919 rief er zu einer Massendemonstration in Rendsburg auf, auf der er an der Form der Abstimmung starke Kritik übte. Durch einen Appell an die dänischen Sozialdemokraten versuchte er, eine Erleichterung der En-bloc-Abstimmung zu erreichen, was schon vorher Peter Michelsen, der Flensburger Arbeiterführer, versucht hatte, um wenigstens die beiden überwiegend deutschen Orte Tondern und Hoyer zu retten. Aber die Versuche waren vergeblich, wenn die dänische Sozialdemokratie auch beklagte, daß die Durchführung des Selbstbestimmungsrechts nicht mit der hohen Idee übereinstimme. Dennoch gab die deutsche Sozialdemokratie ihr Bestreben nicht auf, die Orte Tondern und Hoyer aus der 1. Zone herauszubringen.

Sie wurde unterstützt von dem am 4. August 1919 gegründeten Schleswig-Holsteiner-Bund, der seine Hauptaufgabe darin sah, Flensburg zu retten und die Deutschen Nordschleswigs zu unterstützen.

H. P. Hanssen im Kreuzfeuer

Im Herbst 1919 kam es zu schweren Auseinandersetzungen im Aufsichtsrat des dänischen Wählervereins. Hart platzten die

Meinungen der Apenrader und der Flensburger Richtung aufeinander, als es im November zu einer Neuwahl kommen sollte. H. P. Hanssen rief unermüdlich zur Einigkeit auf und erklärte: „Der Feind steht im Süden!“

Das veranlaßte den deutschen Außenminister zu einem Schreiben an den deutschen Gesandten von Neurath in Kopenhagen, zu überlegen, ob man nicht aus diesem Anlaß H. P. Hanssen das deutsche Staatsbürgerrecht nehmen sollte; dann könne er nicht mehr im Abstimmungsgebiet hinundher reisen. Glücklicherweise riet von Neurath von einem solchen Schritt ab. Er begnügte sich damit, dem dänischen Außenminister zu sagen, H. P. Hanssen müsse seine Worte mehr abwägen, da er noch deutscher Staatsbürger sei.

Bald danach kam es zu einem harten Wortwechsel mit den Anhängern der Flensburgerichtung, die am 21. November 1919 zu einer Versammlung in Hadersleben eingeladen hatte. „Das war der dramatische Höhepunkt des Grenzstreits“, schreibt Troels Fink. Als Nis Nissen, Viby, ein Gefolgsmann H. P. Hanssens, das Wort ergriff, wurde er unablässig unterbrochen von dem Advokaten Johannes Andersen und dem Redakteur A. Svensson. Mit derben Worten wurde auch das Ministerium Zahle bedacht, dem wieder das Wort „Tyskerkurs“ vorgehalten wurde. Zur gleichen Zeit sah H. P. Hanssen sich einer geschlossenen Front der Flensburgleute während einer Versammlung in Mögeltøndern gegenüber, die forderten, daß man Flensburg mitnehmen müsse, auch wenn die Stadt bei der Abstimmung keine dänische Mehrheit aufweise.

Ernst Christiansen, der Chefredakteur von „Flensborg Avis“, und seine Freunde hofften, daß H. P. Hanssen bei der Neuwahl

zum Wählerverein eine Niederlage einstecken werde, aber sie täuschten sich. Die Wahl, die am 30. November 1919 stattfand, gab der Apenrader Richtung eine — wenn auch kleine — Mehrheit. Sie kam hauptsächlich aus den Kreisen Apenrade und Hadersleben, während die Flensburgleute zum großen Teil in den Kreisen Tondern und Sonderburg saßen, wo „Flensburg Avis“ und „Dybbølposten“ verbreitet waren, Blätter, die der Flensburgrichtung huldigten.

Von der entscheidenden Sitzung am 13. Dezember hat der stets auf Vermittlung bedachte Graf O. D. Schack eine interessante Schilderung gegeben. Die Redeschlacht habe von 12 bis 23 Uhr gedauert. 129 Wortmeldungen habe es gegeben. Hauptgegner Hanssens war Ernst Christiansen.

Schließlich wurde eine Resolution angenommen, die von Hanssens Anhänger Nis Nissen, Viby, eingebracht wurde, die mit 35 gegen 31 Stimmen angenommen wurde. Vorher hatte es viel Kritik gegeben an der Haltung des Ministerpräsidenten Zahle, der auch König Christian X. nicht genehm war. Nun war viel Pulver verschossen, und die nächste Sitzung des Wählervereins war ohne Sprengstoff. Jetzt war der Schwerpunkt von Apenrade nach Kopenhagen verlegt.

Die Internationale Kommission beginnt ihre Arbeit

Die Internationale Kommission sollte aus fünf Mitgliedern bestehen. Drei sollten von den Alliierten ernannt werden, zwei sollten von Norwegen und Schweden gestellt werden. Der offizielle Name der Kommission war „Commission Internationale Slesvig“, abgekürzt CIS. Man sprach von dem Abstimmungsgebiet als dem „CIS-Staat.“ Die Kommission sollte die freie Durchführung der Abstimmung

sicherstellen. Zehn Tage nach dem Inkrafttreten des Friedensvertrages sollten beide Zonen von deutschen Truppen und Behörden geräumt werden. Generalsekretär der Kommission war der Engländer Brudenell Bruce, der mit einer dänischen Frau verheiratet war. Am 8. August 1919 hielt die Kommission ihre erste Sitzung ab und nahm gleich Verbindung auf mit H. P. Hanssen.

Landrat Böhmes Rolle

Deutscher Verbindungsmann wurde Landrat Emilio Julio Böhme. Seine Vornamen deuten darauf hin, daß die Mutter des Angeliter Gutsbesitzersohnes aus Mexiko stammte. Die deutsche Sozialdemokratie war mit dieser Ernennung keineswegs zufrieden. Sie hätte gern Eduard Adler oder Dr. Köster auf diesem Posten gesehen. Die „Tondernsche Zeitung“, die am 1. August 1919 in dänische Hände übergegangen war, kritisierte Böhme, weil er im August 1914 dänische Führer hatte verhaften lassen, und die konservative Zeitung „Danskeren“ sprach wieder von „Tyskerkurs“, weil Böhme von direkten Verhandlungen zwischen Deutschland und Dänemark gesprochen haben sollte. In einem Gespräch mit Böhme betonte H. P. Hanssen, daß unbeliebte kommissarische Amtsvorsteher wie Apotheker Rafalski, Rödning, Bankdirektor Erichsen, Scherrebek, Hardsesvogt Klinker, Norburg, und Kjær, Sonderburg ausgewiesen würden.

Als der Kreuzer „La Marseillaise“ im August 1919 in der Flensburger Förde erschien, protestierte Böhme, vergebens; vergebens auch dagegen, daß alliierte Truppen ins Abstimmungsgebiet verlegt werden sollten, darunter die gefürchteten französischen Alpenjäger.

Neue Gesichter im Abstimmungsgebiet

Dr. Adolf Köster standen für seine Propaganda reichliche Mittel zur Verfügung, und als die Internationale Kommission das Ruder ergriff, wurde er der offizielle Repräsentant der deutschen Reichsregierung.

Am 23. August 1919 bestätigte die Internationale Kommission die neuen höheren Beamten: P. J. Refshauge wurde Landrat in Hadersleben, Kresten Refslund Thomsen in Apenrade, cand. jur. Karberg in Sonderburg und Graf O. D. Schack in Tondern. Oberbürgermeister in Flensburg wurde der Kaufmann Karl Holm, Polizeipräsident der dänische Kapitän Daniel Bruun, der behilflich war bei der Festlegung der genauen Grenzen der Abstimmungsgebiete. Ehemalige deutsche Soldaten dänischer Gesinnung traten in das Polizeikorps ein, das „CIS-Polizei“ genannt wurde.

Als deutscher Ernährungskommissar stand der Hofbesitzer Willi Iwersen, Munkbrarup, (später bis 1933 Vorsitzender des Schleswig-Holsteiner-Bundes), der CIS-Behörde mit seinem Sachverstand zur Verfügung.

Lange wurde darüber verhandelt, ob Nordschleswig nach dem erwarteten für Dänemark günstigen Ausfall der Abstimmung gleich von dänischen Truppen besetzt werden sollte. Einig war man sich darüber, daß leitende dänische Beamte, die später in Nordschleswig arbeiten sollten, Gelegenheit haben sollten, gleich nach der Abstimmung ihr Arbeitsfeld kennenzulernen.

Endlich, am 10. Januar 1920, war es so weit, daß die Ratifikationsurkunden in Paris ausgetauscht werden konnten, und am 24. Januar übernahm die „Commission Internationale Slesvig“ die Regierung in dem kleinen Plebiszitstaat zwischen Königsau und Soholmer Au. Am 10. Februar sollte die 1. Zone abstimmen.

Resümee

Nur in großen Zügen konnte die umfangreiche historische Dokumentation über die Jahre 1918—1920 an dieser Stelle wiedergegeben werden, auf Einzelheiten kann man zurückkommen. Hoffentlich nehmen viele das Werk selbst in die Hand, besonders auch die jüngeren, denen das Schicksal unserer Heimat am Herzen liegt, stellt doch die große, mit Fleiß und Einsicht angefertigte, mit vielen Details angereicherte, auch die Bewegungen im deutschen Lager berücksichtigende Arbeit Dr. Troels Finks einen verheißungsvollen Auftakt für die weitere Arbeit des Apenrader Instituts für Grenzregionsforschung dar. Man kann die beiden bisher erschienenen Bände, mit Spannung dem 3. Band entgegensehend, als das dänische Standardwerk über die Zeit betrachten, in der unsere schleswigsche Heimat zum ersten Mal geteilt wurde. Wie ein gewaltiges, erregendes Drama ziehen die Ereignisse der Jahre 1918/1920 an unserem Blick vorüber, die fast 60 Jahre hinter uns liegen, aber immer lebendig bleiben werden, am meisten in den Herzen derjenigen, die diese Jahre miterlebten, deren Zahl mehr und mehr zusammenschumpft. Immer wieder wird der deutsche Leser bei der Versenkung in diese Zeit an das alte Wort erinnert „Wehe den Besiegten!“ Die deutsche Bevölkerung der 1. Zone ging in einen Kampf, in dem die Niederlage gewiß war. Lange stand diese Zeit als etwas Trennendes zwischen den Menschen des Grenzlandes, bis der Geist der Versöhnung siegte und der Nachbar zum Nachbarn fand.

Zu wünschen wäre, was auch Dr. Troels Fink zum Ausdruck brachte, daß auch ein deutscher Forscher mit gleicher Gründlichkeit sich derselben Zeit annehmen würde, denn was bisher auf

deutscher Seite über die Abstimmungszeit vorliegt — und das ist nicht wenig — kann nach dem Auftauchen neuer Quellen und weitergehender Erkenntnisse jetzigen wissenschaftlichen Anforderungen nicht genügen, wenn auch in dem von Dr. Karl Alnor bearbeiteten „Handbuch zur schleswigschen Frage“ viel Material vorgelegt ist, das immer ein wichtiger Beitrag zum Studium der Abstimmungszeit bleiben wird. Vielleicht würde eine deutsche Untersuchung dieser Zeit in das Aufgabengebiet des neugegründeten deutschen Grenzforschungsinstitutes fallen.

Johann Ohrtmann (1898–1978) †

In einem seiner letzten Grüße meinte Johann Ohrtmann, alle Freunde und Verwandten möchten zum achtzigsten Geburtstag, dem 18. März, nach Kiel kommen. Er hätte mehr von dem Besuch, als wenn sie sich erst zur Totenfeier träfen. Ohrtmann war ein Rationalist, der seine Träume nicht an das Jenseits hängte, sondern die Menschen im Lande liebte und seine Selbstverwirklichung im didaktischen Gespräch mit ihnen suchte. Viele erinnern ihn als einen lebhaften Erzähler, der voller Geschichten und voller Geschichte steckte. Was heute als „oral history“ aus Amerika zu uns kommt und als letzter Schrei der Geschichtswissenschaft gepriesen wird, Johann Ohrtmann hat es Tag für Tag und Dialog für Dialog vorgelebt. Manchen Experten konnte er verwirren, weil sein mündlicher Bericht über den Wiederaufbau der Schulverwaltung im Lande keineswegs immer dem Aktenbefund entsprach. Aber wozu sollte er berichten, was sich nachlesen ließ? Ihm ging es um den persönlichen Anteil und um die individuelle Teilnahme am historischen Werden unseres Gemeinwesens. Es war wohl auch sein phänomenales Gedächtnis für Personen und Daten, für Titel, Texte und Ereignisse, das ihn verleitete, dem eigenen Kopf mehr zu trauen als einer notwendigerweise sehr unvollkommenen schriftlichen Überlieferung. Nicht einmal seine zahlreichen Schriften und Artikel aus den Jahren vor 1933 hat er als Selbstzeugnisse herangezogen, so daß sein Lebenswerk schwer zu rekonstruieren ist.

Ohrtmann war ein Friedensfreund, der den Ursachen des Militarismus und der Kriegausbrüche auf den Grund zu gehen suchte. Er war ein Pazifist und ein Radikaler, vor allem ein radikaler Pazifist. Im August 1932, als das Schicksal der Weimarer Republik bereits besiegelt schien, veröffentlichte er eine Broschüre „Von schlichtem Heldentum“, um „den Blick über die trübe Zeit eines blutigen neuen Militarismus in Deutschland und anderswo hinweg auf ein ‚Übermorgen‘ lenken zu können, das schöner und freundlicher ist. Es *gibt* Menschen, die bereit sind, für edle Dinge, für Frieden und Freiheit persönlich einzustehen, und die, obwohl zu neuer Gemeinsamkeit strebend, doch sich ganz individuell für dies Neue verantwortlich fühlen. In diesen Menschen liegt der Keim eines *neuen* und starken, Individualismus und Kollektivismus umschließenden ‚Weltgefühls‘“.

In diesen Sätzen spiegelt sich jene Mischung aus Aufklärung und Romantik, die für das politische Denken während der Weimarer Republik so charakteristisch war. Aber Ohrtmann blieb nicht bei dieser problematischen Attitüde stehen, sondern forderte organisatorische und praktische Konsequenzen: „Der Völkerfrieden entsteht nur, wenn er moralisch, materiell und rechtlich organisiert wird. Und das

geschieht nur, wenn die Völker Frieden wollen. Und dieser Wille entsteht nur, wenn zielbewußte Menschen diesen in den Völkern unbewußt vorhandenen Trieb bewußt machen. Und das ist die Aufgabe des Pazifismus, der heute eine wichtige, vielleicht die wichtigste Lebensfunktion der menschlichen Gesellschaft ist.“ Ohrtmann schrieb das vor dem Zweiten Weltkrieg, vor Hiroshima und Nagasaki und vor dem Aufkommen einer modernen Friedens- und Konfliktforschung. Sein Mittel war der moralische Appell: „Wer radikaler Kriegsdienstgegner ist, hat es durch radikale Arbeit für den Frieden zu beweisen.“

Wer so dachte, schrieb und handelte, durfte nach Hitlers Machtergreifung nicht Schulmeister bleiben. Schon während der Weimarer Republik hatte Ohrtmanns Karriere unter dem politischen Engagement gelitten. Seine Talente als Reformpädagoge und Politiker konnte er in Lägerdorf bei Itzehoe nur begrenzt einsetzen. Den neuen Machhabern ging auch das zu weit. Ohrtmann wurde im Frühjahr 1933 aus dem öffentlichen Dienst entfernt. Die zwölf Jahre der Hitlerherrschaft fielen in das vierte und fünfte Jahrzehnt seines Lebens und brachten ihn um die schönsten Möglichkeiten erfolgreicher Wirksamkeit. Er überstand diese Epoche in Kiel teils als Nachhilfelehrer und Gelegenheitsarbeiter, schließlich als Buchhalter in den Deutschen Werken. Seine Rechenkünste stellte er nebenberuflich in den Dienst der Sternwarte. Marga, die tüchtige, sparsame Hausfrau, nutzte das Häuschen in der Kantstraße 57, um durch einen Mittagstisch die Haushaltskasse aufzubessern. Sohn Fritz, die Töchter Anna und Gerda konnten trotz aller Widrigkeiten weiterführende Schulen besuchen. Der Sohn kehrte aus englischer Kriegsgefangenschaft nach einer Begegnung mit Erich Fried als hoffnungsvoller Jungautor zurück. Ihm verdanken wir Gedichte in der Art Wilhelm Lehmanns, Kurzgeschichten (Tee mit Rum) und einen Künstlerroman (Bunte Gläser).

Johann Ohrtmann setzte 1945 auf jene Kräfte, die bewiesen hatten, daß sie auch persönlich für Frieden und Freiheit einzustehen verstanden. In den ersten Wochen nach der Befreiung arbeitete er in einem provisorischen Büro, das Heimkehrenden aus Konzentrationslagern zu helfen versuchte – so gut es in der zerstörten Stadt ging. Was heute als „Holocaust“ die Welt bewegt, erfuhr er damals durch erschütternde Berichte ehemaliger Häftlinge aus Fuhlsbüttel und Bergen-Belsen, aus Dachau, Theresienstadt, Auschwitz. Die Schreckensnachrichten des Londoner Rundfunks wurden durch die persönlichen Schilderungen noch übertroffen. Ohrtmanns antifaschistische Einstellung erreichte ihren Höhepunkt, bevor er durch Vermittlung Emil Godbersens zum Schulrat in Eutin ernannt wurde. Mit einem klapprigen Fahrrad von Dorf zu Dorf eilend, konnte er den Schulbetrieb im Winter 1945/40 wieder anlaufen lassen. Gerne wäre er weiter als Schulrat tätig geblieben, um die Verbindung zum Unterrichtsgeschehen zu behalten, doch politische Freunde drängten ihn zur Regierungstätigkeit, denn es fehlte an

unbelasteten Führungskräften.

„Eine Zeitlang“, so geht die legende, „gab es im Volksschulwesens Schleswig-Holsteins zwei absolute Monarchen – der eine herrschte nördlich, der andere südlich des Kanals.“ Einer von beiden war Johann Ohrtmann. Mit dem schlichten Titel und dem bescheidenen Salär eines Regierungs- und Schulrats war er für Entwicklungen und Entscheidungen verantwortlich, die heute nur noch von leitenden Ministerialräten, Regierungsdirektoren und einem Rattenschwanz hoher Verwaltungsbeamten und wissenschaftlicher Beratungsgremien getragen werden. Unter so bescheidenen personalpolitischen und materiellen Voraussetzungen wirkte Ohrtmann auch am großen reformpädagogischen Versuch jener Jahre mit: der schleswig-holsteinischen Schulreform.

Mit der Wahlniederlage der Sozialdemokratie und dem Beginn der Restauration in Westdeutschland verdorrten die Blümenträume der ersten Jahre des Wiederaufbaus. Ohrtmann mußte mit anschauen, wie manche Schul- und Regierungsräte an ihm vorbeibefördert wurden. Er war Anfeindungen wegen seiner antifaschistischen Einstellung und keineswegs formal-akademischen Vorbildung ausgesetzt, ohne daß sein Dienstherr sich voll hinter ihn stellte. Wenn Ohrtmann in den fünfziger Jahren nicht mehr jenes politische Engagement zeigte, das frühere Freunde von ihm erwarteten, dann erklärt sich das durch große Arbeitslast, mit der er in der Schulverwaltung eingedeckt wurde und durch eine gewisse Verbitterung in den Jahren der Wiederaufrüstung und Sozialistenhetze unter Konrad Adenauer.

Ohrtmann fühlte sich zu Unrecht mehr oder weniger kaltgestellt. Sein Pazifismus und sein radikales Engagement hatte doch gar nichts mit dem zu tun, was aus Ostberlin subversiv in die Bundesrepublik Deutschland hineinwirkte. Es fußte vielmehr auf familien-, sozial- und landesgeschichtlichen Wurzeln.

Ein Urgroßvater, der Pastor Claus Fock (1773–1846) aus Meldorf, hatte sich als Schriftsteller betätigt und u. a. eine Abhandlung über den Kieler Frieden veröffentlicht. Es handelte sich um den Versuch einer Beantwortung folgender Fragen: Woher entstand überhaupt der das Glück der Menschheit zerstörende Krieg? Kann derselbe, so wohlthätig auch für sie ein ewiger Friede sein mag, auf immer beseitigt werden? Oder hat er unter der moralischen Weltregierung Gottes für Völker- und Menschenwohl manche heilsame Folgen?“

Der stolze Großvater, ein zünftiger Zimmermann von der schleswigschen Geest, stand zur radikalen Tradition der 1848er Bewegung. Er lernte die Sinnlosigkeit des Krieges auf dänischer Seite 1864 und auf deutscher Seite 1870/71 kennen. Unter dem Sozialistengesetz eckte er wegen seiner politischen Richtreden an. Der Enkel hörte davon und fühlte sich durch das Erlebnis des Ersten Weltkrieges, durch Revolution und Volksabstimmung bestätigt. Johann Ohrtmann wurde Redakteur der pazifistischen Halbmonatsschrift „Deutsche Zukunft“, und zwar zusammen mit

Dr. Arnold Kalisch. Das Blatt erschien im Verlag Paul Riechert in Heide in Holstein. Es war ein Organ der deutschen Friedensgesellschaft, an deren Spitze der Historiker und Nobelpreisträger Ludwig Quidde stand. Die Kontakte gingen nach Frankreich, England und Skandinavien. Auf Grund dieser Verbindungen konnte Ohrtmann 1926 in Kiel den ersten deutsch-dänischen Friedenskongreß organisieren.

Wenn es eine Verbindung der modernen Friedensarbeit im Grenzlande zur Friedensbewegung der Jahre vor 1933 gibt, so wurde sie durch Johann Ohrtmann personifiziert. Er gehörte zu den fleißigsten Lesern der Grenzfriedenshefte und hat so manchen originellen Beitrag geschrieben. Kundige Leser aus dem pädagogischen Lager kennen ihn, seitdem er unter großen finanziellen Opfern der armen Eltern, der solidarisch zusammenstehenden Nachbarn aus Wilhelminental und wohlthätiger Flensburger Bürger die Präparandenanstalt in Apenrade und das Lehrerseminar in Tondern besuchen konnte.

Johann Ohrtmann starb am 27. Mai 1978 in Kiel. Wir schulden ihm Erinnerung in Dankbarkeit.

Gerhard Beier

Dr. Hartwig Schlegelberger 65 Jahre

Am 9. November 1978 beging Dr. Hartwig Schlegelberger, der Vorstandsvorsitzende der Schleswig-Holsteinischen Landesbank, seinen 65. Geburtstag. Seit rund 30 Jahren stand und steht der aus Berlin gebürtige Jurist an leitender Stelle im öffentlichen Leben Schleswig-Holsteins.

(Anfang der fünfziger Jahre kommissarisch als Landrat des alten Landkreises Flensburg, dann als Landrat 1954 bis 1961, dann als Finanzminister und später als Innenminister und stellvertretender Ministerpräsident von 1961-1971, seit 1971 als Vertreter des Vorstandes der Schleswig-Holsteinischen Landesbank). In allen diesen Positionen wirkte Dr. Schlegelberger mit großem Erfolg für das Allgemeinwohl, im kommunalen Sektor wie auf der Landesebene und im Bereiche der Wirtschaft.

Die Leser der Grenzfriedenshefte kennen Dr. Hartwig Schlegelberger von einer Tätigkeit her, die er mit besonderem Engagement ausübt, nämlich das Amt des Vorsitzenden des Deutschen Grenzvereins, des ältesten und größten der Grenzverbände in der Region. Diesen Vorsitz übernahm er 1954 als Nachfolger F.W Lübkes.

Unter der Leitung Dr. Schlegelbergers erweiterte sich das Arbeitsgebiet der traditionsreichen Organisation auf den heutigen großen Umfang mit den bekannten Bildungsstätten, so daß dieser Verein mit seinem Bildungsangebot als

einmalig in der Bundesrepublik bezeichnet werden darf. Vor allem aber setzte Dr. Schlegelberger neue Signale und schuf für den Deutschen Grenzverein eine Konzeption, nach welcher auf allen Gebieten volkstümlicher und Wissenschaft lieber Kulturarbeit an der Vertiefung deutscher Tradition und Gestaltung modernen mitbürgerlichen Lebens gearbeitet wird. Dr. Schlegelberger prägt mit ausstrahlender Kraft alle Zweige dieser Arbeit, an der er sich innerlich beteiligt fühlt. Er ist ein liberal-konservativer Politiker, der sich verpflichtet weiß, auf neuen Wegen die Forderungen des Tages zu erfüllen. Für die besondere Mentalität der deutschen Menschen zu beiden Seiten der Grenze besitzt Dr. Schlegelberger ein angeborenes intuitives Verhältnis, so daß er sich des Respekts und der Zuneigung vieler Menschen erfreuen darf.

Die Leser der Grenzfriedenshefte kennen den Jubilar auch durch eine Reihe von Aufsätzen, in denen er seine Gedanken zum Heute des Grenzlandes niederlegte. Ebenfalls wirkte Dr. Schlegelberger zusammen mit dem Grenzfriedensbund im Flensburger Studienkreis, durch den auf dem Wege über die d+d-Bücher neue Impulse gegeben wurden.

Die Grenzfriedenshefte gratulieren herzlich zum 65. Geburtstag und verbinden damit die besten Wünsche für die Zukunft.

Dr. Johannsen

*

Dr. Wilhelm Hambach 70 Jahre

Am 25. August wurde Dr. Wilhelm Hambach, Flensburg, 70 Jahre alt. Der gebürtige Bonner promovierte nach dem Studium der Musikwissenschaft, der Germanistik, der Geschichte und der Kunstgeschichte 1934 mit einer Arbeit über „Das rheinische Wallfahrtslied“; der hohe Rang dieser wissenschaftlichen Leistung wird von Kennern gerühmt. Wilhelm Hambach wandte sich dem Journalismus zu. Seit 1934 ist er als Zeitungsredakteur und Kunstkritiker tätig gewesen. Der Krieg kostete ihn vier Jahre Gefangenschaft, und seit 1948 war er Gerichtsberichter und Theaterkritiker in Bonn.

Ein großer Teil der Hambachschen Lebensleistung fällt in seine Flensburger Zeit. Hier leitete er 18 Jahre lang, von 1958–1976, das Feuilleton des Flensburger Tageblatts. Als „Privatmann“ haben ihn auch die Leser dieser Zeitschrift kennengelernt und verdanken Wilhem Hambach eine Reihe von schönen Beiträgen.

Wer ist Hambach und wofür steht er? Er ist Rheinländer, ein ernster und humorerfüllter Mensch, er ist Bürger und Zeitgenosse und nimmt es mit dieser Tatsache ernster als viele andere. Eine gediegene akademische Schulbildung lehrte ihn, daß es im Beruf des Publizisten darauf ankommt, eine Sache zu wissen

und zu durchdenken, bevor man sie beschreibt. Hambach ist unerbittlich gegenüber sich selbst in der Bemühung um den originalen Gedankengang und um seine schöne, und das bedeutet auch um seine richtige Formulierung. Als Zeitungsmann steht er ein für die intellektuell redliche Berichterstattung und die gut formulierte Aussage, welche dann auch eine Aussage von Hambach ist. In den langen Jahren seiner Tätigkeit hat er als Theater- und Kunstkritiker in Flensburg Maßstäbe gesetzt.

Wilhelm Hambach ist kein Schleswig-Holsteiner, aber er vermag der Melodie dieses Landes zu lauschen. Er versteht und interpretiert diese Melodie.

Als Ergebnis seiner Betrachtung der Natur und seiner Menschen schrieb er Gedichte, die einen vollen und echten Klang haben. Als guter Erzähler gewährte er Einblick sowohl in heitere Begegnungen als auch in Grenzsituationen des Lebens. Die Grenzfriedenshefte gratulieren ihrem Autor Dr. Wilhem Hambach, indem sie ihm zugleich für seinen Beitrag zur Situation deutschen Geisteslebens im Landesteil danken.

Dr. Johannsen

*

Hohe Auszeichnung für Dr. Johannsen

Bibliotheksdirektor i. R. Dr. Hans Peter Johannsen und Ehrenvorsitzender des Grenzfriedensbundes ist aus Anlaß des „Schleswig-Holstein-Tages“ des SHHB, als erster Flensburger unter 28 prominenten Bürgern des Landes mit der neugeschaffenen Schleswig-Holstein-Medaille ausgezeichnet worden. Sie wird für Verdienste um die Stärkung des Heimat- und Landesbewußtseins, um die Festigung des Zusammengehörigkeitsgefühls von Einheimischen und Vertriebenen, um die Darstellung der Landesgeschichte oder auch um die Pflege von Volkskunst und Sport verliehen. Ministerpräsident Dr. Gerhard Stoltenberg hat Dr. Johannsens Verdienst um Heimat- und Landesbewußtsein und um die Darstellung der Heimatgeschichte sowie dessen wesentlichen Beitrag zum kulturellen Brückenschlag nach Dänemark gewürdigt. Als Leiter des deutschen Büchereiwesens habe Dr. Johannsen in jahrzehntelangem Bemühen die Bücherei zu einer kulturellen Begegnungsstätte entwickelt und die geistigen und kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und Dänemark sowie die allgemeine Problematik des Grenzlandes in seine Arbeit einbezogen.

„Der Nordschleswiger“ 14.9.1978

*

Dank dem deutschen Konsul Anton Bamberger

Bei einem Abschiedsempfang des deutschen Konsuls in Apenrade, Anton Bamberger der Ende Oktober ausgeschieden ist, hat Amtsbürgermeister Erik Jessen in einer Ansprache den Dank der nordschleswigschen Bevölkerung ausgesprochen und erklärt, „daß wir Sie gern noch einige Jahre behalten hätten“. Jessen würdigte, Bamberger habe es in einem besonderen Maße verstanden, sich in die Verhältnisse des Grenzlandes einzuleben. Der deutsche Konsul habe laufend dazu beigetragen, Probleme zu lösen und Kontakte herzustellen.

Nach Ansicht des Amtsbürgermeisters hat Konsul Bamberger seine Aufgabe in „tüchtiger, sachlicher und ruhiger Weise vorzüglich wahrgenommen“. Bamberger habe es verstanden, nicht nur sein Land zu vertreten, sondern habe auch mitgewirkt an einem intensiven Verständnis und an einer engeren Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern.

„Der Nordschleswiger“ 24.10.1978

Vom 29. September bis 1. Oktober 1978 veranstaltete der Grenzfriedensbund zusammen mit dem Bund Deutscher Nordschleswiger eine Tagung über das Thema

„Zeitschriften und Zeitungen in der Grenzregion – ihre Bedeutung früher und jetzt“

Die gut besuchte Tagung begann mit einem Empfang, bei dem der Vorsitzende des Grenzfriedensbundes, Rektor Artur Thomsen, und Rolf Heinrich Wecken über das Thema „25 Jahre Grenzfriedenshefte“ sprachen.

Das Programm am Sonnabend war folgendes :

„Die Bedeutung von Zeitschriften in einer Grenzregion“

Dr. Gerhard Beier, Kronberg

„Zeitschriften in der deutsch-dänischen Grenzregion“

Eskild Bram, Hadersleben

Johannes Meyer, Flensburg

„Deutscher Volkskalender – Jahrbuch Nordschleswig/Gegensatz oder Ergänzung“

Arthur Lessow, Apenrade; Peter Callesen, Apenrade; Kurt Seifert, Tingleff, Philipp Iwersen, Tingleff

„Schriften der heimatkundlichen Arbeitsgemeinschaft“

Ilse Hansen, Hadersleben

Die Grenzfriedenshefte bringen an anderer Stelle die Beiträge von A. Thomsen, R. H. Wecken, Dr. Beier, E. Bram und Johannes Meyer (der leider verhindert war, sein Referat persönlich zu halten). Die Diskussionen brachten am Sonnabend nachmittag und Sonnabend abend den Teilnehmern wichtige Anregungen. Das gleiche gilt für die Schlußveranstaltung am Sonntag vormittag:

„Die Grenzregion im Spiegel der Tageszeitungen“

Podiumsdiskussion mit Siegfried Matlok, Apenrade; Eskild Bram, Hadersleben; Alfred Lange, Kiel; Heinrich Jepsen, Norburg/Alsen